

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Freitag, den 3. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

Der Sieg in Schlesien.

Die vorläufigen amtlichen Zahlen vom Ausgang der Reichstagsersatzwahl in dem schlesischen Wahlkreis Jauer-Landeshut-Volkshain sind etwas andere als die unseres gestrigen Privattelegramms. Es erhielten nach der neuesten Angabe:

Proll (Soz.) 6483, Büchtemann (Fortschr. Pp.) 6429, Stroffer (L.) 3878, Herschel (Z.) 3823 Stimmen, zerpfaltert waren 2 Stimmen.

Das politische Ergebnis der Wahl wird durch diese Veränderung der ersten Meldungen nicht berührt, es bleibt bei der Niederlage der Konservativen und des Zentrums, und es bleibt dabei, daß die Sozialdemokratie den größten Stimmengewinn hat, einen weit größeren als die fortschrittliche Volkspartei. Die Sozialdemokratie hat gegen 1907, wo sie 5019 Stimmen erhielt, 1464 Stimmen, gegen 1903, wo sie 5427 Wähler mußerte, 1056 Stimmen gewonnen, während es der Freisinn auf eine Steigerung von 701 Stimmen gegen das Jahr 1907, wo er 5728 Stimmen aufbrachte, und von 801 gegen das Jahr 1903 brachte, wo er 5828 Stimmen erzielte. Die Konservativen, die 1903 4288 Stimmen hatten und 1907 gar bis auf 5050 Stimmen kamen, haben gegen die letzte Wahl 1172 und gegen 1903 noch immer 408 Stimmen verloren. Gegen 1907 verlor das Zentrum, das damals 4307 Stimmen mußerte, 484 Wähler, gegen seine Wählerzahl von 1903, die 3828 betrug, steht seine jetzige um 5 zurück.

Die Sozialdemokratie ist also in diesem überwiegend ländlichen, industrieschwachen Kreise, wo die Organisation noch mancherlei zu wünschen übrig läßt, an die Spitze der Parteien gekommen. Der Fortschritt ist trotz einer Steigerung seiner Stimmen zum ersten Male an die zweite Stelle gedrängt worden. Die Konservativen haben eine bedeutende Wählerflucht zu verzeichnen und das Zentrum hat zwar nicht ganz so schlecht, aber doch immerhin schlecht genug abgeschnitten.

So reißt sich die Wahl in Schlesien der Reihe der Nachwahlen seit dem Sommer 1909 an, die der Sozialdemokratie glänzende Erfolge und den bürgerlichen Parteien, vor allen denen des Schnapsbloss, schwere Niederlagen brochten, würdig an. Auch die Wahl von Jauer-Landeshut-Volkshain ist ein Stück der Volksquittung für die Reichsfinanzreform und sie zeigt zugleich, wie das Verhalten der Parteien im preussischen Wahlrechtskampf im Lande getrotzt hat. Sie zeigt, was die Parteien des blauschwarzen Bloß bei den allgemeinen Wahlen von 1911 zu erwarten haben. Die große Abrechnung kündigt sich an. Der Reichstag von 1907 wird nicht wiederkehren.

Die Konservativen sind die Hauptleidtragenden. Daß sie in einem ländlichen ostelbischen Wahlkreise einen so bedeutenden Stimmenrückgang zu verzeichnen haben, macht das Wahlergebnis für sie besonders bedenklich. Das Zentrum hat weniger Wähler verloren, aber es wird kaum minder schwer getroffen als die Konservativen. Denn der Stolz dieser Partei war's immer, daß ihre Wählerhaft fest stand in den wechselnden Zeitläuften und politischen Kombinationen. Damit hat es jetzt ein Ende. Das Abbröckeln, das schon in anderen Wahlkreisen zu beobachten war, setzt sich hier fort. Die Zentrumswählererschaft ist nicht mehr die feste Masse, der von den Führern alles geboten werden kann. Das katholische Bekenntnis ist nicht mehr für alle Schichten der bisherigen Zentrumswählererschaft stärker als das Klasseninteresse. Solche Abhandlungen der Arbeiter- und Kleinbürgerinteressen, wie sie sich das Zentrum bei der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlrechtsvorlage erlaubt hat, gehen ihm nicht mehr ungefragt durch. Von einem Zusammenbruch des Zentrums ist natürlich noch keine Rede, aber die Zeit, da es sich als unerschütterliches Bollwerk rühmen und fühlen konnte, ist vorbei. Die festgefügte Phalanx der Schwarzen ist durchbrochen, eine Lücke ist da, durch die der Feind eindringen kann.

Die „Germania“ ist denn auch sehr kleinlaut in ihrer Besprechung des Wahlergebnisses. Das Organ der Partei, die im Wahlkreise mit den schmutzigsten Mitteln und in der strupellosesten Weise gekämpft hat, redet von der strupellosen Agitation der Parteien der Linken und sieht das Sinken der Zentrumsstimmen als etwas an, das gar nicht zu verhindern war. Sie meint: „Daß es den Parteien der Linken durch eine strupellose Agitation, die gerade in die Zeit der Kämpfe um die preussische Wahlrechtsreform fiel, gelungen ist, 2000 Stimmen mehr zu gewinnen, ist schließlich nicht gar so verwunderlich. Ein Teil der Wähler läßt sich immer leicht betören, zumal in einer aufgeregten Zeit. Es fragt sich nur, wie lange er bei der neuen Fahne bleibt.“

Wenn wir nicht irren, war das Jahr 1907 auch eine aufgeregte Zeit, aber damals ließen sich die Zentrumswähler des Wahlkreises nicht „betören“. Es muß also doch wohl am Zentrum liegen, wenn es diesmal anders war. Die „Germania“ gibt selbst einen Hinweis, weshalb es diesmal anders war — sie führt den Umstand, daß die Agitation gerade in die Zeit der Kämpfe um die preussische Wahlrechtsreform fiel, als für das Zentrum ungünstig an. Damit das führende Zentrumorgan eingesteht, daß seine Partei in diesen Kämpfen eine Stellung eingenommen, die trotz aller lauten gegenteiligen Behauptungen der Zentrumsführer nicht von allen bisherigen Zentrumswählern verstanden wird. Und wenn das Blatt dann einen Teil des Stimmengewinnes der Linken mit

stärkerer Wahlbeteiligung erklären will (etwa 400 Wähler mehr als 1907 haben abgestimmt), so hat es vergessen, daß es damit den Stimmengewinn für das Zentrum und die Konservativen um so blamabler erscheinen läßt.

Bemerkenswert ist der Schluß der „Germania“-Notiz. Er zeigt, wie eng die Fäden zwischen Konservativen und Zentrum sind. Die „Germania“ empfindet den blauschwarzen Bloß schon so sehr als taktische Einheit, daß sie den Zentrumselementen des Wahlkreises Jauer-Landeshut-Volkshain Vorwürfe macht, weil sie nicht im ersten Wahlgang mit den Konservativen zusammengegangen sind. Sie sagt da: „Versich die Wählerziffern anseht, dem wird gleich auf den ersten Blick die Frage aufstoßen: warum sind Konservative und Zentrum denn nicht zusammengegangen? Zusammen hätten sie die meisten Stimmen aufgebracht, ihr Kandidat wäre also in die Stichwahl gekommen; während doch nicht daran zu denken war, daß eine der beiden Parteien für sich allein die für die Stichwahl nötige Stimmenzahl aufbrachte. Die Zentrumspartei hat es jedenfalls bisher noch nie zur Stichwahl gebracht und angesichts der konfessionellen Verhältnisse des Wahlkreises auch äußerlich geringe Aussichten auf eine solche. Man sollte meinen, ein geeigneter gemeinsamer Kandidat hätte sich wohl finden lassen; wenn die Zentrumspartei verzichtet und ihre Stimmen dem Herrn Stroffer gegeben hätte, so wäre das doch unter allen Umständen besser gewesen, als daß beide Parteien jetzt ausfallen. Sollten denn die Zentrumswähler, die jetzt treu geblieben sind, nicht auch so viel politische Einsicht befehlen haben, um Mann für Mann ihre Stimmen für Stroffer abzugeben? Hoffentlich wird die Scharte bei den allgemeinen Wahlen wieder ausgeweht.“

Womit die „Germania“ also für die Wahlen von 1911 das blauschwarze Bündnis in aller Form ankündigt. Sie weiß sehr gut, daß das Zentrum es bitter nötig haben wird!

Wie die „Germania“, so sucht auch die konservative Presse den Eindruck der Niederlage zu mindern, indem sie mit künstlich gefähter Miene erklärt, daß das Ergebnis „keine Ueberrohung“ sei. So sagen „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“. Und dann suchen beide Blätter nach allerlei kleinen und kleinsten Gründen, die das Resultat erklären sollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat erdacht, daß der konservative Kandidat die Stimmen der doch im einstigen Wahlkreise Gneiß seit alters her ziemlich zahlreichen Nationalliberalen nicht erhalten hat, außerdem habe auch wohl mancher Wähler, der früher für den Reichsparteiler gestimmt habe (1907 war statt des Deutschkonservativen ein Freikonservativer aufgestellt) diesmal die Stimmabgabe für den freisinnigen Kandidaten vorgezogen, „zum Teil schon deshalb, weil er glaubte, daß der Freisinn bei der Stichwahl gegenüber der Sozialdemokratie leichter das Feld behaupten werde als der Konservative“ (1). Deswegen erachtet das Landblinderorgan den Stimmengewinn der Konservativen nicht für auffällig. Die „Kreuzzeitung“ dagegen spricht gerade von dem „auffallend starken Stimmenerlust“, für den sie wieder den Umstand verantwortlich macht, „daß in der letzten Zeit gewisse freikonservative Führer und Verbände bemüht waren, gegen die Konservativen und für den Liberalismus Stimmung zu machen.“

So suchen die Blätter der Junker eifrig nach Gründen — an den wahren, entscheidenden, an der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlrechtsvorlage gehen sie stumm und schweigen vorbei.

Die fortschrittliche Presse ist zufrieden. Sie hat einen Stimmengewinn zu buchen, und wenn auch die Sozialdemokratie stärker gewachsen ist als der Fortschritt, so hofft sie auf das Mandat und das ist für sie das Entscheidende. Und vor der Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlsieges haben die übrigen Parteien denn auch schnell alles vergessen, was sie vom Fortschritt trennt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es „für selbstverständlich, daß der freisinnige Bewerber in der Stichwahl siegreich bleiben wird“ und die „Kreuzzeitung“ erklärt: „An dem endgültigen Siege des Fortschrittlers wird nicht gezweifelt werden dürfen.“ Die reservierte „Germania“, die den Ausgang der Stichwahl für unbedenkbar hält, sagt wenigstens: „Vermutlich wird aber der Fortschritt siegen.“

Die bürgerliche Phalanx schließt sich gegen die Sozialdemokratie zusammen. Mit um so größerem Eifer wird die Sozialdemokratie des Wahlkreises in die Agitation für die Stichwahl gehen. Im Kampfe gegen den gesamten bürgerlichen Heerdmann wird sie noch einmal ihre Kräfte erproben und vermehren. Für ihre treue Arbeit, die zu dem Erfolge des 1. Juni geführt hat, weiß ihnen die deutsche Sozialdemokratie Dank. Wie auch der Ausgang der Stichwahl sein möge, dieser Erfolg ist von hoher Bedeutung. Der schwarze Bloß wurde auf einem Terrain geschlagen, das ihm besonders günstig war. Dem Siegeskranze der Sozialdemokratie wurde ein frisches Blatt eingefügt und den Genossen, die jetzt in anderen Wahlkreisen vor der Nachwahl stehen, wird der Erfolg in Schlesien ein siegverheißendes Zeichen sein, das sie zu den äußersten Anstrengungen für die proletarische Sache anfeuern wird.

Klassenjustiz!

Das Urteil, das gegen die 13 Bonner Korpsstudenten vom Landgericht in Bonn gefällt worden ist, bestätigt wieder einmal die Tatsache des Bestehens einer Klassenjustiz! Die Herren Studenten,

die in einem Eisenbahnzuge sämtliche Fenster Scheiben hatten zertrümmern helfen, die Lampen in den Waggons ausgelöst, dem Schaffner die Mütze vom Kopf geschlagen und die Lokomotive abzulockern versucht hatten, wodurch um ein Paar eine Katastrophe heraufbeschworen worden wäre, sind zu Geldstrafen von 80 bis 80 Mark verurteilt worden. Man hätte unisono erwarten sollen, daß das Gericht einmal auf eine exemplarische Strafe erkannt hätte, um die beiden Kulturträger und künftigen Richter und Staatsanwälte von ähnlichen Exzessen abzuhalten, als ja der Direktor der Kleinbahn-Gesellschaft ausgefressen hatte, daß ähnliche Geldentaten auf dieser Linie schon häufig verübt worden seien. Es läßt sich gar nicht ausdenken, welche Strafen über einen Trupp von Arbeitern verhängt worden wären, die in der Ungetrunkenheit einen gleichen Exzeß begangen hätten! Die Bourgeoisie würde sich geradezu entsetzt haben über die beispiellose „Berohung“ solcher Proletarier, und das Gericht würde in der Ungetrunkenheit kaum einen Milderungsgrund erblickt haben. Daß aber die Herren Studenten sich mit ihrer Beoffenheit entschuldigten, begegnete dem toleranten Verständnis der Richter. Daß die Sproßlinge unserer herrschenden Klassen in der Zeit, wo sie sich eigentlich auf ihren künftigen Beruf als Staatsbeamten vorzubereiten hätten, gewohnheitsmäßig bis zur Bewußtlosigkeit besaufen, gilt unseren Richtern als etwas ganz Selbstverständliches. Und wenn sie dann in ihrer Betrunktheit die wästeligen Ausschreitungen begehen, Eigentum vernichten und selbst zahlreiche Menschenleben gefährden, so hält man das einfach ihrer Ungetrunkenheit zugute!

Schon unlängst hielten wir den unbeschreiblich milden Urteilen, die gegen exzeditende Studenten erlassen zu werden pflegen, die enorm schweren Gefängnisstrafen entgegen, die gegen mehrere Arbeiter in Neumünster von der Kieler Strafkammer verhängt worden waren. Daraufhin beeilten sich schleunigst nationalliberale Wähler, unsere Parallele als durchaus unangemessen zu bezeichnen. Denn die Arbeiter in Neumünster hätten sich in staatsfeindlicher Geinnung, aus Erbitterung über das Vorgehen der Polizei gegen Wahlrechtsdemonstranten, an Polizisten vergangen, während die Studenten ohne jede Veranlassung, ohne jeden Beweggrund, aus purem Hebermut und lediglich in ihrer Beoffenheit Schuflente zu verprügeln pflegten. Diese Argumentation, die auch diejenige unserer Richter ist, offenbart gerade jene unglaubliche Voreingenommenheit und Befangenheit in kapitalistischen Anschauungen, aus der heraus so aufreizende Klassenurteile gefällt werden! Denn jeder unbefangene Mensch sollte einen Exzeß, der keine andere Erklärung hat, als die vom Alkohol ausgelöste Lust zum Exzeditieren, zum Herstellen, zum Prügelein, kurz jene idiotische Nabadastimmung, welche die subventionierten Ausschreitungen hervorruft, um so herber verurteilen! Dagegen sollten die Vergehen von Proletariern, die nur eine Vergeltung von Polizeibrutalitäten darstellen, jeden Anspruch auf mildere Beurteilung durch eine objektive Justiz haben! Aber nein, unsere Justiz urteilt gerade umgekehrt! Das sinnlose, stupide, geradezu tollwütige Mandolieren und Exzeditieren wird als bloßer „Jugendübermut“ betrachtet und mit lächerlichen Geldstrafen belegt, während jede Ausschreitung von Proletariern, die sich aus der begreiflichen Empörung einer mißhandelten, in ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit bedrohten Volksklasse erklärt, als Kennzeichen „staatsgefährlicher“, will sagen ausbeuterfeindlicher Gesinnung aufgefaßt und deshalb mit den schwersten Strafen geahndet wird!

Diese Art der Rechtspflege, die sich gar nicht anders begreifen läßt, denn als Ausfluß der Klassenanschauungen und Klassen-Voreingenommenheiten unserer Richter, begeht auch in der einschüchternden freisinnigen Presse dem bedenklichsten Kopfschütteln zu begegnen. So geißelt auch das „Berliner Tageblatt“ die unglaubliche Milde, mit der das Bonner Landgericht die gemeingefährlichen Akteure der Bonner Korpsstudenten beurteilt hat. Das freisinnige Blatt setzt diesen unerhörten milden Urteilen einige Musterbeispiele von Strafen entgegen, die gegen Proletarier erst in der allerletzten Zeit verhängt wurden und mit Blut geschrieben sind. Es zitiert das Urteil im Mansfelder Streikprozeß, wo Vergleute, die Streikbrecher beschimpft, verhöhnt und durch Stockschläge mißhandelt haben sollten, zu Gefängnisstrafen von sechs, sieben, acht, neun, zehn, ja zwölf Monaten verurteilt wurden. Und das, trotzdem das Gericht zugab, daß die Angeklagten sehr erregt und gereizt gewesen seien. — In der Tat, diese Vergleute, die durch die Streikbrecherstätigkeit der „arbeitswilligen“ Elemente in dem von dem Unternehmertum ihnen aufgezogenen Kampfe um das Koalitionsrecht sich schwer bedroht haben und deshalb furchtbar erbittert sein mußten, hatten sich ja gegen den Absolutismus des Geldsacks und dessen geschäftigste Werkzeuge vergangen — deshalb mußten ihre Verbrechen rücksichtslos mit dem schwersten Strafen geahndet werden!

Das „Berliner Tageblatt“ zitiert weiter eine Anzahl schwerer Gefängnisstrafen, die gegen Wahlrechtsdemonstranten verhängt wurden, weil sie die Schutzmannschaft nicht etwa lässlich attackiert hatten, wie das bei Studenten nichts Seltenes ist, sondern sie nur durch Juruse wie Wut Hunde und dergleichen Verbalinjurien beleidigt hatten. Dabei hatte das Gericht als wahr unterstellt, daß die Schutzmannschaft unndig scharr vorgegangen war! Einmal, es handelte sich ja hier um Wahlrechtsdemonstranten, um Staatsfeinde, die gegen die Entrechtung der Volksmassen durch ein reaktionäres Wahlsystem kämpften, und diese „staats-

gefährliche* Gefinnung, dieses Aufbegehren gegen die „gottgewollten Abhängigkeiten“ zeugte von einer so bedenklichen Gefinnung, daß man Geldstrafen als unzulänglich ansah und auf Gefängnisstrafen von drei und vier Wochen erkannte!

Endlich zitiert das freisinnige Blatt den Fall des Kellners des Gasthofes zu Hofsteden, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er einen Oberkriegsgerichtsrat dadurch beleidigt hatte, daß er ihn aus Versehen auf Grund eines Steckbriefes als den gesuchten Lustmörder erkannt zu haben glaubte, und den Beteuerungen des vermeintlichen Oberkriegsgerichtsrats keinen Glauben geschenkt hatte. Auch dieser Mann, der in dem guten Glauben, der Rechtspflege zu dienen und einen verurteilten Lustmörder der Justiz in die Hände zu spielen, einen mehr lächerlichen als tragischen Fehltritt getan hatte, mußte zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt werden, da er ja nicht einen gewöhnlichen Sterblichen, sondern einen hohen Beamten eines Verbrechens bezichtigt hatte!

In der Tat, wenn die Verurteilung der Pommer Korpsstudenten in Verbindung mit all den erwähnten Fällen nicht als der unverfälschteste Akt einer Klassenjustiz bezeichnet werden kann, so hat es niemals eine Klassenjustiz gegeben! Daß die Richter in ihrer großen Mehrheit selbst gar kein Empfinden für das Ungeheuerliche ihrer von Klassenpsychologischen Motiven diktierten Rechtsprechung haben, ist ja kein Beweis dafür, daß nun auch keine Klassenjustiz existiere, sondern nur dafür, daß ihnen jegliche Fähigkeit fehlt, sich von den Scheuklappen ihrer reaktionären kapitalistischen Auffassungswelt zu befreien!

Und diese Klassenjustiz wird auch nicht eher verschwinden, als das Proletariat in Preußen das gleiche Wahlrecht erringen haben und mit den Klassenstaatslichen Vorurteilen unserer Behörden im allgemeinen und unserer Justizorgane im besonderen gründlich aufgeräumt haben wird!

Die Reichstagsnachwahl in Pommern.

Aus Pommern wird uns geschrieben:
Der Wahlkampf im Kreise Uckermünde-Ulfedom-Bollin, dessen bisheriger Vertreter, der Fortschrittler Doktor Delbrück, bei einer Freifahrtsfahrt des Pommerischen Lustschiffvereins nebst zwei anderen Personen den Tod fand, ist in der letzten Woche nun einigermaßen in Fluß gekommen. Es stehen sich drei Kandidaten gegenüber, nachdem eine nationalliberale Kandidatur zugunsten der Freisinnigen zurückgezogen wurde und die Aufstellung eines Handwerkerkandidaten, die eine Zeitlang beabsichtigt war, gar nicht zustande kam.

Die Konservativen präsentieren einen typischen Junker, einen Herrn v. Böhlendorff-Röhlpin, der, wo er sich selber in Versammlungen vorstellt, einige Minuten seine einstudierten Sätze vorträgt, sich mit seinen Verdiensten um ein Lokalbahnhöfen brüsst und sich dann von irgend einem Parteigenossen, dem Mittelstandsdarsteller Abg. Pauli, dem Rechtsanwalt Drederick oder seinem Standesgenossen v. Brodskulen assistieren läßt. Auch sein Wahlausruf ist von lapidarer Kürze und man sieht es dem ganzen konservativen Wahlbetrieb auf den ersten Blick an, daß man sich weniger auf die Kraft der Argumente als auf die Macht der reaktionären Gewohnheit und eventuell des junckerlich-amtlichen Wahlapparates verläßt. Trotzdem die Konservativen 1907 nur durch den Trubel der Hottentottenwahlen in die Stichwahl kamen, geben sie die Hoffnung nicht auf, den Kreis zu gewinnen; sie spekulieren darauf, daß die inzwischen, besonders in dem industriellen Bezirk Uckermünde, stark gewachsene Sozialdemokratie den Liberalen mehr Abbruch getan habe, als ihnen auf den noch ländlichen und einigermaßen rüstständigen Inseln — und so ganz dumm ist ihre Rechnung in der Tat nicht. Ihre Herzensmeinung hat — wenigstens für die Hauptwahl — ihr Kandidat ganz unumwunden ausgesprochen, als er in einer Versammlung sagte: „Wenn Sie mich nicht wählen wollen, so wählen Sie mindestens nicht den Liberalen, sondern Runge (den Sozialdemokraten).“ Die Herren kennen ihre liberalen Pappenheimer genau und hoffen eben auf ihre Wahlhilfe bei der Stichwahl. — In ihren Versammlungen gaben die Konservativen bisher Medefreiheit, auch sandten sie selber Redner in gegnerische Versammlungen.

Die vereinigten Liberalen haben sich auf den Justizrat Herrndorfer in Swinemünde geeinigt, einem älteren Herrn, der jedenfalls neben dem Rektor Judd in Kolberg die Führung der pommerischen Provinzialgruppe hat. Er gehörte zwar früher der sezessionistischen Vereinigung an, darf sich aber in seiner beschränkten Denkwelt sehr wohl zur Schule Eugen Richters zählen. Seine Agitation wendet sich selbstverständlich in der Hauptsache gegen die Konservativen und deren Steuerpolitik und beschäftigt sich in Wahlausruf und Reden nicht allzulange mit der Sozialdemokratie, aber das Wenige genügt vollkommen, ihn als einen sehr rüstständigen Politiker zu kennzeichnen. Verstärkung der Familie, Republikanismus, Untergrabung der Wehrkraft des Reiches — das sind, wie er sagt, die „Endziele“ der Sozialdemokratie, mit denen er sein Publikum gaulisch zu machen versucht. Auch die Aufhebung des Eigentums marschiert gelegentlich mal mit auf. Aber bei dem eigentumslosen Eisengießer-, Sägerei- und Waldarbeiterproletariat sowie den armseligen Fischern ist das keine Wirkung mehr, und auch die monarchische und militärische Verbotsfreiheit ist hier selbst bereits soweit im Schwimmen begriffen, daß die Arbeiter selbst beim liberalen Kaiserhoch nicht mehr aufstehen. — Auch Herrndorfer läßt sich durch auswärtige Redner Hilfe leisten; letzten Sonntag sprach u. a. Gothein in Gorch-Biegenort am Haff, wo er einem alten Seemann, der ihm zwar ungenek, aber nicht wirkungslos entgegentrat, replizierte: „Wenn die Sozialdemokraten mit den Liberalen so umspringen, dann werden bei eventueller Stichwahl mit dem Konservativen wohl viele Liberale für jenen stimmen!“ — Optimistisch klingt das ja nach keiner Richtung hin.

Von unserer Seite ist der Kandidat Kley, Runge-Stettin im Kreise angestrengt tätig; er sprach schon an vielen Orten, besonders auf Ulfedom und Bollin, die noch nie eine politische Versammlung gesehen haben, am allerwenigsten eine sozialdemokratische und nun gar unter freiem Himmel. Auch die übrigen rednerischen Kräfte stellt Stettin. Am Sonntag waren gegen zehn tätig. Vortrefflich verlief Sonabend eine Versammlung auf einem öffentlichen Plage der Stadt Bollin; während die Liberalen (mit den erscheinenden Sozialdemokraten) kurz vorher kaum 100 Mann auf die Beine gebracht hatten, waren hier gegen 800 Personen zusammengekommen und unsere Redner erzielten dort einen ausgezeichneten Erfolg.

Die Hauptarbeit werden wir noch nächsten Sonntag und die folgende Woche bis zum Wahltag (Donnerstag) zu leisten haben; das Resultat wird zeigen, daß es selbst in Pommern rapid vorwärts geht. Wer von den Gegnern mit in die Stichwahl kommt, ist nicht einmal zu ahnen, — sicher aber ist, daß wir auf unseren Kandidaten, der 1908 5643 (zirka 34 Proz. aller abgegebenen Stimmen) und 1907 6118 Stimmen (zirka 30 Proz.) erhielt, und vor sieben Jahren bereits in die Stichwahl kam, diesmal eine ganz beträchtlich höhere Zahl, sowohl absolut als prozentual, vereinigen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni 1910.

Vom Polizeistaat Preußen.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen die Beratung des sozialdemokratischen Antrages betr. Aufhebung von Bestimmungen des Aufnahmegesetzes vom 31. Dezember 1842, des sogenannten Wagaubensparagrafen, fort. Nach diesem Gesetz steht der Polizei das Recht zu, vorbestraften Personen die Niederlassung an bestimmten Orten zu verbieten, und bekanntlich hat die Polizei namentlich in Groß-Berlin, nicht nur gegenüber solchen Personen davon Gebrauch gemacht, die unter Polizeiaufsicht stehen, sondern auch gegenüber Sozialdemokraten, die wegen politischer „Verbrechen“ eine Strafe verbüßt haben. Wie die Konservativen, so will auch die Regierung von der Aufhebung des Gesetzes nichts wissen. Die Unterstaatssekretär Holz ausführte, hat die Regierung einschränkende Ausführungsbestimmungen erlassen, die ihrer Meinung nach vollkommen ausreichen. Lediglich um von diesen Bestimmungen Kenntnis zu erlangen, wünschten die Nationalliberalen die Beratung des Antrages in einer Kommission. Auch von den Freisinnigen war Kommissionsberatung beantragt worden. Trotzdem hielt das Haus den Antrag nicht einmal einer Kommissionsberatung für wert, er wurde sang- und klanglos abgelehnt, es bleibt also bei der polizeilichen Willkür, die Liebknecht in seinem Schlußwort noch einmal drastisch gekennzeichnet hatte.

Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag betraf die politische Polizei. Unsere Genossen hielten es für nötig, ihrem prinzipiellen Standpunkt entsprechend, genau so wie sie bereits zum Etat einen Antrag auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei gestellt hatten, nunmehr an die Regierung das Ersuchen zu richten, ungehäumt dafür Sorge zu tragen, daß dem Treiben von Beamten oder Agenten der politischen Polizei außerdeutscher Staaten in Preußen ein Ende gemacht wird. Genosse Liebknecht, der diesen Antrag vertret, entrollte unter Beibringung eines erdrückenden Beweismaterials ein abseuerregendes Bild der niederträchtigen ruffischen Polizeispitzelwirtschaft. Er zeichnete ein marantes Bild der Oberstspitzel Agor und Harding, die unter Mitwissen der ruffischen Polizeibehörden, die ungeheuerliche Spitzelstätigkeit entfaltet und unzählige Arrientalen anstifteten, dabei auch in Deutschland und Preußen den Schutz und die Unterstützung der Polizeibehörden genossen! Aber auch die ganze diplomatische und politische Schandwirtschaft Rußlands in den Balkanstaaten, in der Türkei, in Persien usw. unterzog der sozialdemokratische Redner einer vernichtenden Beleuchtung, um daraus für jede anständige, auf ihre Ehre haltende Regierung die kategorische Verpflichtung abzuleiten, sich von dieser schmachbeladenden und schmutzbesudelten ruffischen Regierung in möglichst weiter Entfernung zu halten. Eine Kennzeichnung, die unserem Genossen zwei Ordnungsrufe des sich eifrig der „befeindeten“ Regierung annehmenden Herrn Kocher eintrug. Die bürgerlichen Parteien verließen zeitweilig bis auf 2-3 Streikposten vollständig den Saal, so daß eine halbe Stunde lang die Sozialdemokratie die Mehrheit bildete. Am Schluß lehnte wenigstens die Rechte zurück — die wichtige Fraktionsführung, die sie vorgeblich zum Verlassen des Saales genötigt, hätte also auch ganz am Schluß der Verhandlungen statfinden können.

Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Das „hohe Haus“ bestätigte damit die Charakteristik, die ihm Genosse Liebknecht hatte angedeihen lassen.

Die Erhöhung der Zivilliste.

Die bürgerlichen Parteien des Landtags benutzten die Sitzung am Donnerstag, um — wohlverstanden noch während der offiziellen Sitzung, in ihren Fraktionszimmern über die Erhöhung der Zivilliste zu beraten. Die Erhöhung der Zivilliste also ist jene geheimnisvolle Vorlage, von der seit einiger Zeit die Rede ist, und die Herr v. Seydebrand wohl meinte, als er im letzten Seniorenkonzert die Regierung ersuchte, die Session nicht noch mit neuen Vorlagen zu bepacken. Aber diese Andeutung eines Widerstandes scheint gebrochen zu sein. Herr v. Weichmann-Sollweg geht dem größten Erfolg seines staatsmännischen Daseins entgegen. Er hat bei dieser in seinen Augen vermutlich ungleich wichtigeren Vorlage anders operiert, als bei der Wahlreform. Zunächst ist sämtlichen Parteien, außer der unseren — eine Ehre, die wir durchaus zu schätzen wissen — erst einmal vertraulich auf den Zahn gefühlt worden, und die heutigen Fraktionsberatungen haben ein für die Vorlage sehr erfreuliches Ergebnis gehabt. Möglich, daß eine Million von der ganzen Forderung abgestrichen wird, das übrige wollen sämtliche Parteien des Bürgertums, einschließlich der freisinnigen Mannesgeelen, bewilligen. Man rechnet stark damit, daß mindestens drei Millionen Mark mehr pro Jahr dabei für den Inhaber der Krone herausspringen werden. Die Regierung dürfte etwa 4 300 000 M. fordern, so daß die bisher 15 719 296 M. betragende jährliche Zivilliste auf die runde Summe von 20 Millionen Mark steigen würde. Auf 19 Millionen Mark will man sich einigen.

Höchst interessant ist die Begründung der Forderung. Sie wird ganz wie sonstige Leberungsanlagen mit dem Steigen der Lebensmittelpreise begründet. Mit frommem Augenaufschlag bemerkt das Scherblatt: der Haushalt des Königs werde von der Erhöhung der Lebensmittel genau so getroffen, wie der Haushalt jedes Bürgers. Weiter wird für die Millionenforderung der Hinweis auf die notwendige, aber bisher noch nicht erfolgte Erhöhung der Hofbeamtengehälter ins Treffen geführt. Für die Erhöhung der Bezüge der für Glanz und Würde des Königstums von Gottesgnaden augenscheinlich unentbehrlichen Lakaien und Kammerdiener werden drei Viertel Millionen in Rechnung gestellt. Als weiterer zureichender Grund der Mehrforderung werden die wachsenden Ausgaben für Schlösser, Theater usw. angeführt, sowie der Umstand, daß der König durch die rasch aufeinanderfolgende Verheiratung seiner Söhne immer stärker mit Zuschüssen an die jungen Waare in Anspruch genommen wird. Wohl verstanden, es handelt sich um eine laufende Erhöhung nicht etwa um eine einmalige. Den durch seine Schuld arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern hat der Reichstag bekanntlich nach langem Sägen und Wirren vier Millionen einmalige Unterstützung gewährt und sich mit Ach und Krach dazu verstanden, noch ein paar weitere Hunderttausend Mark hinzuzufügen. Die Summen sind längst verbraucht, wie ja erst vor ein paar Wochen offiziell festgestellt worden ist. Es wird den arbeitslosen Tabakarbeitern sicher ein tröstliches Gefühl sein, daß die preussische Regierung aus ihrem Schicksal gelernt hat.

Selbstredend wird unsere Fraktion diese Vorlage, die wohl schon in den nächsten Tagen den Landtag beschäftigen wird, auf das allerhöchste bekämpfen.

Nach einer anderen Version haben die bürgerlichen Parteien beschlossen, für dieses Jahr der Erhöhung der Zivilliste nicht zuzustimmen, wohl aber der Einsetzung von 2 1/2 Millionen Mark als Zuschuß für die königlichen Theater.

Das wäre nur eine Verschleierung ihrer Zustimmung zu einer Erhöhung der Zivilliste um vorläufig 2 1/2 Millionen Mark.

Pfaffengeiz.

Die päpstliche Enzyklika über den heiligen Romulus enthält eine Reihe größter Beschimpfungen gegen die protestantischen Reformatoren und die heutigen Modernisten. Wir haben einige Kraftstellen schon vor einigen Tagen an anderer Stelle veröffentlicht, die beweisen, daß Papst Pius X. nicht nur im Denken, sondern auch in der Sprache ganz in jener Zeit — dem 16. Jahrhundert — lebt. Es wurde damals eine recht kräftige Sprache gesprochen und man muß dem Papst schon das Zeugnis ausstellen, daß er an den wichtigsten Stellen nicht hinter dem Jurid bleibt, womit etwa Luther den Vorgänger Pius X. gedient hat. Nur daß freilich Luther damals das historische Recht auf seiner Seite hatte.

Der preussischen Reaktion sind aber die päpstlichen Stillschreibungen sehr gelegen. Der fromme „Reichsbote“ wittert schon Kulturkampfluft. In der Tat könnte auch den Konservativen nichts gelegener kommen als die Aufmerksamkeit von ihren politischen Geschäften mit dem Zentrum dadurch abzulenken, daß sie eine frisch-fröhliche Religionsdisputation anfangen. Aber viel Aussicht auf die Realisierung solch sauberen Planes besteht allerdings nicht. Das Volk weiß zu genau, daß die in beiden Kirchen Mächtigen dasselbe Interesse an der Niederhaltung und Verdummung der Massen haben. Wäre es anders, sie würden nicht der einzigen Maßregel widerstreben, die mit einem Schläge die Religion wirklich zur Privatangelegenheit und eben dadurch die Kirchen machtlos machen würde: der Trennung der Kirche vom Staat, der Befreiung vor allem der Schule von der Herrschaft der Pfaffen.

Und ebenso mögen uns die Nationalliberalen mit ihrem Geschrei gegen „Rom“ vernehmen. Sie sind es ja, die in Preußen durch ihre schmähliche Zustimmung zu dem Schulkompromiß die Macht auch der katholischen Kirche gestärkt, die Volksschulen den Pfaffen ausgeliefert haben. Sie sind die letzten, denen der Kampf um Geistesfreiheit geglaubt würde.

Dem Zentrum namentlich könnte kein größerer Gefallen geschehen als wenn man ihm den heimlichen Wunsch erfüllte und recht kräftig auf den Papst losschläge. Das gäbe ja die längst ersehnte Gelegenheit, statt den erbitterten Wählern über Finanzreform und Wahlrechtsverrat Rede stehen zu müssen, ihnen von den „Leiden und Verratsen des heiligen Vaters“ vorlamentieren zu können.

Die Aufbauschung der an sich sehr gleichgültigen Urteile des Papstes ist also nur ein reaktionäres Interesse; dem Schwindel muß also beizeiten entgegengetreten werden.

Ein zerstörtes Prestige.

Der „Frank. Zig.“ wird über das Medaillon Swinner-Rheinbaben von einem Sachverständigen geschrieben:

Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Und wer es geschickt anfangt, bleibt so lange in Ansehen, bis er schließlich doch an den Nichtigkeiten kommt, der ausspricht, was die Fackel über ihn denken. Darin liegt die Bedeutung des Gerichtes, das in der Montagssitzung des preussischen Herrenhauses über den Finanzminister v. Rheinbaben gehalten worden ist. Was der Vordirektor v. Swinner mit seiner entschiedenen Zurückweisung der geringfügigen und jonglierenden Art bezweckte, in der der Finanzminister seine strenge Kritik zur Seite zu schieben versucht hatte, das war nur, endlich einmal zu sagen, daß die Finanzwelt den heutigen preussischen Finanzminister überhaupt nicht als Sachmann anerkennt. Und obgleich in dem bei uns seltenen Beispiel der Einwirkung junckerlichen Hochmuts in diesem Junckerhause ein Vertreter des Bürgertums (der Oberbürgermeister, den die Mogelburger vor einigen Jahren an Stelle des trefflichen Schneider gewählt haben) die Geschmackslosigkeit hatte, dem Hiltlosen mit ein paar Trostworten beizuspringen, so endete die Aussprache damit, daß Herr v. Swinner erreichte, was er angestrebt hatte: einem Urteile Gehör zu verschaffen, das längst gesprochen, aber bisher noch nicht ausgesprochen war. Herr v. Rheinbaben glaubte, eine Kritik als nicht mehr berechtigt abweisen zu können, wenn sie so weit gehe, ihm jede finanzwirtschaftliche Einsicht abzuspochen. Der Herr Finanzminister irnte sich: Was gesagt worden ist, war das mindeste, was gesagt werden mußte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über diese Charakterisierung ihres Vertrauensmannes, den der schwarzblaue Hlod am liebsten zum Reichsolanzer ernannt sähe, in große Wut geraten. Sie erinnert sich sogar, „daß vor nicht allzulanger Zeit der Durchschmitt der in der Berliner Bankwelt beschäftigten Intelligenz von intimer Rememr außerordentlich geringfügig beurteilt wurde“. Aber diese Retourkutsche wird dem Brotwucherorgan, das von Intelligenz mit Rücksicht auf seine Wähler lieber nicht allzu viel reden sollte, nichts helfen. Herr v. Rheinbaben gehört zu den in Reubensland so häufigen „aufgelobten“ Kapazitäten. Wird aber erst einmal über solche Herren die Wahrheit gesagt, dann bricht die Maske zusammen: Das muß nun Herr v. Rheinbaben auch erfahren und daher seine und seiner Gefolgsleute Vereiztheit.

Eine imposante Wahlrechtsdemonstration in Breslau.

Aus Breslau wird uns geschrieben:
Vor über 10 000 Männern und Frauen referierte am Mittwochabend im Garten des „Vergessler“, gegenüber dem Gefängnis, Genosse Strödel-Berlin über das Thema: „Die Komödie ist aus — der Kampf geht weiter!“ Koch vor fünf Wochen hatte für denselben Garten der Polizeipräsident eine Versammlung verboten. Daraufhin hatte man ihm ein arbes Schnippchen geschlagen; man veranstaletete die Versammlungen in Sälen und verlegte dann auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes die Versammlungen — in die Gärten. Mit langer Reise stand die Polizei da... Da nun die „Volkswacht“ dem Präsidenten offen angekündigt hatte, es diesmal genau so zu machen, wenn man die Umgebung gegen die Junker wieder verbieten sollte, so hatte der Präsident sich befehlen lassen und ohne viel Federlesens das Meeting genehmigt. Und wieder sagte ganz Breslau — diesmal aus Freude über den gelungenen Sieg über die Polizei.

Die Umgebung bot auch insofern etwas Neues, als sie für 7 Uhr abends, sofort nach Feierabend, anberaumt war. Das hatte zur Folge, daß über Erwarten viel Volk sich einfand. Die Arbeiter sänger begannen mit der wuchtigen „Internationale“, worauf Genosse Lobe dem Referenten als dem besten Sachkenner der Wahlreform und dem Vorkämpfer für die Verschärfung des Weichmannschen Konstruks das Wort erteilte. In einfindiger Rede entwarf Genosse Strödel ein großfüßiges Bild der augenblicklichen Situation und der künftigen Aufgaben, kühnlichen Beifall und Hochrufe erntend. Es war ein selbstm imponierendes Bild: Auf dem Wuchspodium inmitten des Riesengartens stand der Redner, ringumher all die Tausende, die mit großem Interesse seinen Worten lauschten

und im Hintergrunde das mit 520 Gefangenen besetzte Jellen-gefängnis. Nach einer halben Stunde wurde es dunkler und dunkler, die elektrischen Vogenlampen flammten auf, die Stimmung wuchs von Minute zu Minute — bis ein dreimaliges jubelndes Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie und der schmetternde Gesang der Arbeiterjünger die prächtig verlaufene Kundgebung beendete.

Und um den Sieg über die Polizei vollständig zu machen: das sonst übliche Aufgebot von Polizisten und die nervöse Absperzung der Straßen unterblieb. Keine Helmspitze ließ sich blicken, sogar zum Rathaus und zur Regierung ließ man die Massen ziehen. Und siehe da: die Ruhe wurde nirgends gestört.

Die Demonstration hat gezeigt, daß das Proletariat alles eher denn kampfesüchtig ist, und jedenfalls Wort halten wird, was es in der Resolution versprochen: Nicht eher zu ruhen und zu ruhen, bis für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht errungen ist.

Die Schiffsabgaben.

Der Gesetzentwurf über die Schiffsabgaben soll in etwa 14 Tagen dem Bundesrat vorgelegt werden. Da der Bundesrat bereits eine Abstimmung vorgenommen und fast alle Einzelheiten genügend durchberaten hat, wird mit einer Verabschiedung der Vorlage im Bundesrat noch vor der Sommerpause gerechnet. Der Entwurf soll dann dem Reichstage bei seinem Wiedereintritt zugehen.

Die dem Bundesrat zugegebene Befugnis, einen Staat auch gegen seinen Willen zum Beitritt zu einem Zweckverband zu verpflichten und Stromverbesserungen zu dulden, ist gestrichen worden. Die Uferstaaten bilden den Zweckverband selbst auf genossenschaftlicher Grundlage. Des weiteren sind in dem Entwurf Staffeltarife vorgesehen, gegenüber den früher vorgeschriebenen Entgelttarifen mit tonnenmetrischer Erhebung, gegen die sich bekanntlich die süddeutschen Bundesstaaten wegen Verunsicherung der Industrie an dem Oberlauf der Ströme auflehnten. Die Aufgabe der Zweckverbände soll im Gesetz selbst festgelegt werden. Hierzu wird jedenfalls gehören: die Rheinregulierung bis Straßburg, die Vertiefung des Mittelrheins um 50 Zentimeter, die Regulierung bis Heilbronn und die Weiterführung der Main-Kanalisation. Bei den Stromverbänden sollen auch Interessenten mitwirken, so soll in jedem Zweckverband ein Vertreter der Beteiligten gewählt werden, der neben der Vertretung der Regierung beschließende Stimmen hat. Von der Zustimmung dieser Verbände soll die Ausführung wichtiger Arbeiten und die Erhöhung der im Gesetz festgelegten Abgaben abhängen.

Ungarn.

Der Sieg der Regierung.

Die Regierung hat einen Sieg errungen, der auch ihre eigenen optimistischen Schätzungen übertrifft. Nach den bisherigen Wahlergebnissen entfielen auf die Kossuthpartei 37 Mandate, die Justipartei 31, die katholische Volkspartei 12, die Nationalitäten 7, die Andrássyfraktion 14, die Parteiloßen 16, die Demokraten 2, die Regierungspartei 225 Mandate, mithin 18 Stimmen mehr als die 207 Stimmen der tragende absolute Majorität. Die Kossuthpartei verliert 51, gewinnt 9 Sitze, die Justipartei verliert 86, gewinnt 9 Sitze, die Nationalitäten verlieren 15, gewinnen 1 Sitz. 12 Stichwahlen sind erforderlich. In 60 Bezirken werden die Wahlen erst in den nächsten Tagen stattfinden.

Graf Khuen Hederbary wird also über eine arbeitsfähige Majorität verfügen. Am schlechtesten abgeschnitten hat die Herikale Volkspartei, die zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt ist, und die Partei des Herrn v. Justh, die am schärfsten die völlige Trennung von Oesterreich vertrat.

Im allgemeinen zeigen die Wahlen vor allem zweierlei: Das öffentliche Stimmrecht öffnet ähnlich wie in Preußen der amtlichen Wahlbeeinflussung Tür und Tor, und die Regierung des früheren kroatischen Banus hat die Mittel der Wahlkorruption und des Wahlterrorismus strupellos angewandt. Dann aber hat die Koalition, die Verbindung aller Parteien, die die Unabhängigkeit von Oesterreich wollten, gründlich und vollständig abgemindert. Die Trennungsideologie ist gründlich verfloren; die Wähler sind der staatsrechtlichen Fäulnisse gründlich satt und verlangen endlich vernünftige politische Arbeit. Dazu wäre eine Wahlreform die wichtigste Vorbedingung. Für diese bedeutet aber der Ausgang der Wahlen kaum einen Fortschritt.

Denn in der Regierungsmajorität überwiegen die Anhänger des junckerlichen Grafen Tisza, dieses Feindes des gleichen Wahlrechts, ganz beträchtlich. Doch die Wahlreform hängt auch in Ungarn nicht vom Privilegienparlament, sondern von der Energie der Massen ab, und nachdem der staatsrechtliche Spieß verfloren, wird der Kampf um das Wahlrecht in den Mittelpunkt der inneren Politik gerückt.

Todesopfer.

Budapest, 2. Juni. Die Wahlen sind in größter Ordnung (?) verlaufen, das Militär hat nirgends Verunsicherung gefunden, einzuschreiten, nur in Raghsomut kam es zu Ausschreitungen, wobei ein Mann getötet wurde. In Genger wurde ein Wähler, der einen Gendarm vom Pferde ziehen wollte, von dem Beamten mit dem Bajonett erschossen.

Frankreich.

Die Fraktion und die Präsidentenwahl.

Paris, 1. Juni. (Fig. Ver.) Die Kammerfraktion der geeinigten Partei beriet gestern über die Stellung bei der Wahl des Präsidenten. Jules Guesde beantragte die Aufstellung einer vollständigen sozialistischen Liste zur Demonstration des Klassencharakters der Partei. Dabei machte er den eigenartigen Vorschlag, daß ein Mitglied der Fraktion gewählt werden solle, das diese sozialistischen Kandidaten allein zu bestimmen habe. Der dazu gewählte Deputierte habe die Liste den Fraktionsmitgliedern in geschlossenen Umschlägen zu übergeben und die Deputierten hätten den Umschlag uneröffnet in die Urne zu werfen, wodurch eine Indiskretion verhindert und ausgeschlossen würde, daß Gegner der Partei gleichfalls für die sozialistischen Kandidaten stimmten. Dieses umständliche Verfahren wurde indes mit 85 gegen 15 Stimmen abgelehnt, ebenso die von Genossen Debouze beantragte Stimmhaltung, für die sich nur 7 Stimmen fanden. Auf Antrag Jaurès wurde schließlich den Fraktionsmitgliedern das Verhalten bei der Präsidentenwahl freigegeben. Man kann nicht eben behaupten, daß die sozialistische Einigkeit im neuen Parlament mit dieser Debatte und mit diesem Beschluß besonders vielversprechend debattiert habe.

Bei der heutigen Wahl des Bureaus enthielt sich ein großer Teil der Fraktion der Abstimmung.

Die Vizepräsidenten.

Paris, 1. Juni. Die Kammer wählte zu provisorischen Vizepräsidenten den Linkenrepublikaner Etienne mit 319 und den Sozialistisch-Modikalen Vercaux mit 298 Stimmen.

Eine neue Parteigruppe.

Paris, 2. Juni. Die Wahlreformer haben unter dem Vorsitz des Deputierten Benoist unter dem Namen „Gruppe der verhältnismäßigen Vertretung und der Wahlreform“ sich heute zu einer neuen Gruppe vereinigt. Die neue Gruppe will die Ernennung eines 39-gliedrigen Ausschusses beantragen, der mit dem Studium aller die Wahlreform betreffenden Vorschläge betraut werden soll. Die Gruppe soll bereits über 200 Mitglieder zählen.

Italien.

Schandurteil in einem Preßprozeß.

Rom, 30. Mai. (Fig. Ver.) Nach mehr als 40-tägiger Verhandlung ist in einem römischen Preßprozeß ein Urteil gefällt worden, das den einstimmigen Protest der italienischen Presse hervorruft. Ein Mitarbeiter der „Tribuna“, der Journalist Piazza, hatte in einem Artikel schwere Anklagen gegen die Militärverhältnisse in Venetien erhoben und darzutun gesucht, daß diese Kolonie unter dem beständigen Konflikt zwischen Zivil- und Militärbehörde lide. Der Kommandant der Kolonialtruppen, Major Di Giorgio, strengte gegen den Artikel die Verleumdungsklage an. Nach 40-tägigen Verhandlungen, während deren zahllose Zeugen und auch viele unter dem Privatkläger dienende Offiziere als Zeugen verhört wurden, erschien der Wahrheitsbeweis des Beklagten so vollkommen gelungen, daß der Staatsanwalt die Anklage zurückzog. Trotzdem verurteilte das Gericht den Journalisten Piazza, dem selbst die Vertreter der Zivilpartei keine persönlichen Motive untergeschoben gewagt hatten, zu 12 Monaten, den verantwortlichen Redakteur der „Tribuna“ zu 10 Monaten Gefängnis, außerdem beide zu Geldstrafen und zur Leistung eines Schadenersatzes an die Zivilpartei. Dieses Urteil ist um so skandalöser, als Piazza nur seines journalistischen Amtes, das ihm die Kritik wirklicher und vermeintlicher Schäden zur Pflicht macht, gewaltet hatte. Mehrere Journalisten haben die sofortige Emdenrufung der Generalversammlung des Preßvereins beantragt, und in der Kammer ist eine Motion der Abgeordneten Reda (Lath.) und Nonomi (Sog.) vorgelegt worden, die eine Reform des Strafrechtes für die Verleumdungen, die durch die Presse begangen werden, verlangt.

Piazza wäre wesentlich billiger davongekommen, wenn er etwa seine Frau erschossen hätte! Ganz besonders skandalös ist der Fall dadurch, daß die „Tribuna“ erst kürzlich vor einem römischen Gericht wegen Verleumdung verurteilt wurde, weil sie den Artikel einer ihrer Redakteure nicht veröffentlichte, da sie in ihm das Material für eine Verleumdungsklage zu finden glaubte. Nun sagt das Blatt: Wenn wir nicht veröffentlichen, so werden wir verurteilt; veröffentlichen wir, so geht es uns ebenso; nach welchen Grundsätzen sollen wir da unsere Redaktion einrichten?

China.

Anonyme Drohungen.

Peking, 2. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Sämtliche Gesandtschaften erhielten anonyme Zuschriften, wie man vermutet, von der revolutionären Partei in Schanghai. In den Zuschriften heißt es, daß ein großer antidynamestischer Aufstand bevorstehe. Wenn sie nicht die Mandatschus unterstützen, sollte den Ausländern kein Leid zugefügt werden, im anderen Falle würden sie in einem allgemeinen Gemetzel umkommen. Die Zuschriften wurden in geheimnisvoller Weise zugestellt und trugen alte Briefmarken. Angesichts ähnlicher Briefe, die die Konsuln in Hankow kürzlich erhielten, macht sich eine allgemeine Beunruhigung bemerkbar.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Die Wahl der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter für die Versicherungsämter soll nach dem Entwurf wieder eine indirekte sein. Sie soll von den Vorständen der Krankenkassen ausgeübt werden. Dabei richtet sich die Stimmzahl einer jeden Klasse nach der Zahl ihrer Mitglieder und dem Bezirke des Versicherungsamtes.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Vertreter in besonderen Wählgängen von den Arbeitgebern und Arbeitern mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden. Hierfür traten aber außer den Sozialdemokraten nur die Freisinnigen, der Volks- und Wirtschaftliche Vereinigung und ein Teil des Zentrums ein.

Vom Zentrum hatte jeder Redner eine andere Ansicht über die direkte Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt. Dem Abg. Erzberger erschien hier eine direkte Wahl unmöglich, da die Mitglieder schon bei der Wahl des Vorstandes ihr Wahlrecht ausgeübt haben; Abg. Weder wollte zwar noch hier der direkten Wahl zustimmen, aber von weiteren direkten Wahlen der Vertreter für die Oberversicherungsämter und für das Reichsversicherungsamt nichts mehr wissen. Abg. Hise versicherte, daß er grundsätzlich für die direkte Wahl sei, aber leider sei keine Mehrheit dafür. Ihm wurde sofort geantwortet, daß für die direkte Wahl die Mehrheit vorhanden ist, wenn das Zentrum dafür stimmt. Abg. Schirmer endlich stellte sich ganz auf den Standpunkt der Sozialdemokraten.

Der Vertreter der württembergischen Regierung, die bereits vielfach bei derartigen Wahlen das direkte Verfahren durchgeführt habe, erhob ebenfalls Einspruch gegen die direkte Wahl. Zu viele derartige Wahlen seien gefährlich, sie würden Beunruhigung in die Bevölkerung hineintragen, Verstimmungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hervorrufen.

Die Debatte über die Art, wie die indirekte Wahl gestaltet werden müsse, war sehr ausgedehnt und ergab, daß das vorgeschlagene Verfahren sehr verwickelt und umständlich ist. Um eine Vereinfachung zu erreichen, schlug das Zentrum vor, daß nicht der Vorstand der Krankenkassen, sondern die einzelnen Vorstandsmitglieder wählen sollen, und zu diesem Zweck die einer Klasse zustehende Stimmzahl auf die Vorstandsmitglieder verteilt werde.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß bei einer solchen Wahl die Mitglieder der Krankenkassen rechtlos sein würden. Schließlich wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit 9 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gab das Zentrum, von dem nur die Abg. Schirmer und Weder für den sozialdemokratischen Antrag, die anderen Vertreter aber dagegen stimmten.

Außerdem wurden auf Antrag des Zentrums alle die Klassenmitglieder von der Wahl ausgeschlossen, deren Klasse im Bezirke des Versicherungsamtes weniger als 50 Mitglieder habe.

Bählbar sollen nach der Vorlage nur Männer sein. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß das Wahlrecht auch die weiblichen Personen ausgedehnt wird. Ministerialdirektor Casper erhob gegen den Antrag Einspruch. Die Regierungen könnten grundsätzlich nicht zustimmen, daß weiblichen Personen obrigkeitliche und richterliche Funktionen übertragen werden. Abg. Mugdan erinnerte daran, daß dieser Grundsatze bereits in der Gesetzgebung durchbrochen sei, die Kerginnen könnten nach dem Gesetz in die Kergkammern gewählt werden. Die Sozialdemokraten fügten hinzu, daß auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sehr wichtige Interessen der Arbeiterinnen auf dem Spiele stehen: die Wochenhilfe, Familienhilfe, Witwenfürsorge usw. Daher sei es ganz unbedenklich, die Arbeiterinnen von der Mitarbeit in den Versicherungsämtern auszuschließen. — Das Zentrum erklärte, daß es vorläufig gegen den sozialdemokratischen Antrag stimme. Bei der Abstimmung gab denn auch das Zentrum den Ausschlag dahin, daß die Frauen für unfähig erklärt werden, in die Versicherungsämter gewählt zu werden. Es wurde dabei von den Konservativen und den Nationalliberalen unterstützt.

Nach dem Entwurf sollen Versicherte nur dann in die Versicherungsämter als Arbeitgebervertreter gewählt werden können, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde beschlossen, daß in dieser Beziehung Versicherte dann den Arbeitgeber zugerechnet werden, wenn sie als selbständige Gewerbetreibende gelten, Hausgewerbetreibende dann, wenn sie in der Regel mehr als eine Person beschäftigen. Dadurch ist einer größeren Zahl von kleinen Geschäftleuten die Wählbarkeit als Arbeitgebervertreter gesichert worden.

Werden von einem Versicherungsvertreter Tatsachen bekannt, die seine Wählbarkeit ausschließen oder eine grobe Verletzung seiner Amtspflicht darstellen, so soll nach dem Entwurf der Vorsitzende des Versicherungsamtes ihn vorläufig seines Amtes entheben und dem Oberversicherungsamt unverzüglich Anzeige erstatten. Das Oberversicherungsamt muß ihm Gelegenheit zur Wehrung geben. Das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) kann ihn des Amtes entsetzen. Gegen den Beschluß hat er die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt.

Die Konservativen hatten hier mit der Entlastung des Reichsversicherungsamtes beginnen. Sie beantragten: In einem derartigen Falle soll der Vorsitzende den Vorsitzenden seines Amtes dauernd entsetzen. Ist damit der frühere Vorsitzende nicht einverstanden, dann kann er Beschwerde an das Oberversicherungsamt einlegen. Dieses entscheidet als Beschlußkammer endgültig. Das Reichsversicherungsamt soll also nicht angerufen werden können.

Die Sozialdemokraten rieten dringend von dieser Aenderung der Vorlage ab. Praktisch habe die beabsichtigte Entlastung des Reichsversicherungsamtes keine Bedeutung, da solche Fälle nur ganz selten vorkommen werden. Wenn aber ein Versicherte beschuldigt wird, sich einer so groben Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht zu haben, daß er seines Amtes entsetzt werden muß, so sei das der schwerste ehrenrührige Vorwurf. Deshalb sollte man dem Angeeschuldigten die Möglichkeit geben, die Entscheidung der obersten Instanz anzurufen. Die anderen Parteien nahmen jedoch den konservativen Antrag an.

Den Beisitzern im Versicherungsamt mußte die Vorlage die Pflicht auferlegen, auch ohne besonderen Auftrag dem Versicherungsamt alle ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten mitzuteilen, die nach ihrer Ansicht für das Versicherungsamt oder einen Versicherungsträger wichtig sind. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde diese Vorschrift gestrichen, da es dem pflichtgemäßen Ermessen eines jeden Beisitzers selbst überlassen sein muß, wie weit er in dieser Beziehung gehen kann.

Hierauf begann die Kommission mit der Beratung der Vorschläge über die Ausschüsse. Morgen wird fortgefahren.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Freiligrath-Kummer der Buchhandlung Vorwärts

Ist soeben erschienen. Das Titelblatt zeigt ein Bildnis Freiligraths in seinen besten Mannesjahren nach einem Gemälde seines Freundes Spatenhevers das in der Berliner Nationalgalerie hängt. Karl Marx gibt einen Abriss des Lebens, Wirkens und Schaffens des Dichters und Freiheitskämpfers. Kurt Eisner schreibt über: „Der Dichter in den Revolutionen“. Franz Diederich hat einen Artikel: „Freiligraths Charakter“. Franz Hegele: „Von Freiligraths Beziehungen zu Marx-Engels“ berichtet Ed. Bernstein. Ueber „Freiligrath und die Sozialdemokratie“ schreibt W. Bloß. Den Beschluß bilden markante Stellen aus den Werken des Dichters selbst. Die Kummer ist mit zahlreichen Illustrationen und Facsimiles geschmückt. Einen Teil davon verdankt der Verlag der Freundschaft der einzigen noch lebenden Tochter des Dichters.

Der Preis ist 20 Pfennig.

Freiligraths zündende Freiheitsfänge sind unverlierbares Eigentum der einzigen revolutionären Klasse der Jetztzeit, der Arbeiterschaft. Und gerade in der Zeit des Wahlrechtskampfes werden sie in der Brust der Proletarier lebendigen Widerhall. Die Genossen werden deshalb gern zu der Freiligrath-Kummer greifen, die ihnen den Dichter, Kämpfer und Menschen Freiligrath näher bringt.

Spiegeleulenlaufen

mußte am Mittwoch ein Breslauer Polizeikommissar namens Gottlieb Sinniof, ein beherzogter Liebhaber des Polizeipräsidenten. Herr S. hatte nach einer Wahlrechtsdemonstration mitten in der Stadt eine Straße abgesperrt, obwohl nur vier Personen zu sehen waren. Das hatte den zufällig vorübergehenden Genossen Albert veranlaßt, im Vorbeigehen zu bemerken: „Werkwürdig, daß das immer nur bei Herrn S. passiert!“ Noch einiger Zeit ließ der Kommissar durch einen Polizisten A. zurückholen und notieren, weil der bereits 30 Schritte entfernte A. — stehen geblieben sei und seine Aufforderung, weiter zu gehen, nicht befolgt habe! A. erklärte: „Aber da hört doch alles auf! Sie lassen mich weit zurückholen und behaupten, ich sei stehen geblieben. Wer so etwas sagt, schwört doch einen glatten Meineid!“ Dadurch fühlte sich S. beleidigt und stellte gegen A. Strafantrag. In der Verhandlung aber vor dem Schöffengericht wurde dem Liebling des Präsidenten Abbel mitgespielt:

Der Angeklagte erbot sich, Beweise für die Un glaubwürdigkeit, Unzuverlässigkeit, Verbosheit und für das provozierende Auftreten des S. zu erbringen. Das Gericht lehnte das ab. Daraufhin las der Verteidiger A. eine lange Liste von Heldentaten des S. vor, die ein eigentliches Licht auf diesen Herrn warfen. Aber nicht nur das mußte S. über sich ergehen lassen: sein Vorgesetzter, ein Inspektor Wohlfromm, wurde von der Verteidigung derartig in die Enge gedrängt, daß er Herrn S. arg belästete. Auf die Frage des Verteidigers, ob Herr S. disziplinarisch bestraft sei, verzweigte er die Auskunft. Als der Verteidiger schmunzelnd sagte: „Das genügt mir auch“, platzte der Zeuge mit der Wehrung heraus: „Aber so oft Herr S. bestraft worden ist, es geschah nie wegen Verleumdung des Publikums!“ Tableau! Als dann der Verteidiger fragte: „Ist es richtig, daß wegen des Kommissars Sinniof einmal 10 Schulleute sich haben verlesen lassen, weil mit Sinniof kein Auskommen sei?“ Darauf höchst eifrig der Polizeikommissar: „Jehn? o nein!“ „Na, dann sieben oder acht“, meinte lachend der Verteidiger.

Und so ging es fort. Die uniformierten Zeugen sagten im Sinne des S. aus, während wohl 10—12 Zivilgenossen unter Eid das Gegenteil bekundeten. Am schlußlichsten aber erging es dem Polizeimann im Urteil; Genosse Albert wurde von der Anklage der Uebertretung glänzend freigesprochen. Es wurde festgestellt, daß der Kommissar kein Recht hatte, Albert zurückzurufen, kein Recht hatte, seine Person auf der Straße aufzunehmen (S. konnte Albert seit Jahren) und kein Recht hatte, Albert eine Ungehorsamkeit vorzuwerfen. Weil aber Albert aus Verger über diese Ungehorsamkeit des S. und weil er wußte, daß S. zu seinem Vorgehen kein Recht hatte, obige Wehrung getan, ansatz häufig stramm zu stehen und „Auch“ zu machen, erhielt er wegen Verleumdung 100 Mark Geldstrafe. Als Beurteiler, als für ewig Bloßgeschetter verließ Kommissar Gottlieb Sinniof den Gerichtssaal. In Breslau herrscht darüber ungeteilte Freude, vor allem, weil Herr v. Dppen nunmehr mit seinem lieblichen keinen Staat mehr machen kann. . . .

Personalien. Das Gothaer „Vollblatt“ meldete am 31. Mai: Die heutige Nummer ist die letzte unter Redaktion des Genossen Jood. Da Genosse Keithner erst am 16. Juni die Redaktionsgeschäfte übernehmen kann, sieht das „Vollblatt“ bis dahin unter der Leitung des Genossen Aschendorf.

Gewerkschaftliches.

„Volksversicherungen“ des Unternehmertums.

Nachdem die Hoffnungen der Unternehmer, durch Gründungen und Unterfütterung der gelben Werkvereine die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu zerkümmern, zerschanden geworden sind, wird neuerdings versucht, die Arbeiter auf andere Weise einzufangen. Unter dem hochklingenden Namen „Verein für vollständige Versicherung“ hat sich in Düsseldorf eine Versicherungsgesellschaft gegründet, die Vereine und Einzelpersonen zum Anschluß an die Vereinsversicherungsbank für Deutschland zu Düsseldorf zu gewinnen sucht. In dem Prospekt, der augenblicklich in den großen Industriezentren Westfalens massenhaft zur Verteilung gelangt, werden im Vergleich zu den sonstigen Versicherungsgesellschaften die „außerordentlich günstigen“ Verhältnisse der neuen Institution hervorgehoben. Der flüchtige Beurteiler wird sehr leicht durch die vielversprechenden Angaben des Prospektes getäuscht. In Wirklichkeit wird den Arbeitern ein Danaergeschenk gehalten. Das erhält schon ohne weiteres aus dem Gründungsmodus selbst. Es heißt unter anderem im Prospekt:

„Um den Versicherten die Erfüllung ihrer Rechte aus der Versicherung unter allen Umständen zu garantieren, ist sie in der Form der Aktiengesellschaft mit einem voll eingezahlten Bürgschaftskapital von drei Millionen Mark gegründet worden. Sie verzinst aber seltenergemäß dieses Aktienkapital nur mit höchstens vier Prozent, also mit einem Betrage, den dieses bei mündelicher Anlage zum mindesten selbst aufbringt. Der Aufsichtsrat der Bank erhält keine Lohntieme. Alle diese Gewinne werden somit im Interesse der Versicherten verwendet.“

Man muß sich schon vorerst die Frage vorlegen, wie es kommt, daß so plötzlich sich eine Anzahl Kapitalisten finden, die in uneigennützigster Weise ihre Gelder zu einem solchen geringen Zinssatz hergeben, um in sozialer Fürsorge für die Arbeiterschaft zu machen. Sehen wir uns deshalb die Namen der Gründer einmal etwas näher an. Neben dem Präsidenten des katholischen Volksvereins, dem Fabrikbesitzer Franz Brandt aus R.-Gladbach, finden wir die bekanntesten Scharfmacher Sirejemann, Thijssen, Kirdorf und andere, die den Aufsichtsrat bilden. Und in der Liste der Aktionäre sind alle die Namen verzeichnet, die in der Arbeiterschaft eines guten Klanges genießen. Um so weniger ist deshalb zu erwarten, daß diese „Herren“ in selbstloser Weise ihre Gelder nur im Interesse der Arbeiter zur Verfügung stellen. Bisher ist für die Arbeiterschaft von dieser Seite nichts Gutes gekommen, und auch in diesem „Wohlfahrts“-objekt kann nur der Gedanke einer weiteren Fesselung erblickt werden. Die scheinbare Genügsamkeit der Aktionäre dürfte schon dann in einem ganz anderen Lichte erstrahlen, wenn es sich erst um Ausleihung der durch die Versicherungsprämien angefallenen Kapitalien handelt. Ob hierbei nicht gerade die Aktionäre erhoffen, durch Erhalt billiger Zinseszinsgelder aus den Mitteln der Versicherungsbank enorme Vorteile zu ziehen, ist mindestens fraglich. Wird somit auf der einen Seite der Verzicht auf höheren Profit aus dem Unternehmen erklärlich, so ist andererseits aber auch nicht außer acht zu lassen, daß durch die dauernde Fesselung der Arbeiter an ihr Arbeitsverhältnis dem Unternehmer ein immenser Vorteil erwächst, dem sich noch das Halten der Löhne auf das Mindestmaß anschließen dürfte. Die gebotenen Bedingungen, die im Vergleich zu den sonstigen Lebensversicherungen um ein Geringes differieren, sind mithin nur scheinbare. Sie werden mehr denn wettgemacht durch die Unfreiheit und Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalismus.

Berlin und Umgegend.

Das Verhalten der Geschäftsinhaber zur Sonntagsruhe beschäftigte eine Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, die für die Rosenfelder Vorstadt zum Dienstag einberufen war. Der Referent Georg Udo gab die Resultate einer Umfrage obigen Verbandes bezüglich des Sonntagsladeschlusses bekannt. Er konnte mitteilen, daß in 6 Hauptbranchen ein vollständiger respektive 10-Uhr-Schluß zu erzielen sei, wenn nicht noch einige wenige Firmen beiseite ständen.

Zum Beispiel die Warenhäuser R. Held Ksh., Inbalidenstraße, Herrn. Lehn, Brunnenstraße 50 und Loewenberg, Schweinmühlstraße sowie das Herrengarderobengeschäft Th. Fabrich. Die Abzählungsgeschäfte S. Gottlieb und Nicolaus Bindo.

Die Firma A. Brunn, Teppiche. Für die Schuhwarenbranche gab der Referent ebenfalls einige Firmen bekannt, welche noch nicht die Verpflichtung eingingen.

In der Damenkonfektion wurde allgemein ein vollständiger Schluß für die Monate bis September bewilligt außer den Firmen B. Buchholz und Blusen-Holth, Brunnenstraße. In der Damenpuhbranche ist als einzige Segnerin die Firma Betty Lahn, Brunnenstraße 88, zu nennen.

Als besonderer Einwand wurde immer geltend gemacht, daß es ja immer die Arbeiter wären, die am Sonntag ihre Einkäufe machen. Die Versammlung beschloß nach lebhafter Diskussion einstimmig folgende Resolution:

„Die am 31. Mai d. J. in den „Brunnenfäden“ tagende öffentliche Versammlung der Angehörigen nimmt Kenntnis vom Stande der Sonntagsruhe-Bewegung und beauftragt den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, bei denjenigen Geschäftsinhabern, die bisher die Einwilligung zum Ladeschluß an den Sonntagen noch nicht gegeben haben, ein zweites Mal vorstellig zu werden.“

Gleichzeitig erucht die Versammlung den Zentralverband, sich mit dem Kartell der Gewerkschaften sowie den Wahlvereinen von Groß-Berlin in Verbindung zu setzen, um die Arbeiterschaft und deren Frauen energisch zu veranlassen, nicht an den Sonntagen zu kaufen, damit den Geschäftsinhabern auch der letzte Grund genommen wird, die Einwilligung auch nur mit einem Schein von Berechtigung verweigern zu können.

Die Versammelten erklärten weiter, daß sie die Antworten der Geschäftsinhaber im Gedächtnis behalten und dafür sorgen werden, daß die Einwohner davon Kenntnis erhalten.“

Der Vorsitzende teilte noch mit, daß nach Ausführung der Beschlüsse den in Frage kommenden Geschäftsinhabern Nachricht bezüglich des Beginns der Vereinbarungen zugehen wird.

Da den Geschäftsinhabern aus dieser Einrichtung absolut kein Schaden erwachsen kann, so wäre eine einheitliche Gestaltung sehr zu begrüßen, da bei dem jetzigen Stande der Ladenangestellten auch nicht einen einzigen freien Tag im Jahre haben.

Die gegenwärtige Lage im Baukrieg

Stand am Mittwoch auf der Tagesordnung einer Mitglieder-versammlung der Sektion der Führer des Maurerverbandes, die im großen Saale der „Arminhallen“ stattfand. Wie der Referent Neumann einleitend bemerkte, war, als der Vorstand diesen Punkt auf die Tagesordnung setzte, noch nicht vorzusehen, wie sich die Lage in wenigen Tagen gestalten würde. Man hatte geglaubt, daß die Verhandlungen sehr bald scheitern würden, während ja nun

die Annäherungsversuche anscheinend einen gewissen Erfolg gehabt haben. Da es Sache des Verbandes ist, zu den Vorschlägen der Unparteilichen Stellung zu nehmen, erschien es für die Versammlung nicht angebracht, sich näher damit zu befassen. Der Redner berichtete sodann über den Stand der Aussperrung, wie sie sich nach den in den verschiedenen Bezirken und Gauen vorgenommenen Aushebungen gestaltet hat. Danach beläuft sich die Gesamtzahl der ausgesperrten Maurer auf 80 801. In den Kontrollstellen des Zentralverbandes der Maurer hatten sich am 27. April 53 019 Aussperrte gemeldet und am 12. Mai waren es 51 615. Die übrigen Aussperrten sind teils anderweitig organisiert, teils unorganisiert. Die Zahlen erreichen so ziemlich die Höhe, womit die Verbandsleitung rechnete, und wenn sie auch weiter hinter dem tatsächlichen, was die Unternehmer wollten und was sie teils als Tatsache hinstellten, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie immerhin eine respektable Aussperrung zustandegebracht haben. Die Maßnahmen, die die Arbeiterverbände dagegen ergriffen, haben sich als richtig und zweckmäßig erwiesen. Der Angriff ist zurückgeschlagen, und die Verbände sind auch durchaus in der Lage, den Kampf noch wochenlang weiterzuführen, der ja übrigens auch mit der Aufhebung der Aussperrung keineswegs als endgültig abgeschlossen gelten kann.

In der Versammlung wurde außerdem die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt. Sie schließt in der Hauptklasse mit der Bilanzsumme von 4794,88 M. ab. Die Einnahme der Lokalfasse betragen 60 451,33 M., die Ausgaben 5711,87 M., so daß der Bestand am Quartalschluß 54 739,46 M. betrug. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zurzeit wiederum einige bekannte Agenten bemüht sind, hier in Berlin Arbeitskräfte für auswärts anzutwerben, und daß diesen Versuchen gegenüber größte Vorsicht notwendig ist.

Die Friedenskomödie der Unternehmer.

Im dem Bureaufenster des Geschäftsführers des Arbeitgeberbundes im Baugewerbe für Thüringen in Eisenach prangt ein Plakat folgenden Inhalts:

„Um irdigen Auffassungen vorzubeugen, wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß die Dauer der Aussperrung im Baugewerbe auf 6 Wochen verlängert worden ist. Dispens für Materiallieferung wird grundsätzlich nicht erteilt. Eisenach, den 28. Mai 1910. Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.“

Da hätten die Scharfmacher zur Befriedigung der Unzufriedenen im Arbeitgeberbund und zur Verschönerung ihrer Brutalität eine Friedenskomödie auf, zu der sich die Herren sogar unter Mithilfe des Ansehens des Regierungsvertreters in der gleichen Zeit einstellen, als sie die Fortsetzung des Kampfes anordnen. Was sich doch Unternehmer-Scharfmacher alles herausnehmen dürfen!

Einer nach dem anderen.

Dem Vorgehen des Piesniger Magistrats gemäß hat nunmehr auch der Göttinger Magistrat beschlossen, die durch die Bauarbeiteraussperrung unterbrochenen Arbeiten am Feuerwehrtreppe einem Unternehmer zu übertragen, der seine Arbeiter nicht ausgesperrt hat.

Deutsches Reich.

Als Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ wurde an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Reghäuser der mehrjährige Gauborleiter von Osterrand-Thüringen, Karl Helmholz, gewählt.

Reghäuser geht ins Ausland. Er tritt in die Redaktion eines demokratischen Blattes in St. Gallen (Schweiz) ein.

Die Differenzen bei der Firma Rießerling u. Albrecht, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Solingen, über die der „Vorwärts“ in seiner Nr. 12 berichtete, sind zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt worden, so daß die eingereichten Kündigungen wieder zurückgezogen wurden. Die verschiedenen, im Betriebe vorhandenen Mißstände, sind nunmehr durch das energische Drängen der Arbeiter beseitigt worden.

Die terroristischen Baugewaltigen

verschmähen bei ihrer verzweifeltten Ausschüerungspolitik auch die lächerlichsten Mittel nicht. Im Bezirk Nürnberg-Fürth sind unter den ausgesperrten Bauarbeitern viele, die sonst zwar in den großen Städten arbeiten, aber ihren Wohnsitz in irgend einem Orte der näheren oder weiteren Umgebung haben. Auf diese haben die Scharfmacher es besonders abgesehen. So sind in dem mittelfränkischen Städtchen Ebenberg eine große Anzahl Maurer, die in Nürnberg ausgesperrt wurden; der dortige Arzt hat die Leute zusammengetrommelt, um mit ihnen eine Reihe gemeinnütziger Arbeiten auszuführen, wie Verschönerung der Krankenhäuseranlagen, Renovierung der alten Stadtgrabenspartien, Wegverbesserungen und so weiter. Als die Geschichte in Nürnberg durch eine Notiz des freijünglichen Blattes ruhmbar wurde, erhielt er vom dortigen Scharfmacherverband einen Brief, in dem es heißt:

„Aufgelebte Zeitungsnote! Erregt begeisterte Weise nicht geringes Aufsehen in weitesten Kreisen. Es kann doch nicht angenommen werden, daß in einer Zeit, in welcher die Baugewerbetreibenden in einem ihnen aufgezwungenen Kampfe die größten Opfer bringen, von irgend einer Seite ausgesperrte Maurer durch Uebertragung von Arbeiten im Kampfe gegen die Arbeitgeber unterstützt werden. Wir nehmen vielmehr an, daß es sich wieder um eine der alljährlichen heberischen, tendenziösen und unwahren Notizen der sozialdemokratischen Presse handelt, die leider ungeprüft von der gegnerischen Presse übernommen werden. Wir rechnen gerne damit, daß Sie alles aufbieten werden, daß diese Ihr persönliches Ansehen schädigende Nachricht demontiert wird und erklärt werden kann, daß, falls bei Ihren Arbeiten wirklich einzelne organisierte Arbeiter beschäftigt worden sein sollten, solche Ihrerseits sofort bei Empfang dieses Schreibens entlassen werden. Sollten Sie dringende gemeinnützige Arbeiten auszuführen haben, so werden Sie in dortiger Gegend selbständige Meister finden, die selbst oder mit von unserem Verband erlaubter Zuziehung unorganisierter Arbeiter die Arbeiten ausführen werden.“

Der Arzt pfeift darauf, bei den Scharfmachern in „Ansehen“ zu stehen, und hat ihnen geantwortet, er habe nicht aus Versehen lauter organisierte Arbeiter beschäftigt, sondern in bestimmter Absicht, und werde demnächst noch mehr einstellen.

Mitgliederrückgang bei den katholischen Arbeitervereinen.

Der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands gibt jetzt einen Ueberblick seiner Mitgliederbewegung in den letzten Jahren. Es ergibt sich da das interessante Bild, daß nach einem Aufschwung, der sich bis 1908 vollzog, jetzt ein Rückschlag eingetreten ist. Die statistischen Zahlen, die mit einer gewissen Vorsicht zu benützen sind, ergeben das folgende Bild:

1902	811	Bereine	63 700	Mitglieder,
1904	814	„	73 530	„
1906	610	„	95 840	„
1908	827	„	155 878	„
1. 1. 1910	870	„	rund 150 000	„

Nun ergibt sich bei einer kritischen Nachforschung schon bei den ersten Zahlen eine Differenz. So berichtet Dr. Otto Müller in seiner Schrift über die katholischen Arbeitervereine, die in München-Bladbad 1907 im Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das

katholische Deutschland erschien, daß der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands Ende 1908 658 Vereine und 114 613 Mitglieder zählte. Die Ziffern stehen in starkem Widerspruch zu den oben mitgeteilten von 1906, die die „Köln. Volksz.“ bekannt macht. Der Rückgang, der sich in der Mitgliederzahl von 1910 gegen 1908 ausdrückt, wird durch die „Köln. Volksz.“ damit begründet, daß die Vereine des Reichs und Danziger Bezirkes zu den ostdeutschen Verbänden der katholischen Arbeitervereine übergetreten seien. Da der ganze Verband dieser ostdeutschen katholischen Arbeitervereine nur rund 18 000 Mitglieder umfaßt, auf der anderen Seite aber die Zahl der Vereine des westdeutschen Verbandes von 827 auf 870 gestiegen ist, so ergibt sich eine Differenz, die sich durch den Uebertritt einer Anzahl Vereine zu dem ostdeutschen Verband nicht erklären läßt. Es bleibt also weiter gar keine andere Lösung übrig, als die, daß die Zahl der Mitglieder durch die wirtschaftlich ungünstige Konjunktur stark zurückgegangen ist. Eine Befestigung findet dies auch noch darin, daß das Verbandsorgan, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, zurzeit nur etwa 115 000 Abonnenten hat. Trotzdem ist man natürlich eifrig dabei, von einer glänzenden Blüte der katholischen Arbeitervereinsbewegung westdeutscher Richtung zu sprechen. Das wichtigste Moment für diese Politik der Zahlenkorrekturen liegt ja überdies gar nicht in der katholischen Arbeitervereinsbewegung — ganz abgesehen davon, daß in diesem Verein eine Menge Leute Mitglieder sind, die mit dem Begriff Arbeiter überhaupt nichts mehr zu tun haben —, sondern in dem Interesse, welches das Zentrum an dieser Vorkurs für die Zentrumspolitik hat. Der schon genannte Müller schrieb in dem ebenfalls schon genannten Bude: „Die Arbeitervereine werden auf politischem Gebiet die geistigen Kräfte für die Zentrumspartei heranzubilden.“

Das Zentrum hat ein Interesse daran, die katholische Arbeitervereinsbewegung blühend zu sehen, und deswegen diese eigenartigen Berichte in der „Köln. Volksz.“, dem führenden Organ der Zentrumspartei. Der Arbeiter ist für das Zentrum auch hier eben nur Mittel zum Zweck.

Ein berüchtigter Arbeitswilliger

Ist wieder einmal in Nürnberg als ein gemeines Schenkel entlarvt worden. Der Bauarbeiter Groß war immer ein „nützliches Element“, wies jeden Organisationsgedanken weit von sich und spielte bei Lohnbewegungen den Raudecker. Auch bei der gegenwärtigen Bauarbeiteraussperrung gehörte er zu denjenigen, die mit Erlaubnis des Unternehmerverbandes weiterarbeiten dürfen. Dieser Held stand jetzt wegen Stillschließens vor Gericht. Er hat Kinder von 6 bis 6 Jahren in seine Wohnung gelockt und Unfittlichkeiten an ihnen verübt. Das Landgericht Nürnberg verurteilte ihn deshalb zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis.

Ausland.

Ausland des Pariser Straßenbahnpersonals.

Am Mittwoch ist in Paris ein teilweiser Ausbruch des Personals der Straßenbahngesellschaft ausgebrochen. Gegen Mittag verließen zahlreiche Bahnarbeiter ihre Arbeit. Man weiß noch nicht, ob die übrigen Mitglieder des Personals gemeinschaftliche Sache mit den Ausständigen machen werden. Eine Anzahl Ausständigen versammelten sich, kurz nachdem sie ihre Arbeit eingestellt hatten, vor einem der Schuppen und versuchten, die Ausfahrt von Straßenbahnwagen zu verhindern. Sie wurden jedoch durch Polizeiabteilungen zerstreut. Sonst sind keine Zwischenfälle vorgekommen. Man glaubt, daß ein allgemeiner Ausbruch nicht zustande kommen wird.

Versammlungen.

Die Steinarbeiter hielten am Mittwoch eine kombinierte Versammlung in den „Arminhallen“ ab. Zur Berichterstattung vom Verbandstag nahm zunächst der Delegierte Hanske das Wort. Er gab eine Uebersicht über die Verhandlungen und Beschlüsse, über die schon im „Vorwärts“ berichtet worden ist. Mit großem Behauern bemerkte er den Beschluß, durch den die Erwerbslosenunterstützung mit 25 gegen 11 Stimmen prinzipiell verworfen wurde. Jahrelang sei nun keine Aussicht, von Zentralwegen die Erwerbslosenunterstützung zu erhalten. Die Angelegenheit sei auch nicht gehörig behandelt worden. Abgesehen vom Referat, habe die Verhandlung darüber nur etwa 20 Minuten gedauert. Redner bedauerte auch, daß man in der Verschmelzungsfrage nicht weiterkommen sei. Derumkommen werde man um diese Frage aber nicht. Danach schloß seinen Bericht mit der Versicherung, daß die Berliner Delegierten versucht hätten, ihren Auftraggebern getreu zu werden.

Der Delegierte Ohngemach vervollständigte den Bericht des ersten Redners in einigen Spezialpunkten. In der Verschmelzungsfrage entnimmt er dem Stimmverhältnis auf dem Verbandstage, daß immerhin Aussicht vorhanden sei, die Verschmelzung über kurz oder lang durchzuführen.

Nach einer Diskussion über verschiedene Beschlüsse des Verbandstages wurde folgender, von John gestellter Antrag angenommen:

„Die Versammelten haben aus dem Bericht über den Verbandstag entnommen, daß in der wichtigen Frage der Erwerbslosenunterstützung eine Vergeßlichkeit der Minorität stattgefunden hat. Sie protestieren gegen derartige Maßnahmen und erachten sie eines freien Verbandstages für nicht würdig.“ Dann erledigte man noch einige Vereinsangelegenheiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Polizei gegen ausgesperrte Bauarbeiter.

Dresden, 2. Juni. (B. G.) Gegen 1000 ausgesperrte Bauarbeiter unternahm heute nachmittag einen Ausflug nach dem Südpark und versuchten von dort vor das Rathaus zu ziehen, wo gerade die Stadtverordnetenversammlung eine Sitzung abhielt. Ein Aufgebot von etwa 200 Schulrenten stellte sich den Demonstranten entgegen und sperrte die in die innere Stadt führenden Straßenzüge ab. Es kam dabei zu kleinen Zusammenstößen. Das Rathaus wurde von einem starken Polizeikordon umgeben. (11)

Von der Straßenbahn zermalmt.

Königsbrunn, 2. Juni. (B. G.) Der sechzehnjährige Gymnasiast Klein wurde heute nachmittag auf der Bismarckstraße von einer Ohnmacht befallen und stürzte gerade in demselben Augenblicke zwischen die Straßenbahngleise, als ein Straßenbahnwagen in voller Fahrt heronbrauste. Der Unglückliche wurde vom Wagen überfahren und zur fernlosen Masse zermalmt.

Französische Senatoren für die Rechte Finnlands.

Paris, 2. Juni. (B. T. V.) Zahlreiche radikale und sozialistische Senatoren haben an die Duma eine Adresse gerichtet, in welcher sie eindringlich für die Rechte Finnlands eintreten unter Hinweis auf die Frankreich und Rußland verknüpfenden Bande, die die Dumamitglieder auf den tiefen Eindruck aufmerksam machen, welchen die Verwirklichung der gegen die Autonomie Finnlands gerichteten Pläne in Frankreich zur Folge haben müssen.

Der Flug über den Kanal.

London, 2. Juni. (B. T. V.) Der englische Abiakter Rollis legte um 8 Uhr 5 Min. nach Dover zurück. Die Redung, er sei bei Sangatte gelandet, ist unkorrekt. Der Abiakter schwabte nur einige Minuten über Sangatte, flog dann über den Kanal nach England zurück und landete ohne Unfall.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Juni, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht zunächst die einmalige Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Elsass-Lothringen zur Regelung der Lotterieverhältnisse.

Abg. Dr. Krendt (fl.) begrüßt den Vertrag als ersten Schritt zur Angleichung Süddeutschlands an die preussische Lotterie. Der Vertrag wird genehmigt.

Einige kleinere Vorlagen werden ohne Debatte erledigt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung der Landgerichtsbezirke Krefeld-Arbe und München-Gladbach wird in zweiter Beratung nach längerer Debatte angenommen.

Hierauf wird die je meermal abgeordnete Beratung des Antrages Vorgmann (Soz.), betreffend Aufhebung des sogenannten Vagabundenparagraphen fortgesetzt.

Abg. Wylling (Fortich, Sp.): Wir halten, wenn nicht eine Aufhebung, so doch mindestens eine Reform dieses Paragraphen für dringend notwendig und beantragen daher die Ueberweisung des Antrages an die verstärkte Gemeindefunktion. Hervorragende Autoren sind im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht der Meinung, daß dieser Paragraph überhaupt nicht mehr rechtsgültig ist. Schon dies sollte uns veranlassen, die Frage in der Kommission eingehend zu prüfen. Ferner muß ausgeschlossen werden, daß auch politische Gründe maßgebend sein können, um jemand den Aufenthalt zu verweigern. Es kommt weiter in Betracht, daß die Verweigerung des Aufenthaltes heute nur beim Antrag möglich ist. Es kann sich aber im Laufe der Zeit herausstellen, daß gar kein Grund zur Verweigerung des Aufenthaltes vorliegt. Es sollte daher eine gewisse Frist zur Verweigerung des Aufenthaltes festgelegt werden. Endlich muß auch verlangt werden, daß die Gründe der Verweigerung der betroffenen Partei angegeben werden. (Bravo! links.)

Unterstaatssekretär Holz: Die Regierung hält die Aufrechterhaltung des Paragraphen für notwendig. Durch einen Erlaß ist die Durchführung dieses Paragraphen eingehend geregelt worden, und diese Regelung hat sich durchaus bewährt.

In den letzten Jahren sind Beschwerden über die Handhabung dieses Paragraphen überhaupt nicht mehr bekannt geworden. Es sind auch 1908 und 1909 nur einige 30 Fälle von Ausweisung in Berlin erfolgt, obwohl 1908 über 1000 und 1909 etwa 750 schwer bestrafte Personen zugezogen sind.

Abg. Lufensky (natl.): Die Bedenken einzelner juristischer Autoren, daß der Paragraph nicht rechtsgültig sei, werden von der Praxis nicht geteilt. Wir können dem Antrag Vorgmann nicht zustimmen. Bei einer Neuregelung der Polizeiaufsicht wird sich möglicherweise der Paragraph überflüssig machen. Wichtig ist, daß der Polizei fast schrankenlose Vollmacht durch den Paragraphen gegeben ist. Daher halten wir es für angebracht, zu prüfen, ob diese Befugnisse nicht eingeschränkt sind und stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Erlaß, den der Herr Unterstaatssekretär erwähnte, ist leider nicht im Wortlaut mitgeteilt worden. Der Gesichtspunkt, daß das Gesetz nur Anwendung finden soll bei schweren Verbrechen, hat früher jedenfalls nicht Anwendung gefunden. Das Gesetz ist vielmehr in sehr rigoroser Weise angewandt worden auch da, wo es sich nur um geringfügige Körperverletzung gehandelt hat usw. Das Gesetz ist auch, wie ich nachgewiesen habe, vielfach politisch mißbraucht. Allerdings sind mir in der letzten Zeit Fälle dieses Art nicht bekannt geworden, doch wurde vor wenigen Jahren einem Anarchisten, der nur auf Grund eines Brechergeldes verurteilt war, der Aufenthalt in Berlin auf Grund dieses Paragraphen unmöglich gemacht. Uebrigens ist auch unser Parteigenosse Abg. Hoffmann am 5. November 1894 von diesem Gesetz betroffen worden; er erhielt damals folgende Verfügung: „Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Sie seit dem Jahre 1891 zu Magdeburg, Zeitz, Raumburg wiederholt wegen öffentlicher Beleidigung und Vergehens gegen das Preßgesetz mit Geldstrafe und Gefängnis bestraft sind.“ — Ich bemerke, es

handelte sich um drei kurze Strafen von 10 Tagen, 14 Tagen und einem Monat. Der Erlaß fährt fort: „Von der mit gesetzlich zustehenden Befugnis, bestrafte Personen vom Aufenthalt in Berlin auszuschließen, will ich im vorliegenden Fall mit Rücksicht darauf, daß Sie hier einen realen Broterwerb gefunden haben, vorläufig keinen Gebrauch machen und Ihnen den Aufenthalt hier verfahrensweise gestatten. Es geschieht dies jedoch nur unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und in der Voraussetzung, daß Sie weder zu polizeilichem noch zu gerichtlichem Einschreiten Anlaß geben werden.“ Gegenüber dieser Verfügung bemerke ich, daß das Gesetz nur die Ausweisung neu Zugezogenen gestattet, daß es also zweifellos eine Geschwindigkeit ist, jemand „vorläufig“ zuzulassen und sich den Widerruf der Zulassung vorbehalten. Im übrigen ist Herr Hoffmann ein geborener Berliner, und daher war es der Polizei außerordentlich schwer, ihn aus Berlin auszuweisen. Herr Hoffmann begab sich auf das Polizeipräsidium, um dem Grafen Stillsied klarzumachen, daß eine Ausweisung bei ihm nicht in Frage kommen könne. Graf Stillsied verwies ihn darauf, daß er zehn Jahre von Berlin abwesend gewesen sei. Herr Hoffmann erwiderte, daß daran sieben Wochen fehlten und antwortete auf die erhaltene Gegenfrage, wo er denn diese sieben Wochen gewesen sei: Poabit, Unterjuchungsgefängnis, vom 7. Januar bis 28. Februar 1884. (Gelächter.) Herr Hoffmann ist damals nicht aus Berlin ausgewiesen. Sie sehen aber daraus, wie man dieses Gesetz anwenden kann und es früher angewandt wurde. Ich traue der preussischen Polizei nicht über den Weg. Wenn sie eine Nachtbefugnis in der Hand hat, die sie heute nicht anwendet, so sind wir doch nicht sicher, daß sie nicht bereits morgen einen höchst verwerflichen Gebrauch davon macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß eine Reform auf gesetzlichem Wege erfolgt, daß den Grundfragen der Humanität auf diesem Gebiete in einer Weise, die die Polizei bindet und ihr die Möglichkeit jeder Willkür raubt, Rechnung getragen wird. Wenn in der letzten Zeit keine Klagen zu den Ohren der Regierung gekommen sind, so beweist das nichts. Wer in der Praxis des Lebens steht und speziell als Jurist, weiß, wie häufig gerade das schwerste Unrecht den am meisten bedrückten Personen geschieht, ohne daß diese auch nur die moralische Fähigkeit besitzen, zu remonstrieren. Ich bitte Sie also dringend, unsern Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag auf Ueberweisung des Antrages Vorgmann an die Gemeindefunktion wird abgelehnt, ebenso der Antrag selbst.

Es folgt die Beratung des Antrages Vorgmann (Soz.), betr. die Behandlung

ausländischer politischer Polizeibeamten und Agenten.

Der Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, ungefährnt dafür Sorge zu tragen, daß dem Treiben von Beamten oder Agenten der politischen Polizei angrenzender Staaten in Preußen ein Ende gemacht wird.“

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Schon im Januar 1904 hat der „Vorwärts“ unter der Spitzmarke „Preußen eine russische Spigelmühle“ geschrieben: „Der Spigelmüller in Berlin ist ein Herr, der von seinen Untergebenen ehrfurchtsvoll mit Egzellen angeredet wird. Sein Gehalt, das er von der russischen Regierung bezieht, ist in der Tat das einer Erzherzogin, er bekommt jährlich 36 000 Mark, also genau so viel wie ein preussischer Minister.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war der später so berühmte gewordenen Harting. Auf eine sozialdemokratische Interpellation am 18. Januar 1904 im Reichstag antwortete der Staatssekretär v. Nischhofen: „Dem Reichsanwalt ist bekannt, daß ein zur hiesigen russischen Botschaft gehöriger Beamter von seiner Regierung damit betraut ist, das Tun und Treiben russischer Anarchisten, die sich in Deutschland aufhalten, zu beobachten und die russische Regierung darüber fortlaufend zu unterrichten. Dem Reichsanwalt ist nicht bekannt, daß dieser Beamte oder von ihm zur Hilfe herangezogene Personen in Deutschland Verbrechen verübt oder versucht hätte, andere Personen zur Verübung von Verbrechen zu bestimmen. Eine Befestigung des bestehenden Zustandes erscheint dem Herrn Reichsanwalt daher nicht angezeigt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die hier als offiziell akkreditiert bezeichnete Person

ist derselbe Harting. Die Beratung führte damals zu den heftigsten Angriffen gegen die Regierung. Von Herrn Dr. Spahn wurde z. B. damals die Ausweisung der russischen Polizeibeamten gefordert, und auch der Redner der Nationalliberalen schloß sich der Beurteilung der russischen Polizei an. Die Regierung lächelte sich dann nach althergebrachtem Muster in das preussische Abgeordnetenhaus, wo sie ja immer sicher ist, ein bequemes Echo für jegliche kulturwidrige Maßnahmen zu finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von kaum irgend einem Vertreter der bürgerlichen Parteien wurde im Abgeordnetenhaus ein ernstliches Wort gegenüber denselben Machenschaften gesprochen, die zum Teil von den Angehörigen derselben Partei im Reichstage scharf beurteilt worden waren. Es fiel damals aus dem Munde des Staatssekretärs v. Nischhofen das vom Gesichtspunkt jeglichen Anstandes scharf zu beurteilende Wort, wodurch er die Ehre der russischen Studierenden Frauen antastete (Lachen rechts), und das Wort des Reichsanwalts von den Schwörern und Verschwörern, das Deutschland in der Welt blamiert hat. (Lachen rechts.) Und es erfolgte die bekämpfte Ausweisung der russischen Studierenden, die oft und würdig gegen diese Angriffe protestiert hatten. Wir haben durch dokumentarische Festlegung dafür gesorgt, daß diese schmachvollen Vorgänge der Nachwelt nicht vorenthalten bleiben. Diese Abhängigkeit der preussischen Polizei vom Ausland stammt ja schon her aus der Zeit Friedrichs des Großen. Treitschke nannte diese Politik Friedrichs des Großen die schlimmste Demütigung, der Preußen jemals unterworfen worden sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Schon zur Zeit des Königsberger Prozesses wurde von uns als Verteidiger der Verdacht geäußert, daß jene blutdürstigen Schriften, mit denen damals der Minister v. Hammerstein im Abgeordnetenhaus einen so glänzenden Erfolg erzielte, schließlich auf unständige Weise an die Adresse der Personen gelangt seien, bei denen sie beschlagnahmt worden sind. Und auch bei dem Dynamit, das in dem Koffer des Wirski gefunden wurde, hat man vermutet, daß dunkle Ehrentämer ihre Hände dabei im Spiele hatten. In Bezug auf die

Funde in der Kanakroße

wurde das so zur Evidenz dargelegt, daß die Polizei von weiteren Maßnahmen Abstand nahm. Wir sind jetzt in der Lage, an der Hand von zahlreichen Tatsachen darzulegen, wie wohl begründet diese damals von der Sozialdemokratie ausgeprochenen Vermutungen gewesen sind. Vor etwa 1 1/2 Jahren begann der russische Revolutionär Burzew mit den bekannten Enthüllungen über die russischen Kollaborateure. Dadurch wurde nachgewiesen, daß

Agem der größte Kollaborateur

der größte Verräter der Welt gewesen ist. Er ist der Mitbegründer der sozialrevolutionären Partei Russlands. Er gründete Organisationen, die zur Ausführung der Attentate bestimmt waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat die Attentatstaktik wieder auf die Bomben und das Dynamit zurückgeführt, er hat nach dem Attentat auf Trepow die ganze Organisation in drei Abteilungen geteilt, die die Ermordung des Großfürsten Wladimir, des Großfürsten Sergius und des Generals Reibel zur Aufgabe haben sollten. Er bezog 30 000 R. jährlich für seine Tätigkeit. Dieser erbärmlichste Judas, den es je gegeben hat, war es, der durch Rutenberg die Ermordung seines Konkurrenten Gapon durchzuführen ließ. Die Zahl der von ihm organisierten Attentate ist enorm. Auf ihn fällt auch die Blutschuld für die Ermordung jenes Fabrikanten Müller, der von Tatjana Leonowa an Stelle Dornowos getötet wurde. Solche Vorgänge sind ja übrigens auch in Deutschland nicht ganz fremd. Ich erinnere an das

Niederwald-Attentat

von dem die Polizei so frühzeitig erfuhr, daß sie in der Lage gewesen wäre, es im Keime zu erlöchen. Agew war es, der die Attentate auf Stolypin ausgearbeitet hat, der auch 1907 ein Attentat auf den Zaren vorbereitete, ebenso 1908, um seinen Kredit bei den Revolutionären zu heben. Eine ganze Anzahl von Attentaten, die er ausgearbeitet hat, ist auch ausgeführt worden. Ich erinnere an Plewe und den Großfürsten Sergius. Das Attentat auf Plewe wurde ausgeführt, weil Raschkowski, der frühere Chef der russischen Geheimpolizei, der mit Plewe in Differenzen gekommen war und entlassen war, ihn befehlen wollte. Die Folge war denn auch, daß Raschkowski wieder zum Chef der russischen Geheimpolizei eingesetzt wurde. Schluß! war es bei dem

Kleines feuilleton.

Die Herkunft der Menschen. Wie die „Tägl. Rundsch.“ zu berichten weiß, hat Prof. Koch, über seine Meinung von der Herkunft der Menschen befragt, sich einmal folgendermaßen geäußert:

„Ich glaube, daß es nur zwei Menschenrassen gibt, eine hellfarbige und eine dunkelfarbige. In der Schule wurde uns noch gelehrt, es gäbe fünf; in Wirklichkeit ist klar, daß Kaukasier, Mongolen und Indianer eng zu einander gehören. Die Malayen sind eine Mischung aus Mongolen und Schwarzen, und nur die Schwarzen sind eine Rasse für sich. Eine interessante Analogie, aus der ich aber keineswegs auf eine unmittelbare Deszendenz im Sinne mißverständlicher Darwin'scher Ideen schließe, zeigt sich bei den menschenähnlichen Affen. Auch hier haben wir eine dunkle Rasse, Schimpansen und Gorilla, und eine helle, den Orangutang. Weiblich Heimat liegt am Äquator, wo auch der Mensch zu Hause ist. Denn läme der Mensch nicht vom Äquator, so wäre er nicht nackt. Die schwarzen Menschen wohnen dort, wo die schwarzen Affen sitzen; die hellen kommen von dort her, wo die hellen Affen vorkommen. Die schwarzen Affen und Menschen haben krauses, die hellen straffes Kopfsaar. Wann die Gabelung vorgekommen ist, weiß ich nicht.“

Theater.

Deutsches Theater. Sommergastspiel unter der Direktion von Emil Geher: „Ueber unsere Kraft“. Schauspiel von Björnson. Herr Geher, der Leiter des märkischen Wandertheaters, eröffnete die Reihe seiner Sommervorstellungen auf der Reichardtshöhe im Zeichen des großen Toten dieses Jahres. Abens Welttrium überstrahlt den Björnson und wird ihm immer überstrahlen, aber für die eigene Nation ist Björnson, mit allen Fasern in der Heimat wurzeln und ein unerträglich leidenschaftlicher Missetäter in den Freiheitkämpfen, mehr gewesen: eine jener bodenständig-repräsentativen Naturen, die in lebendigem Kontakt mit der Menge Gefühl und Willen machtvoll in Bewegung setzen können. Dieses Moment hob der kurze, von Herrn Geher gesprochenen Prolog, den Gegensatz zu dem modernen kampflustigen, weltfremd verzärtelten Artistentume streifend, als das Entscheidende mit markigen Worten hervor.

Der erste Teil von „Ueber unsere Kraft“ ist unter allen Dramen Björnsons der eigenartigste und künstlichste. Das Werk führt den Zuschauer in eine fremde Welt: ins Land der Mitternachtssonne, wo die Natur in „Menschenverhältnissen und Kontrasten“ sich dehnt, wo furchtbare Stürme die vom Eismeer strömenden Wogen gegen schroffe Felswände schleudern, endlose Winternächte die einamen Seelen in schmerzhaft phantastisches Gräßen wiegen — ein Risiko, das, weit ab vom Flachlande der Zivilisation, alle Vorbedingungen für die Erhaltung nativ religiöser Wunderglaubens in sich birgt. Nur im Zusammenhang mit jenen Hintergründen, die des Dichters Kunst herausbeschwört, werden die Gestalten, wird die Zuspitzung des ganzen Konflikts auf die Frage, ob es dem Christus nachstrebenden Pfarrer Sang durch das Gebet gelingen wird, sein krankes Weib zu heilen, wird die mächtige

Spannung, in der das Volk — als Chor — des Ausganges harret, verständlich. Nur auf diesen Grundlagen erhebt sich auch das Ringen und die Niederlage Sangs zu einem Schicksal von symbolischer Bedeutung.

Wundervoll wurde der Geist der Dichtung im Spiele Sachlers lebendig. Er brachte einem die Figue zum Greifen nahe, ohne ihr doch das geringste vom Zauber ihrer imponierenden Ehrwürdigkeit zu nehmen. In all' seiner Schlichtheit umwo diesen Sang jener festlich sonnige Glanz, von dem kein Weib spricht. Man glaubte, daß die Menschen an ihn glauben. Ein sein geordnetes Bild gab auch der andere von Berliner Bühnen hinzugezogene Gast: Frau Fehdmer in der Rolle der todkranken und doch vom Glücksgesicht unerschütterlich Liebe beschirmten und getrosteten Frau. Die Kräfte des eigenen Ensembles können sich bei mancher anerkannter Leistung naturgemäß mit diesen beiden Darstellern nicht messen.

Gastspiel des Kölner Residenz-Theaters (im Leistung-Theater): „Kasernenluft“ von G. M. Stein und Ernst Schügen. Wieder ein Militärsstück; doch wenigstens eins, das Schärfe des erschauten Lebens innerhalb der Kasernenmauern mit guter dramatischer Handwerkskunst vereinigt. Eine satirische Komödie ist es freilich nicht; es bietet jedoch verschiedene Anlässe hierzu, insoweit nämlich, als die Soldatenschlauderei aufgezeigt wird. Die Motive sind oft sehr persönlicher Art. Wehe dem Gemeinen, der absichtlich oder unabsichtlich einem Vorgesetzten ein Wädel wegschnappt! Der Musikfetter Hans Frizzen befindet sich in diesem Falle. Zwischen ihm und der Richte des Feldwebels hat sich ein Liebesverhältnis entsponnen. Sobald der Unteroffizier Haller, den das Mädchen abgewiesen hat, dahinter gekommen ist, peinigt er den Rekruten im Dienst, wo und wie er kam. Der kommt gar nicht mehr aus dem Stubenarrest heraus. Lenken wird von dem Verfamähten verleumdet, sogar öffentlich als Rekrutenbinne beschimpft. Schließlich, als Hans die Qualereien nicht mehr ertragen kann, desertiert er. Sein Vater, ein Gendarmereiwachtmeister, feiert gerade sein vierzig-jähriges Dienstjubiläum, als Hans ins Haus kommt. Natürlich freut sich der Alte. Die Freude wird aber rasch im Gegenteil verkehrt. Während man gemütlich beim Punsch sitzt, kriegt der beim Feste anwesende Bezirksfeldwebel auf telegraphischem Wege Befehl, den Ausreißer zu verhaften. Der eigene Vater stülpt den Helm auf, schnappt den Säbel um und bringt den Jungen in die Kaserne zurück. Unterdessen ist Haller nicht müde gelieben. Er will Hans durchaus auf Stellung bringen. Es ist gerade Schrankrevision; man schneidet wieder mal nach antimilitaristischen Flugchriften, die in die Kaserne geschmuggelt worden sein sollen. Der Unteroffizier besitzt einige Exemplare. Eins davon steckt er in Frizens Schrank. Der Hauptmann ist zwar schon mißtrauisch gegen Haller geworden, jetzt aber läge der Beweis gegen Hans offen da — wenn nicht der Polad Schwilendk, wie er dem Haller eine Pizgarre aus der Tischschublade mopsie, darin auch solche Schriften gesehen hätte. Nun ist Hallers Schurkenhaftigkeit entlarvt. Ihm wird der Prozeß gemacht werden — und so wendet sich dann noch alles zum Guten. Die Autoren hätten sich aus guten Gründen, das Andrefullat anzudeuten. Gar so hart wird Haller ja kaum bestraft werden; denn er ist ein „tüchtiger“ Unteroffizier; da pflegt selbst die größte Verfehlung milde Richter zu

finden. Es sind aber in diesem militärischen Volkstüde so vortreffliche Qualitäten, so photographisch getreue und mit Witz und Humor durchsetzte Bilder aus der Mannschafsstube wie auch aus dem Heim der „Kampagnemutter“, daß der Zuschauer mitgerissen wird und schließlich innerlich herzlich froh ist, daß er entweder nie den „Koch des Königs“ getragen hat oder ihm schon längst mit heiler Haut einschläft ist. Das Stück wird brillant gespielt. Es hatte einen durchschlagenden Erfolg. Beide Autoren wurden mit den Hauptdarstellern oft vor die Stampe gerufen.

Hebel-Theater (Direktion Bauer): „Wem gehört Helene?“ Komödie in drei Akten von Eberhard Wucher. — Ein gewisser Albertus schrieb vor diesen Jahren eine Woffe: „Die Stubengenossen“. In diesem lustigen Einakter wird erzählt, wie eine kluge Witwe ihre Wude an zwei Männer vermietet: einen Tag und einen Nachtarbeiter. Die beiden „Stubengenossen“ dürfen natürlich nicht erfahren, welchen frommen Betrag die gute Frau sich da erlaubt, und als die Männer eines Tages durch einen Zufall in dem gemeinsamen Zimmer aufeinander stoßen, gibt es die drolligsten Verwickelungen und Mißverständnisse, bis sich auflöst, was für einen leeren Streich die biedere Dame sich geleistet hat. — In Wuchers „Komödie“, die am Mittwoch zum ersten Male über die Bretter kroch, haben wir auch den Nacht- und den Tagarbeiter, nur daß eine Kollegin jener schlauen Zimmervermieterin das Späthchen riskiert, sich erst dem einen, dann dem anderen der beiden „Stubengenossen“ als Gattin antrauen zu lassen. Was sich bei Albertus in einem Akt schnell und glaubhaft abwickelt, das hegt Herr Wucher in drei Aufzügen zu Tode. Kein Wunder, daß die flehigen Schauspieler und Schauspielerinnen dem armseligen Stücklein kein echtes Leben einzubringen vermochten. Deshalb die Zensur der Aufführung dieser „Komödie“ Schwierigkeiten in den Weg legte — das ist jedenfalls schärfer zu beantworten als die Frage: „Wem gehört Helene?“ Ob man am Alexanderplatz etwas fürcheite, einige Berliner-Damen könnten in Verjuchung kommen, Frau Birnbaum-Straußes bigamischen Ehescherz nachzumachen? Das scheint im Gegenteil: daß Wuchers Wühnwort allenfalls im Sinne der Abklärung d. Theaterie nach jeder Richtung Dienste zu tun geeignet wäre. Die bewundernswürdigste Leistung hat die Direktion: sie brachte es fertig, an dem schäuflichen Sommerabend das Theater fast bis auf den letzten Platz auszuverschenken.

G. D.

Notizen.

— Ein sozialdemokratischer Geschichts-Professor. Die norwegische Regierung hat unseren Genossen Dr. Halvdan Noh zum Professor der Geschichte ernannt. Noh ist der erste Sozialdemokrat, der auf einen Lehrstuhl der Universität Kristiania berufen wird. Er hat in seinen wissenschaftlichen Arbeiten nicht allein gründliche und vielseitige Kenntnisse an den Tag gelegt, sondern auch bewiesen, daß er Mut genug hat, andere Meinungen als die der offiziell anerkannten Wissenschaft zur Geltung zu bringen. Aus seiner Feder stammt auch eine allerdings nur kurz gefaßte Geschichte der norwegischen Sozialdemokratie, die einen Teil des vor einigen Jahren in Kopenhagen erschienenen Werkes „Socialdemokratiets Karvandrete“ bildet.

Großfürsten Sergius. Allerhand Rotarien werden hier ihre Intrigantenpolitik gegen einander und suchen sich gegenseitig zu vernichten. Dieser Krew ist auch längere Zeit in Deutschland als Spigel und Probolator tätig gewesen. Eine zweite Persönlichkeit, die unter den Spigeln im Vordergrund steht, ist die sogenannte Spigelzellen Harting.

Er hieß Abraham Hekelmann und ist unter dem Namen Landheim in revolutionären Kreisen aufgetreten. Im Jahre 1890 verteilte er seine Freunde in Paris Venden, die er in einer mit Postkarte eingetragenen Werkstatt fabriziert hatte. Dann benutzte er die mit Bomben versorgten Freunde der Polizei und erreichte ihre Ausweisung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Harting ist es auch gewesen, der u. a. im Jahre 1905 den Revolutionär Schernial auf der Fahrt von Schweden nach Belgien vergiftet hat. 1907 war er in Deutschland bei Gelegenheiten des Jarenbesuches in Swinemünde. In seinen Händen lag damals die persönliche Sicherheit des Jaren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damals soll sich bereits die preussische Polizei bemüht haben, zu verhindern, daß dieser Schlingel des Jaren nicht etwa ein Attentat anzettelte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Tätigkeit desselben Harting in Berlin von 1901 bis 1905 ist durch die Enthüllungen des „Vorwärts“ bekannt geworden. Er hat in Deutschland einen Aufwand von jährlich etwa 1/2 Million gemacht, den er damit begründete, daß er das Geld zum

Schmierer von Beamten

brauche. Schon dieser Gedanke, daß Beamte durch solche lichtscheue Elemente durch Verletzung zu verdrehten Handlungen verleitet werden, sollte die Regierung veranlassen, Elemente solcher Art den Aufenthalt in Preußen und Deutschland ein für allemal zu verbieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen aber hat man Harting mit dem Roten Adler-Orden versehen. Wenn die preussische Regierung im Juli 1909 behauptet hat, daß die russische Geheimpolizei in Berlin seit 1905 nichts mehr zu tun habe, so ist das lediglich ein Verdunkelungsversuch. Redner führt weitere Einzelheiten über die Tätigkeit russischer Spigel beim russisch-türkischen Kriege, beim russisch-japanischen Kriege und in Persien an. Als er davon berichtet, daß der Jare einen Spigel für ein Verbrechen begünstigt habe, ruf ihn der Präsident zur Ordnung. Redner führt des weiteren aus, wie die Spigel, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, geworben sind, Verbrechen selbst zu inszenieren. So hat ein Polizeikommissar einmal sogar ein Attentat gegen sich selbst inszeniert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie man in Preußen gelegentlich einmal gegenüber den Maximatoren der Spigel die Flucht in die Öffentlichkeit hat ergreifen müssen, so war es auch in Rußland der Fall. Dort war es Lepuchin, der sich dazu gezwungen sah und der durch seine Enthüllungen wertvolles Material geliefert hat für die Beurteilung der russischen Polizei. Infolge der Enthüllungen hat sich die öffentliche Meinung in Europa lebhaft mit diesen Vorgängen befaßt. So hat das französische Parlament unter Billigung der Regierung gefordert, daß die russische Polizei ein für allemal aus Frankreich hinauszuweisen sei. Auch in Belgien und England wurden diese Verhältnisse erörtert, nur in Deutschland ist nicht das allergeingliche gesehen. Als die Vorgänge in der Duma zur Sprache gebracht wurden, hat Stolypin einfach alles abgelehnt und die russische Regierung setzte ihrem Treiben die Krone auf, indem sie Popuschin verhaften und beurteilen ließ.

Nach welchen moralischen Grundsätzen Rußland seine Politik betreibt, zeigt sich ja auch bei seinem Vorgehen gegenüber dem deutschen Reich. Die Proteste der europäischen Parlamentarier überschüttet die russische Regierung mit Hohn und Spott. Die deutsche Ehre sollte gebieten, daß man mit einem solchen Lande nicht mehr in diplomatischer Verbindung bleibt. So lange sich Rußland mit Verbrechen wie Krew, Harting usw. für solch dachsig erklärt, sollte kein zivilisierter Staat mit ihm in Verbindung bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eher kann man mit irgend einem Räuberhölz in Afrika in diplomatischen Beziehungen stehen, als mit dem Rußland des Kasan, der Pogrome, das jetzt wieder die Juden in unerhörtester Weise behandelt, wo die schwarzen Hundert, die den Nord eines Herzensstein auf dem Weissen haben, die erste Geißel spielen. Aus politischen Gründen kommt die deutsche Regierung den Wünschen der russischen nach. Das hat bereits Wisward ausgeprochen. Gleiche Brüder, gleiche Koppen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie intim die russischen Reaktionen mit den preussischen sind, beweist das bekannte Gladstahntelegramm des russischen Verbandes nach den Stenogrammstunden von 1907 und die begeisterte Liebeserklärung eines der berühmtesten Führer der schwarzen Hundert für Herrn v. Didenburg. Ich erinnere auch an den russisch-preussischen Auslieferungsvortrag, den sogar die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als unhaltbar und der Ehre Preußens nicht entsprechend bezeichnete. All diese Beziehungen müssen mit Rußland abgebrochen werden, da es dort weder Gesetz noch Recht gibt. Es herrschen in Rußland noch immer die Standgerichte und willkürliche Korruption ist an der Tagesordnung. Zwei unserer Anträge ist, von der Regierung eine Erklärung zu fordern, wie sie sich zu unseren Enthüllungen über die russische Auslandspolitik stellt. Wir fordern eine Trennung von Tisch und Bett zwischen der preussischen Regierung und der russischen Polizeiwirtschaft. Der unabhängige Teil des preussischen Volkes will nichts zu tun haben mit all dem russischen Schmutz, mit dem Preußen seine Finger befleckt.

Präsident v. Ardenner ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung. Ich bin überzeugt, daß dies Gefühl geteilt wird von der übergroßen Menge des Volkes draußen im Lande. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Wort wird weiter nicht verlangt. Der Antrag Vorkmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Dänen abgelehnt.

Nach debattierloser Erledigung einiger Petitionen vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Anträge, Petitionen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Justizkommission.

Der § 115 der neuen Strafprozessordnung, bei dem am Donnerstag die Kommission ihre Beratungen fortsetzte, behandelt die Einlieferung des Verhafteten. Dazu beantragten unsere Genossen: Wenn die Einlieferung des Verhafteten verzögert wird, ist der schuldige Beamte dem Verhafteten gegenüber haftpflichtig, und zwar mit 100 M. für jeden Tag der Verzögerung. Auch hier sollte der Staat für den Beamten haften. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen unserer Genossen und einer polnischen Stimme abgelehnt.

Zum § 116, der inhaltlich das Recht des Verhafteten, gegen den Haftbefehl Einwendungen zu erheben, umschreibt und die Behandlung dieser Einwendungen regelt, lagen von unseren Genossen und vom Abg. Groeber Anträge vor, die einen wirklich genügenden Schutz des Verhafteten bezwecken. Beide Anträge forderten in erster Linie in Ergänzung der Regierungsvorlage, daß die Einwendungen gegen den Haftbefehl von dem Untersuchungsrichter in mündlicher Verhandlung behandelt werden. Des weiteren müsse der Verhaftete verlangen können, daß die von ihm angebotenen Beweismittel, die gegen seine Verhaftung sprechen, geprüft werden. Auf dieses Recht muß der Verhaftete hingewiesen werden. Reht der Richter die beantragte Beweis- erhebung ab, so soll der Verhaftete berechtigt sein, die erforderlichen Beweismittel sich selbst beschaffen zu können. Auch sind zu dieser Verhandlung Neugen und Sachverständige zu laden. Der sozialdemokratische Antrag greift noch weiter. Er verlangt außerdem, daß, wenn ein Vergehen oder Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, dem Verhafteten auf seinen Antrag ein Verteidiger zu stellen ist. Ferner bestimmt der

sozialdemokratische Antrag Fristen, innerhalb deren die Verhandlungen über den Haftbefehl stattfinden haben. Gegen den Entschluß über den Einwand soll Berufung bei dem Schöffengericht zulässig sein und der Einwand nach einem Zeitraum von zwei Monaten bei dem zuständigen Amtsrichter erneut erhoben werden können.

Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen diese Anträge, sie fanden bei den Antifemiten und Rational- liberalen Unterstützung. In der Debatte wurden eine große Anzahl von Fällen angeführt, in denen Verhaftete monatelang unternommen in Haft gehalten wurden. Erst nach mehrstündiger Debatte, in deren Verlauf noch weitere Abänderungsanträge, die mehr oder minder weitgehende Abschwächungen des sozialdemokratischen Antrages und des Antrages Groeber bezweckten, konnte die Diskussion geschlossen werden. Der weitgehendste Abschwächungsantrag lag von dem Abg. Spahn vor. Die Abstimmung über den § 116 und die dazu gestellten Anträge wurde auf Freitag vertagt.

Der § 117 enthält die Bestimmungen über die Untersuchungshaft. Als Neuerung sieht der Entwurf vor, daß der Verhaftete sich selbst beschäftigen und beschäftigen darf, wenn dadurch die Ordnung und Sicherheit der Anstalt nicht gefährdet wird. Dazu beantragten einige Zentrumsabgeordnete, daß der Verhaftete unter gleichen Bedingungen auch eigene Kleidung tragen und einen Arzt, Geistlichen, Rechtsanwalt oder Notar empfangen darf. Ferner darf kein Untersuchungsgefangener zur Reinigung oder Instandhaltung der Gefängnisräume gezwungen werden. Ein Antrag der Polen will den Untersuchungsgefangenen gestatten, Druckfachen jeder Art zu beziehen, des Nachts seine Zelle zu beleuchten und ein eigenes Bett zu beziehen. Ebenso soll ihm die Korrespondenz nicht verboten werden. Unsere Genossen beantragten, daß, wenn aus Gründen der Ordnung oder Sicherheit den Verhafteten diese Rechte beschnitten werden, die dafür maßgebenden Gründe attestkundig zu machen sind.

Der Regierungsvertreter hielt die Verdrückung aller berechtigten Wünsche für selbstverständlich. Man könne aber nicht alle Einzelheiten in der Strafprozessordnung festlegen. Auch bestehe jetzt schon in den Gefängnisordnungen keine Bestimmung, wodurch der Untersuchungsgefangene zur Reinigung der Gefängnisräume gezwungen werden kann.

Genosse Stadthagen wies an der Hand von zahlreichen Beispielen aus dem Gefängnisleben die Notwendigkeit der gestellten Anträge nach. Die weitere Diskussion über den § 117 wurde auf Freitag vertagt.

Verbandstag der Bäcker und Konditoren.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages (Donnerstag) beschloß der Verbandstag eine Kundgebung für die ausgesperrten Bauarbeiter. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche den ausgesperrten Bauarbeitern die Sympathie des Verbandstages ausdrückt, ferner konstatiert, daß sich die Mitglieder in allen Zahlstellen an den Sammlungen für die ausgesperrten eifrig beteiligten und die Mitglieder ersucht, in dieser Hinsicht auch ferner ihre Pflicht zu tun. Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, aus den verfügbaren Mitteln der Organisation nach Kräften zur Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter beizutragen.

Die Tagesordnung wird fortgesetzt, indem der Verbandsvorstand Altmann das Schlusswort zum Geschäftsbericht erhebt. Er ging auf die vorliegenden Anträge ein und sagte unter anderem: Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen bestehen nicht. Die früheren Differenzen mit dem Fabrikarbeiterverbande wegen der Organisierung der Hilfsarbeiter in Schokoladenfabriken sind zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt. — Eine besondere Herausgabe von Agitationsmaterial gegen die Gelben ist nicht erforderlich, denn die Gelben haben keine wesentliche Bedeutung mehr, und was an Agitationsmaterial gegen sie erforderlich ist, findet sich im Jahrbuch und in der Zeitung des Verbandes. In der Gauleiterfrage empfiehlt die gestern abgehaltene Konferenz, es bei den bisherigen Verhältnissen zu belassen, nämlich die drei besetzten Gauleiter in Berlin, Hamburg und Bayern, sowie den unbefetzten Gauleiter in Sachsen bestehen zu lassen, weitere Gauleiter aber nicht einzusetzen, sondern das System der Bezirksgauleiter weiter auszubauen und wo es notwendig ist, solche anzustellen. — Die Herausgabe von Blättern durch einzelne Mitgliedschaften erklärte der Redner als unzulässig.

Einstimmig wurde die Entlassung des Verbandsvorstandes ausgesprochen. — Die vorliegenden Anträge wurden im Sinne der Ausführungen Altmanns erledigt. — Dem Verbandstextredakteur wurde ein Antrag überwiesen, welcher die besondere Berücksichtigung der Verhältnisse in Großbetrieben wünscht. Ferner wurde dem Redakteur anheimgegeben, eine besondere Beilage für die Arbeiterinnen einzurichten, und wenn dieselbe sich später bewährt haben sollte, die Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder einzustellen. — Hinsichtlich der Herausgabe von Blättern der Mitgliedschaften wurde der Beschluß von 1897 erneuert, welcher besagt, daß neben dem Verbandsorgan keine anderen Propaganda der Mitglieder bestehen dürfen. — Hierzu wurde noch eine Resolution angenommen, welche die Herausgabe eines Mitteilungsblattes der Dresdener Mitgliedschaft mißbilligt.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegungen und Streiks, referierte Redakteur Lanteo, Hamburg. In einem längeren Vortrage begründete er eine Resolution, welche für die Lohnbewegungen des Verbandes die folgenden Richtlinien zieht:

I.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands fordert die Zahlstellen auf, in allen Orten und Betrieben, wo die Beschäftigten organisiert sind, zu günstiger Zeit den Kost- und Logiszwang beim Unternehmer zu beseitigen. Durch Bekämpfung und Agitation sind die Berufsgenossen über die unsere Gesundheit und wirtschaftlichen Interessen schädigenden Uebel — durch den Kost- und Logiszwang beim Unternehmer hervorgerufen — aufzuklären.

An Stelle der Entlohnung in Naturalien hat der Barlohn zu treten und müssen unsere Forderungen überall darauf gerichtet sein, einen Mindestlohn für leihende Arbeiter festzusetzen. Jede Festsetzung bestimmter Löhne für die einzelnen Kategorien und noch mehr die Klassifizierung der Betriebe nach ihrer Größe in verschiedenen Lohnklassen ist möglichst zu vermeiden.

In solchen Städten, wo der Kost- und Logiszwang beim Unternehmer ganz oder teilweise beseitigt ist, werden die Zahlstellen aufgefordert, ihr Bestreben darauf zu richten:

1. daß eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden, inklusive Pause von mindestens einer Stunde;
2. in allen Betrieben mit mehreren Schichten auf täglich 8 Stunden, inklusive einer Pause von einer halben Stunde, durchzuführen ist;
3. Gleichzeitigkeit mit der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit muß die sechsstägige Arbeitswoche gefordert werden. In solchen Gegenden, wo nur teilweise Sonntagsarbeit üblich ist (Rheinland und Westfalen), ist die vollständige Beseitigung derselben anzustreben. In allen anderen Landesteilen ist ein wöchentlich freier Tag mit 36stündiger Ruhepause zu fordern.

Verzicht der Kollegen auf den Ruhetag gegen materielle Entschädigung ist unzulässig und wird dem Streikbruch gleich erachtet.

Hinsichtlich der Abschaffung der Nachtarbeit fordert die 12. Generalversammlung von der Reichsregierung, Bestimmungen zu erlassen, nach welchen:

1. die Nachtarbeit für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeitskräfte unter 18 Jahre ausnahmslos;
2. für die erwachsenen Arbeiter die regelmäßige Nachtarbeit verboten wird.

Die Anstellungsbescheinigung sind unter allen Umständen zu bekräftigen und bei den Lohnkämpfen ist danach zu streben, daß paritätische Arbeitsbescheinigung unter Angliederung an die städtischen Arbeitsbescheinigung errichtet werden.

Bezüglich der unterantworlich großen Verhinderung muß das Streben der Organisation darauf gerichtet sein, daß durch entsprechende Forderungen die Höchstzahl der Verhinderung herabgesetzt wird.

Auf die Einhaltung der Bundesstrafverordnung muß unter allen Umständen gesehen werden, desgleichen, daß bei den Lohnkämpfen durch Forderungen die Arbeitszeit verkürzt wird.

II.

Für die in der Großindustrie (Schokoladen-, Kakaos-, Zuckerwaren-, Kaffee-, Leb- und Honigkuchen- sowie Teigwarenfabriken) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fordert die 12. Generalversammlung zunächst:

1. eine tägliche achtstündige Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Pause, für alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahre;
2. eine tägliche 10stündige Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Pause für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre;
3. Arbeitsruhe für die Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage mittags 12 Uhr unter Anrechnung des vollen Tagesverdienstes;
4. vollständige Beseitigung der Sonntagsarbeit und Einschränkung der Überstunden;
5. Festsetzung von ausreichenden Mindestlöhnen;
6. Abschaffung der Afford- und Prämienysteme;
7. Unterlassung der Leibesdisziplin bei den Beschäftigten.

Ferner ist von der Regierung zu fordern:

1. Verbot der Beschäftigung aller Kinder unter 14 Jahre;
2. Erlass von Vorschriften über die sanitäre Einrichtung der Betriebe;
3. Verbot der Heimarbeit für die Produkte genannter Industrie.

Die 12. Generalversammlung fordert die Propaganda bei allen in der Großindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zu entfalten.

Nach Schluß des Referats begrüßte der Vorsitzende Altmann den anwesenden Genossen Zubeil als einen Vertreter der Interessen der Bäckereiarbeiter im Reichstags sowie die Genossinnen Luise Zick, Ottilie Baader und Wilhelmine Köhler als eifrige Agitatoren für die Bestrebungen der Organisation.

Die Diskussion über das Referat Lanteo war in der Hauptsache eine Besprechung der in den letzten Jahren geführten Streiks und der dabei gemachten Erfahrungen. Zu der Resolution wurde von einer Seite verlangt, daß auch das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien gefordert werde. Von anderer Seite wurde diese Forderung zwar als berechtigt, aber zurzeit nicht durchführbar bezeichnet, da das große Publikum nicht auf frisches Frühstücksgebäck verzichten werde. — Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Resolution angenommen mit dem Zusatz, daß hinsichtlich der Fabrikation von Schokoladen-, Zuckerwaren usw. an die Gesetzgebung auch die Forderung gestellt werde, daß die Herstellung solcher Waren in Strafanstalten verboten wird. Das Verbot der Nachtarbeit in Fabriken wurde ebenfalls in die Resolution aufgenommen.

Aus Industrie und Handel.

Diskontermäßigung.

Die Bank von England ermäßigte am Donnerstag, den 2. Juni, ihren Diskont um 1/2 Proz. auf 3 1/2 Proz.

Großhändler gegen das Konsumenteninteresse.

Der Verband deutscher Schuhwarengroßhändler (Sty Berlin) beschloß auf seinem Verbandstage in Rürnberg, gegen die Großfirmen, die mit einem geringen Aufschlag auf den Engrospreis die Schuhwaren direkt an die Konsumenten verkaufen, vorzugehen. Die Fabrikanten, die derartige Firmen bedienen, sollen aufgefordert werden, Lieferungen zu unterlassen, so lange die beziehende Firma nicht angemessene Verkaufspreise stellt.

Wenn die in Betracht kommenden Firmen mit dem geringen Aufschlag existieren können, und das ist der Fall, dann sind ihre Preise angemessen. Was die Großhändler wollen, ist im Effekt daselbe, als wenn Arbeiter neue Maschinen zertrümmern, weil diese billiger arbeiten. Die Konsumenten werden gut tun, sich energisch auf die Seite der mit dem Wohlstand bedrohten Firmen zu stellen.

Altiengesellschaften. Nach der amtlichen Statistik blieb die Gründungstätigkeit im verflohenen ersten Vierteljahr hinter den Ergebnissen früherer Jahre zurück. Es erfolgten Neugründungen:

Zahl der Altiengesellschaften	Investiertes Kapital in 1000 Mark		
	1910	1909	1908
1. Vierteljahr	89	42	43
	46 134	85 065	47 575

Von den Neugründungen im ersten Quartal 1910 gingen neun Gesellschaften (1909: 17) aus bereits bestehenden Unternehmen hervor.

Konzentration in der Kallindustrie. Die Gewerkschaft Winterehall, die erst vor wenigen Tagen die Altiemajorität der Kallwerke Wilmarschall erwarb, hat sich nun auch in den Besitz der Mehrheit der Ruge des Kallwerkes Hüpfstedt gesetzt.

Enorme Preisdifferenzen. Die Angebote an die Intendantur des Gardekorps für die Lieferung von Fleisch sowie Wurst für die Truppenküchen und Logarette der Berliner Garnison ergab folgende Resultate: Für Los 1 (Rind-, Kalb- und Hammelfleisch) wurden 7 Gebote abgegeben. Das Höchstgebot betrug 414 764 M., das Mindestgebot 803 118 M. Die Differenz betrug also hier circa 52 000 M. Für Los 2 (Schweinefleisch und Wurst) wurden nur 5 Angebote abgegeben. Das Höchstgebot betrug 885 676 M., das Mindestgebot 359 824 M., sodaß sich hier eine Differenz von 25 833 M. ergibt.

Das Wachstum des Kapitalismus.

In der Frühjahrssammlung des „Iron and Steel Institute“ hielt der Herzog von Devonshire, dessen Familie durch ihren Grundbesitz in Lancashire und Derbyshire und den dort betriebenen Eisenerzbergbau und durch die Barron Gematite Steel Company in enger Beziehung zur Eisenindustrie steht, einen Vortrag über die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten vierzig Jahren.

Das Anwachsen der Bevölkerung und der Eisenerzeugung veranschaulicht er dabei durch folgende Tabelle:

	1860		1903	
	Einwohner in Millionen	Erzeugung in Millionen Tonn. Eisen	Einwohner in Millionen	Erzeugung in Millionen Tonn. Eisen
Großbritannien	31	5,5	46	9,1
Deutschland	38,7	1,4	64,5	11,8
Ver. Staaten	38	1,7	89	15,9
Frankreich	38,4	1,4	50,8	2,4
Insgesamt	148,1	10,0	238,8	40,3

Interessant ist schon der Vergleich der Wachstumsziffern der Einwohner in den einzelnen Staaten, die Union schießt mit einer Steigerung von 134 Proz. den Vogel ab.

In der Eisenerzeugung ist Deutschland den Vereinigten Staaten viel näher gekommen als im Wachstum der Einwohner. Die Einwohner der Vereinigten Staaten sind zum geringsten Teil im Lande

geboren. Deutschland hat noch an Amerika fortgesetzt Bevölkerung abgegeben. England blieb, sowohl was das Anwachsen der Bevölkerung, als auch die Steigerung in der Kohlenproduktion betrifft, weit hinter Deutschland zurück.

Währungsreform in China.

Das Reutersche Bureau in Peking meldete in diesen Tagen, durch ein soeben erschienenen kaiserliches Edikt werde die chinesische Reichswährung neu geregelt. Als neue Währungseinheit werde der Silberdollar mit genau bestimmten Unterstufen in Silber, Nickel- und Kupferwährung festgesetzt.

Die heutige Währung Chinas hat eine Kupfermünzeinheit zugrunde, den sogenannten Cash. Eine solche Münze ist für den Verkehr sehr un bequem. Siegen doch 100 R. etwa 135 Kilogramm! Schon vor einigen Jahren gestattete die Regierung die Ausprägung von 10 Cash-Münzen, deren Metallwert aber nur 4 Cash betrug. Selbstverständlich beizuliegen sich die Provinzialverwaltungen, den Gewinn voll auszunutzen. Die neue Münze überflutete bald das Land. Der Erfolg war, daß deren Wert auf den Metallwert herabsank.

Außerdem gibt es in verschiedenen Provinzen verschiedene Münzen. Als Maßeinheit wird im Großhandel der Ta el gebraucht — eine ideale Münze, die bloß der Verrechnung dient. Sie wird aber sehr verschieden aufgefaßt. Als Unterlage dient ihr Silber in Barrenform. Schließlich läuft Papiergeld in großen Mengen um, das von Banken und anderen Geschäften ausgegeben wird. Der Industrialisierungsprozeß, der in China jetzt einsetzt, bedarf natürlich einer festen und bestimmten Geldeinheit. Der Uebergang zur Silberwährung — falls die Reform nicht auf dem Papier bleibt, wie viele andere Gesetze in China — wird diesen Prozeß fördern. Vor allem wird sie aber den chinesischen Beamten eine nicht geringe Einnahmequelle verschließen.

Soziales.

Nach elfjähriger Tätigkeit grundlos entlassen und benutzert.

Ein Fall ungewöhnlicher Härte gegenüber einer weiblichen Angestellten beschäftigte die letzte Sitzung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Als Klägerin trat die Filialistin Johanna K. gegen die Chemische Waschanstalt und Blissee-Brennerei von E. Sommerfeld auf. Sie erhob einen Schadensanspruch von 57 M. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Die Klägerin leistete zehn Jahre lang der beklagten Firma treue Dienste als Arbeiterin. Der Prinzipal muß auch sehr zufrieden mit ihr gewesen sein, denn er gab sich längere Zeit nach ihrem Ausscheiden große Mühe, ihre Adresse ausfindig zu machen und betraute sie, als ihm dies schließlich gelang, mit der Leitung einer Filiale. Doch eines Tages wurde sie plötzlich unter dem Vorwande, man hätte bei ihr Unterschlagungen entdeckt, unter den größten Beschimpfungen hinausgeworfen. Gleichzeitig erstattete die Firma Strafanzeige wegen Unterschlagung von 25 Pfennigen! Bei K. sollte angeblich ein Mal zehn Pfennig und ein anderes Mal fünfzehn Pfennige statt in die Ladenkasse in ihre Tasche gesteckt haben. Das Schöffengericht, vor dem sich die Filialistin zu verantworten hatte, sprach sie frei, indem es keineswegs für ausgeschlossen hielt, daß die Angestellte sich nur geirrt hatte.

Auch das Kaufmannsgericht war der Ansicht, daß die Beschuldigung, welche die Firma gegen die Klägerin erhob, nicht genüge, um eine langjährige Angestellte ohne weiteres aufs Pfahle zu setzen, und verurteilte die Beklagte, der Klägerin das Restgehalt von 57 M. zu zahlen.

„Gewöhnung“ an Unfallfolgen bei einer 72jährigen Frau!

Einem tolen Erzech der Anschauung, Unfallverletzte „gewöhnen“ sich an die Folgen des Unfalls, trat dieser Tage das Reichsversicherungsamt entgegen.

Die jetzt 72jährige Arbeiterin Wilhelmine G. aus B. erlitt am 20. Juli 1905 durch Betriebsunfall eine Verletzung des linken Auges. Da die Sehkraft so gut wie erloschen war, wurde ihr von der Brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Folgen des Unfalls eine Rente von 30 Proz. bewilligt.

Durch Beschluß der Genossenschaft vom 4. Juni 1909 wurde diese Rente auf 20 Proz. herabgesetzt, weil eine Besserung in dem Zustande der Verletzten eingetreten sei. Die dagegen eingelegte Berufung wurde vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Reg.-Bez. Potsdam zurückgewiesen. Das Schiedsgericht schloß sich dem von der Genossenschaft beigebrachten Gutachten des Kreisarztes Dr. M. an, wonach zwar nicht eine anatomische Besserung der Hornhauttrübung eingetreten, wohl aber eine wesentliche Besserung infolge für vorliegend erachtet wurde, als „Gewöhnung an den Zustand“ eingetreten sei.

Der gegen diese Entscheidung eingelegte Rekurs hatte Erfolg. Das Reichsversicherungsamt hob die Entscheidung auf und kam im Gegensatz zu den Vorinstanzen zu dem Ergebnis, daß im objektiven Befunde der Unfallfolgen der Klägerin nichts geändert sei. Der Umstand, daß die bejahrte Klägerin nur bei einer ungewöhnlichen und gezwungenen Kopfhaltung mit dem verletzten Auge etwas zu sehen vermag, spricht gegen eine weitere Gewöhnung und Anpassung.

Leider ist es zur ständigen Gewohnheit der Genossenschaften und entscheidenden Instanzen geworden, nach einer gewissen Zeit nach dem Unfall „Anpassung und Gewöhnung“ anzunehmen, selbst wenn eine Besserung in dem objektiven Befunde nicht eingetreten ist.

Der Soziale Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten

Hat im vergangenen Jahre eine Vergrößerung erfahren. Wie wir seinem soeben erschienenen Jahresbericht entnehmen, traten ihm 1909 bei: der Deutsche Steigerverband (Essen), der Zentralverband Deutscher Hutmacher (Lage in Lippe) und der Deutsche Technikerverband (Berlin). Dadurch sowie durch den Mitgliederzuwachs der übrigen Verbände ist die Zahl der im Sozialen Ausschuß zusammengeschlossenen Verbände technischer Privatangestellten auf rund 107 000 gestiegen. Der sozialpolitische Ertrag des Jahres 1909 wird für die technischen Privatangestellten mit Recht als kühnster bezeichnet. Auch die gegenwärtige politische Konstellation berechtigt für die nächste Zeit zu keinen günstigen Ausblicken.

Die Mitgliederbewegung in den Angestelltenverbänden ist im vergangenen Jahre durch die ungünstige Wirtschaftslage nachteilig beeinflusst worden. Gegen Ende 1909 trat aber eine Belebung ein. Die Mitgliederziffern der Angestelltenverbände, die in dem soeben erschienenen Jahresbericht des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten veröffentlicht werden, lauten demnach nicht so günstig wie in früheren Jahren. Wenn man nur die Zunahme von Privatangestellten rechnet, so haben die kaufmännischen Verbände im vergangenen Jahre um 9829, die Technikerverbände um 6987, die Verbände der Bureauangestellten um 814, die der landwirtschaftlichen Angestellten um 1141 und die der „verschiedenen“ Verbände um 12 240 zugenommen. Die allgemeine Mitgliederzunahme beläuft sich bei allen Verbänden auf insgesamt 29 611. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1908 bei allen Verbänden überhaupt 745 444, darunter 662 335 Privatangestellte, und stieg bis zu demselben Tage im Jahre 1909 auf 762 055, auf die Technikerverbände 112 567 (108 574), kaufmännischen Verbände im Jahre 1909 434 032 privatangestellte Mitglieder (1908 424 159), auf die Verbände der Bureauangestellten 12 863 (12 048), auf die der landwirtschaftlichen Angestellten 14 920 (13 750) und auf die „verschiedenen“ Verbände 117 668 (105 774).

Ueber den Alkoholverbrauch in Lübeck

gab der Direktor des Statistischen Amtes daselbst, Dr. Harinig, ein anschauliches Bild in seinem Bericht über die dortige Trinkerfürsorge. Nach seinen Ausführungen wurden im Jahre 1908 in der Stadt Lübeck 9 Millionen Mark für geistige Getränke ausgegeben. Das sind 93 M. pro Kopf der Bevölkerung. Etwa die Hälfte davon — 4,37 Millionen oder 46 M. pro Kopf — entfielen auf Bier; 2 1/2 Millionen Mark auf Wein und 2 Millionen Mark auf Schnaps. Demnach wurden 14 Proz. des Gesamteinkommens der Lübecker Einwohner in Bier und Spirituosen angelegt. Dieser enorme Alkoholkonsum machte sich in der Kriminalität, der Armenpflege, im Krankenhaus, und Zerstörungen mit unangenehmer Deutlichkeit bemerkbar. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 1000 Strafen wegen alkoholischer Erzeße verhängt. Im Krankenhaus wurden zwischen 35 und 75 Personen wegen Alkoholisimus behandelt. Der Bierverbrauch beträgt 134,8 Liter pro Kopf, übertrifft also den Durchschnittsverbrauch im Reich um 23,6 Liter. Dieser starke Alkoholgenuß, zu dem der in den Seestädten übliche Genuß von Grog nicht wenig beiträgt, reicht weit zurück, denn schon im Jahre 1837 hat er in Lübeck eine „Bewegung gegen den Mißbrauch des Branntweintrinkens“ hervorgerufen. Die Guttemplerlogen und die des Blauen Kreuzes kamen aber erst im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zu einigem Ansehen. Gegenwärtig hat Lübeck etwa 650 bürgerliche und 50 Arbeiterabteilungen. Letztere gehören noch zahlreiche Arbeiter der Guttemplerloge an. Die öffentliche Trinkerfürsorge stellt sich erst im letzten Jahre gegründet worden. Sie hatte sich im ersten halben Jahre ihres Bestehens mit 63 Fällen zu befassen, davon entfielen 61 auf Männer und 2 auf Frauen. Dem Berufe nach waren die Trunksüchtigen 18 Arbeiter, 9 Kaufleute, 6 selbständige Gewerbetreibende, 5 Beamte. Ueber die übrigen enthält der Bericht keine Angaben. 12 Trunksüchtige wurden veranlaßt, einem Abstinenzverein beizutreten (drei davon wurden rückfällig), 6 wurden in Heilanstalten gebracht, 13 wurden entmündigt. Mehrere besserten sich erheblich. In einigen Fällen war nichts zu erreichen. 20 Proz. der Klienten stammten von Trinkern ab, 10 Proz. sind durch widrige Verhältnisse zu Trinxern geworden. Fast alle waren verheiratet. Der Direktor weist darauf hin, daß der kommunale paritätische Arbeitsnachweis auch bei Bekämpfung der Trunksucht sehr viel leisten könne durch Aufklärung über die Folgen des Alkoholgenußes und dadurch, daß er den Leuten Arbeit verschafft; deshalb sei dieser ein dringendes soziales Problem, das nicht schnell genug geschaffen werden könne. Damit wird er freilich bei dem reaktionären Gelehrten, insbesondere bei den Scharfmachern des Unternehmertums, wenig Gegenliebe finden.

Aus der Frauenbewegung.

Oberlehrergefühle.

Wiederholt schon haben sich Lehrer im Kampfe gegen die Lehrerin in der ganzen Größe ihrer Kleinlichkeit gezeigt. Wenn den Herren der Schöpfung die sachlichen Argumente ausgingen, dann belanzen sie sich auf das — Mannesgefühl, das sie zwang, durch Hülserufe an die Regierung sich der unangenehmen Konkurrenz des „schwachen Geschlechts“ zu erwehren. So hatten die Herren auch Petitionen an die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses gerichtet, worin man die Aufhebung der weiblichen Leitung an öffentlichen Mädchenschulen forderte. Es wird dazu ausgeführt, die Unterstellung des Mannes unter weibliche Direktoren beleidige das Mannesgefühl im höchsten Grade, der Beamte müsse auch nach der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens ein Recht auf männliche Vorgesetzte behalten. Die bisher mit der weiblichen Leitung gemachten Erfahrungen sprächen auch nicht für ein Weitergehen auf dem eingeschlagenen Wege. Die weibliche Leitung trage in den Lehrkörper einen unerfreulichen Zwiespalt, sodas man schwer Oberlehrer in Zukunft erhalten werde, weil sie die Unterstellung unter weibliche Leitung nicht wünschen. Schließlich werde die Einführung weiblicher Vorgesetzter auf dem Schulgebiete mit Sicherheit im Laufe der Zeit auch zu ähnlichen Ansprüchen und Erfolgen der Frauen in anderen Berufen führen und damit zu einer allgemeinen großen Gefahr für das Staatswohl werden. Der Staat sei in erster Linie ein Produkt männlicher Initiative und Kraft und bedarf zu einer gesunden Fortentwicklung des spezifisch männlichen Geistes.

Es fehlt nur noch, daß die Oberlehrer sich schämen, von einer Frau geboren worden zu sein. Bei manchen von ihnen ist das spezifisch männliche Attribut jedenfalls Angst und Dünkel. Die Kommission hat vernünftigerweise die Petitionen verworfen. Durch solche Behandlung muß das feine Oberlehrergefühl nun doch auch wieder beleidigt sein. Da darf man auf eine kräftige Gegenwehr der „Männer“ lange warten!

Arbeiterinnen in der Textilindustrie.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten gab es im Jahre 1907 in der Textilindustrie Deutschlands 12 093 Fabriken, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre, 8704 Fabriken, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt wurden.

Die Zahl der nach Geschlecht und Alter getrennten Arbeiter in den deutschen Textilfabriken war nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in demselben Jahre folgende:

1. Männliche Arbeiter über 16 Jahre	870 720
2. Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahre	140 871
3. über 21	269 570
4. Jugendl. Arbeiter von 14 bis 16 Jahren:	
männlich	80 543
weiblich	49 307
5. Kinder unter 14 Jahren:	
männlich	1 379
weiblich	2 363

Demnach sind bei einer Gesamtzahl von 867 657 Beschäftigten nicht weniger als 459 016, also über die Hälfte weibliche Personen.

Verlängerung der Lehrzeit für weibliche Lehrlinge. Die Königsberger Handwerkskammer berief kürzlich eine Versammlung der Inhaber und Inhaberin der Betriebe für Damenschneiderei, Putzmacher, Säderei und Wäschereier, sowie des Damenfrisiergewerbes ein, um über die Festsetzung einer Lehrzeit für weibliche Lehrlinge zu verhandeln. Selbstverständlich waren die in Frage kommenden Arbeitgeber für eine möglichst lange Lehrzeit. Für die Damenschneiderei wurde eine dreijährige, für die Wäschereier und das Damenfrisiergewerbe eine zweijährige Lehrzeit beschlossen. Es drängte sich die Annahme auf, daß die Handwerkskammer eine Verlängerung der Lehrzeit beabsichtige. Diese Annahme hat sich aber rasch schnell bestätigt. Eine Vollversammlung der Kammer hat später die Lehrzeit der Friseurinnen und Stickerinnen auf zwei Jahre, die anderer weiblicher Erwerbstätigen auf drei Jahre festgesetzt, während sie bisher vier bis sechs Monate betrug. Die Neuerungen soll lediglich bezwecken, durch immer rücksichtslosere Ausbeutung der Arbeiterinnen die keinen Unternehmen Konkurrenz zu machen. Die Kleinmeister hoffen durch längere Ausbeutung der kostlosen weiblichen Arbeitskraft sich trotz der überlegenen Konkurrenz über Wasser zu halten. Der technische Fortschritt soll ausgeglichen werden durch erhöhte Ausnutzung der Arbeitskraft.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Versammlung des Altersheims in Buch Wittmoß, den 8. Juni, von 1 bis 3 Uhr. Treffpunkt 11 Uhr 30 Min. Stettiner Vorortbahn 601. Nach der Versammlung Kaffeeladen in der Bäckerei. Der Besuch der Spätischen Baumschule erfolgt in 14 Tagen.

Einen Vortrag über Watina und Färbung von Kupfer und Messing veranstaltet die Vereinigung Berliner Handwerker und Fremde in Berlin am 8. Juni, abends 9 Uhr, im Restaurant „Ademler Hof“, Rönnecker Str. 174. Der Besuch für alle Angehörigen des Metallgewerbes ist kostenlos und auch Nichtmitgliedern gestattet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 36. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das Begräbnis. — Ermattung oder Kampf? Von Rosa Luxemburg. (Schluß). — Die Lage des industriellen Proletariats in Ungarn. Von Eugen Barga. — Der erste Rurallandtag in Sachsen. Von Herrn Fiehnner. — Literarische Rundschau: Gottfried Schaub, Die Arbeit, das Grundproblem unserer Zeit. Von M. N. Ferdinand Dubiel, L'apprentissage et l'enseignement technique. Von Julius Deutsch. — Notizen: Zu den Erhebungen von Haushaltungsberechnungen. Von Lipsitz. — Zeitstristen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich, einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„In freien Stunden“. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 19 und 20 liegen uns vor. Der darin zum Abdruck gelangende Hauptroman „Die Abendburg“ von Dr. Bruno Wille neigt seinem Ende entgegen, doch können Interessenten alle bisher erschienenen Hefte nachgeliefert erhalten.

Jedes Heft mit reichhaltigem Inhalt und guten Illustrationen kostet 10 Pf. und ist durch alle Parteiliedungen, Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Probenummern kostenlos vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

„Kommunale Praxis“. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Abonnementpreis 3 M. pro Quartal. Probenummern kostenlos vom Verlag. Die uns vorliegenden Nummern 19 und 20 beschäftigen sich mit folgenden Materien: Finanz- und Steuerwesen. — Gesundheitswesen. — Bildung und Erziehung. — Wohnungswesen. — Armen- und Heilspflege. — Gemeindeverwaltung. — Kommunale Sozialpolitik. — Verkehrsfragen. — Rechtsprechung. — Verwaltung. — Literarisch.

Aus den Kritiken haben wir hervor: Drei Jahre Arbeit. — Lebensversicherung, in dem die praktische Durchführung der Versicherung in Strahburg im Ulaß eingehend dargelegt wird, und Gegenstände zwischen Magistrat und bürgerlichen Stadtparodieren, eine Erörterung der Frage, ob die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher unter allen Umständen Gegner von Magistratsvorlagen sein müssen.

Charon. Monatschrift für modernes geistiges Leben. Mal- und Miniatur. Substitutionsorgan der Berliner Dichterschule, Einzelheft 75 Pf. Selbstverlag, Großlichterfelde.

Das Familienheim zu Guffe. Eine Studie zur Tilgung der Armut von Jeanne Richert. 1.20 M. K. Kroll, Großlichterfelde.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Genosse,
der Möbelpolierer
Karl Lederhause
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juni, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshofe aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen und Kollegen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin
Ida Schultz
am 31. Mai an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 3. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Niedorf, Hermannstraße aus
statt.
Feiner Stad unser Mitglied, der
Formier
Wilh. Borchert
am 31. Mai an Brustkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshofe aus statt. 116/9
Stige Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Möbel-
polierer
Karl Lederhause
am 1. Juni plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Juni, nach-
mittags um 2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Frie-
drichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

**Oris-Krankenkasse
der Möbelpolierer.**
Hierdurch die Mitteilung, daß
unser langjähriger Rentant
Karl Lederhause
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
4. Juni, nachm. 2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Frie-
dhofes in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Daufjagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
Krankenspenden anlässlich der Beerdigung
meines lieben Mannes, unseres
guten Vaters
Heinrich Hoffmann
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, der Firma Schadow u. Co.,
dem 4. Wahlkreis (Bezirk 206, Teil II)
und den Kolonisten der Kolonie Rich-
dod unseren herzlichsten Dank. 29898
Gustav Weicher nebst Familie,
Marienburger Straße 25.

Daufjagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
die Krankenspenden bei der Beerdigung
meiner lieben guten Frau
Minna Rosin geb. Klotz
sage ich allen Freunden und Be-
kannnten hiermit meinen herzlichsten
Dank. 29938
Wilhelm Rosin.

**Engelhardt
Caramel-Bier**
Alkoholfreie
Spezialbräu.
Anzuzlich empfohlen für
Nervöse, Reichhaltige,
nährnde Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pig.
Ebenfalls käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 5. Juni 1910, vormittags 10 Uhr, im Volgt-Theater, Badstraße 58:

Branchen-Verammlung der Wickel- u. Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Branchenkommission. 4. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenamt):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Arbeiter=

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft, Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel

direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden, Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleinemontliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Komet Halley tritt nur klar hervor, Wenn er geputzt ist mit „Humor“.



Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.

Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Selowsky's Bolero-Cigaretten

bleiben unübertroffen!

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

10 Stück 20 Pfg.



Auch die allerschärfste Kritik muß zugeben, daß

JOSETTI VERA

Cigaretten

in allen Merkmalen, die Eigenschaften feinsten Qualität sind, nicht übertroffen werden können.

Joseppi-Vera-Cigaretten m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.

Bernward Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4-5.



Für die Schule und Reise:

Knaben- und Jünglings-Kleidung

in großer Auswahl

Probieren Sie meine 5 Pf.-Zigarre No. 75. 23815

Kurt Kegel, Warschauer Str. 32.

Sportshaus Ziegenhals, Bahnhstation Zeuthen, Post Niederlehme, Telefon Königs-Wusterhausen 175

Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften mein herrlich am Krossensee gelegenes Lokal zu Dampferpartien und Ausflügen. — Bestellungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft: Restaurant zum Leuchtturm, Fontane-Promenade 18 (Tel. Amt IV. 173), entgegen. Auch stehen Dampfer und Motorboote zur Verfügung.

Max Mörschel.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII, 3047.

Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.

Zigaretten, Zigarren und Tabake.

Größte Niederlage von:

G.A. Hanewacker, Nordhausen.

nur echt, wenn mit Zettel G.A. Hanewacker.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren 11/8

zum Sonntag, den 5. Juni.

1. Abt.: 5 Uhr: Fürstengarten. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 6 und 12 Uhr: Niederlehme. (Sportshaus Ziegenhals.) Start: Fontane-Promenade, Ecke Bilderstraße.
3. Abt.: 4 Uhr: Groß-Baßeburg (Unter-Spreewald). 1 Uhr: Rauchsingerder (Raukowsk). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: Samstag 9 Uhr: Börlich. Sonntag früh 5.35 vom Anhalter Bahnhof bis Wittenberg. 1 Uhr: Sackwinkel (Jägerhaus). Start: Köstener Platz.
5. und 10. Abt.: 10 Uhr: Beraholz (Schulz). 1 Uhr: Alt-Stralan (Hwe. Schonert). 5. Abt.: Start: Elshum. 10. Abt.: Start: Webeckstr. 8.
6. Abt.: 5 1/2 Uhr: Gäß bei Groß-Bellen (Dabrow). 1 Uhr: Schmöcking (Palme). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Schmöcking. Start: Köstener Str. 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Wandlitz. 1 Uhr: Alt-Stralan (Hwe. Schonert). Start: Waldstr. 8.
11. Abt. (Sektion der Gastwirtsgehilfen): 9. Juni 8 Uhr: Rübendorf. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19. Lichtenberg. 4. 6. 11 1/2 Uhr: Radtour Ludenow. 5. 6. 1 Uhr: Rannsee (Birkenhof). Start: Harnitz 74.

Bezirksfest des 2. Bezirks am Sonntag, den 5. Juni, in Alt-Stralan, Wwe. Schonert. Um gütige Unterstützung bittet Die Bezirksleitung. P. Gutthier.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Berichtigung.

In unserer Anzeige vom 2. Juni, Zeile 3 von unten fehlen hinter „Vorjahre“ zwei Worte; es muß heißen: Die Religion unserer Vorfahren im Volksglauben und Volksgebrauch der Gegenwart“.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Wanderbuch für die Mark Brandenburg

3 Teile, mit 56 Karten.

Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins Preis 1,50 M.

Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, nördliche Hälfte Preis 2 M.

Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, südliche Hälfte Preis 2,50 M.

100 Ausflüge um Berlin

von Georg Siegerl.

Mit 20 Karten. — 2,— M.

Märkische Wanderrfahrten.

Von Georg Siegerl.

Mit 10 Karten. — 1,50 M.

Richtungs-Taschenatlas der Umgegend Berlins, mit 100 Ausflügen 2,— M.

Silber. Märkischer Wander-Atlas mit 16 Karten, kartoniert 1,— M. mit 22 Karten geb. 1,50 M.

Pharus-Wanderrkarte „Rund um Berlin“ 1,50 M.

Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorrätig.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland

von Paul Kampffmeyer.

Preis brosch. 1,60 M. geb. 2,—

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68 Lindenstraße 69 (Laden).

Stadtverordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Juni 1910, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Cappel eröffnet die Sitzung und veranlaßt zunächst die Einführung des für den verstorbenen Dr. Bernes neugewählten Stadtv. Einwalbi (M. L.) In längerer Ansprache, die die Anwesenden stehend anhören, gedenkt er sodann des schweren Verlustes, den die Stadt Berlin durch das Hinscheiden seines Ehrenbürgers Robert Koch erlitten hat: Seine wissenschaftlichen Großtaten haben seinen Namen in die ganze Welt getragen, seine Forschungen über die Infektionskrankheiten werden der ganzen Menschheit für alle Zukunft zum höchsten Nutzen gereichen. Der große Mann hat noch die Zeit gefunden, sich für die hygienischen Einrichtungen Berlins besonders zu interessieren; noch in jüngster Zeit hat er sein Gutachten über das geplante Brustkrankenhaus in der Krankenhausdeputation persönlich vertreten. Der Name dieses Großen wird unvergänglich und unverlöschlich als Fürst der Wissenschaft in die Tafeln der Geschichte eingetragen sein.

Eine große Anzahl von Rechnungen wird nach dem Antrage des Rechnungsausschusses ohne Debatte deschargiert.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der Baugewerkschule in der Aufzuckersstraße 141 ist von dem eingeleiteten Sonderausschuß nach längerer Erörterung, in denen namentlich die italienische Fassade und die kleinen Fenster Gegenstand der Kritik waren, schließlich mit 7 gegen 2 Stimmen zur Genehmigung vorgelegt worden. Der Kostenschlag beläuft sich mit 797 000 M. ab; zwei Varianten von zusammen 330 000 M. sollen zur Verfügung gestellt werden.

Referent ist Stadtv. Körte (Fr. Fr.) Nach unwesentlicher Debatte wird die Vorlage nach den Ausschlußvorlagen verabschiedet.

Ramens des Petitionsausschusses berichtet Stadtv. Bruns (Soz.) über die Petitionen der Laboratoriumsdiener und der Geiger des städtischen Untersuchungsamtes um Aufbesserung ihres Einkommens und Regelung ihrer Verhältnisse durch Festsetzung einer Lohnordnung. Der Ausschuß empfiehlt, die Petitionen dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Wurm (Soz.): Der Dienst der Laboratoriumsdiener ist ein sehr schwerer und gefährlicher, der die größte Aufmerksamkeit erfordert und entsprechend bezahlt werden muß. Die drei Diener sind zum Teil mehrere Jahrzehnte im städtischen Dienste und haben früher höhere Bezüge gehabt. Der Magistrat muß endlich das Versprechen einlösen, das er der Deputation, die einstimmig die Petition befürwortet, schon vor langer Zeit gegeben hat. Auch mit der Petition der Geiger hat die Deputation für das Untersuchungsamt sich einverstanden erklärt.

Stadtv. Professor Landau (M. L.) tritt ebenfalls für die Petition der Diener ein.

Die Versammlung beschließt dem Indiskussionsantrage gemäß vom 24. Mai d. J. einen Antrag Arons u. Gen. (Soz.):

„Den Magistrat zu eruchen, der Versammlung in einer „Vorlage zur Kenntnisnahme“ Mitteilung zu machen über seine Beschlüsse betreffend die von dem Oberbürgermeister gelegentlich der Staatsberatung am 24. Februar 1910 in Aussicht gestellte Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne.“

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Am 24. Februar 1910 hat mein Freund Vorkmann die

Planlosigkeit und Rückständigkeit der Arbeiterverhältnisse in den städtischen Betrieben

einer treffenden Kritik unterzogen. Der Oberbürgermeister erwiderte (Redner verliest den stenographischen Bericht), die Lohnfrage sei im Magistrat sehr eingehend geprüft worden; eine Erhöhung könne nicht von einer einzelnen Verwaltung, sondern müsse von der Zentralstelle aus geleitet werden; es sei zu diesem Zwecke eine Magistratskommission eingesetzt. Der Magistrat sei lebhaft bemüht, den städtischen Arbeitern ihre Lage und ihr Einkommen zu verbessern. Bei diesen Worten haben viele angenommen, daß eine solche sehr eingehende Prüfung der Lohnfrage auch eine Erhöhung der Löhne bringen werde; die Arbeiter wählten und konnten den Worten des Oberbürgermeisters nur entnehmen, daß man bestrebt sein werde, angesichts der Teuerungsverhältnisse, wie bei den Beamten und Lehrern, auch bei ihnen das notwendige Entgegenkommen zu zeigen. Zunächst einmal mußte ein Ausgleich geschaffen werden gegenüber den Wirkungen der Finanz- und Steuerpolitik des Reiches, damit das Einkommen der Arbeiter mindestens keine Einbuße erleide. Alle Massenverbrauchsartikel und alle Nahrungsmittel sind erheblich verteuert worden und die Kaufkraft der Löhne ist erheblich dahinter zurückgeblieben. Die Stadt als Unternehmerin hat die Verpflichtung, die Höhe der Geldlöhne den veränderten Geldwertverhältnissen wenigstens einigermaßen anzupassen.

Die Zahl der städtischen Arbeiter beträgt rund 15 000. Vergangenes Jahr haben wir in den Etat über 4 1/2 Millionen Mark eingestellt für Beamten- und Lehrergehaltssteigerungen. Die Arbeiter aber sind bisher bezüglich der Lohnsteigerung immer mit einer Art Gläubigerschere abgefunden worden; jede Verwaltung befristete sich der Sperrungsschere; von grundsätzlicher Regelung der Löhne war nicht die Rede. Vor 2 Jahren hatten meine Freunde einen allgemeinen Plan zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgearbeitet. Diesen lehnte die Versammlung ab. Damals hieß es, das könnten nur die einzelnen Verwaltungen, eine Zentrale könne das nicht machen. Erkreuzlichweise hat jetzt der Oberbürgermeister in diesem Punkte das Umgekehrte erklärt und sich auf unseren Standpunkt gestellt. Es heißt nun, die Arbeiter hätten gar kein Recht, sich über ihre Entlohnung so zu beschweren, — die sei keineswegs unzulänglich. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, verweise ich lediglich auf die Tatsache, daß in Berlin bisher für ungelernete Arbeiter ein Anfangslohn von 3,75 M. und zum Teil noch weniger gezahlt wurde. Rixdorf zahlt 4,25 M., und ist doch gegenüber Berlin eine arme Gemeinde; Charlottenburg zahlt 4,50 M. Aus dem Etat geht hervor, daß auf dem Viech- und Schlachthof noch der Anfangslohn von 3,75 M. gezahlt wird; bei den Gaswerken werden die Arbeiter durchgängig geringer entlohnt als in der Privatindustrie. In der Kanalverwaltung beziehen die Arbeiter für eine denfalls höchlichste Arbeit den Anfangslohn von 3,75 M.; auf unseren Rieselgütern werden noch

Kinder ausgebeutet

gegen 60 Pf. pro Tag, und Knechte bekommen dort den „fürstlichen Lohn“ von 12 M. pro Woche. (Hört! Hört!) Seit 20 Jahren soll übrigens diese Kategorie von Arbeitern keine Lohnsteigerung erfahren haben, dabei müssen sie früh 4 Uhr zum Füttern antreten und verlassen den Stall erst abends 8 Uhr. In der Parkverwaltung haben wir auch Arbeiter, die noch 3,75 M. pro Tag beziehen; neuerdings soll da allerdings eine Zulage von 15 Pf. pro Tag erfolgt sein, aber gleichzeitig hat die Parkverwaltung eine große Anzahl entlassen, besonders Familienväter. Stimmt das, so ist die Zulage auf diese Weise wieder ausgeglichen. Das Arbeiter- und Wartenpersonal in den Kranken- und Irrenanstalten führt seinen großen Wechsel nach unserer Ansicht ebenfalls auf die unzulängliche Bezahlung zurück. In den Krankenhäusern geht es zu wie in einem Taubenschlag. In den Irrenanstalten vorgezeichneten Sälen können die Krankenabteilungen nach ihrer eigenen Erklärung kein zweckmäßiges Personal erlangen und behalten. Da wird man denn verwirrt, warum die städtischen Arbeiterausschüsse nach der Verabschiedung des Etats ihre Remter nieder-

legten; sie wollten damit gleichzeitig auch ihre Ansicht über die Art ihrer Behandlung durch die unteren Verwaltungsinstanzen bekunden. Anträge auf Regelung von Lohnfragen und dergleichen blieben monatelang oder überhaupt unbeachtet. Vor einiger Zeit erfuhren wir durch das Gemeindeblatt, daß der Magistratsauschuß seine Arbeit beendet habe; im Etat seien ja entsprechende Gelder eingestellt, und die beschlossenen Lohnsteigerungen würden mit der ersten Lohnperiode im Mai in Kraft treten. Gleichzeitig erfolgte auch eine Mitteilung über Lohnaufbesserungen bei den Wasserwerken. Weitere offizielle Berichte hat es nicht gegeben; was aus der Arbeit der Magistratskommission geworden ist, weiß man offiziell nicht. Die Arbeiter haben uns allerdings — trotz Herrn Kettig — erzählt und ich halte das für ganz unglaublich, daß von den 15 000 städtischen Arbeitern nur etwa 3300 mit einer Lohnsteigerung bedacht worden sind und diese betrage durchschnittlich

15 Pfennig den Tag.

(Hört! Hört!) Die Rieselgüterarbeiter z. B. erhalten keinen Pfennig Zulage, wohl aber jeder einen Zentner Prekströh. (Heiterkeit.) Soll das etwa dazu beitragen, daß sich die Arbeiter dort auf den Genuß von Kartoffeln mit Stroh einrichten? Ein Ausgleich hat nicht stattgefunden, das Chaos scheint noch größer geworden, von Rechtfertigung keine Rede. Danach hätten also die Beamten und Lehrer 4 1/2 Millionen, von den städtischen Arbeitern aber nur 3300 alles in allem gegen 200 000 M. Zulage erhalten! Warum hat der Magistrat die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt, welche Würdigung haben ihre Forderungen erfahren? Das möchten wir doch hören. Nehmen Sie darum unsere Bescheidene neuen Antrag an! Auch die städtischen Betriebe sollten doch wie staatliche Betriebe Musterbetriebe sein.

Oberbürgermeister Kirschner: Der Magistrat wird, wenn der Antrag angenommen wird, ihm entsprechen, da es zu seinen Pflichten gehört, die Vertreter der Bürgerschaft über den Stand der städtischen Verwaltung zu unterrichten. Es ist genau nach meiner Erklärung vom 24. Februar verfahren worden. Die betreffende Kommission hat die sämtlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Verwaltungen geprüft und Lohnsteigerungen eintragen lassen, soweit sie ihr angemessen erschienen. Daß da nicht alle Hoffnungen erfüllt worden sind, war vorauszusehen. Zufolge einer Lohnaufbesserung in einer bestimmten Höhe sind niemals gegeben worden; im Gegenteil, wir haben Summen in den Etat eingestellt, an die wir gebunden waren. Für die Arbeiter ist die Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Lage bereits 1907 und 1908 erfolgt. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Wir waren da vorausgegangen. Nichtsdestoweniger aber haben wir anerkannt, daß die Entlohnung in den letzten Jahren unter Umständen weitere Erhöhungen rechtfertigte.

Stadtv. Kowmsin (Fr. Fr.): Nach dieser Erklärung erübrigt es sich, auf eine Diskussion des Antrages einzugehen. Das zweckmäßigste ist, den Antrag anzunehmen und die sachliche Besprechung der Zeit vorzubehalten, so die Vorlage an uns gelangt ist. Daß der Magistrat die Absicht gehabt habe, die Lohnsätze für alle Arbeiter über einen gewissen Betrag zu schlagen, ist wohl dann ein Verstum des Antragstellers. Hoffentlich läßt die Vorlage nicht gar zu lange auf sich warten.

Stadtv. Ginge (Soz.): Der Oberbürgermeister hat heute wiederholt, daß bereits 1907 die Arbeiter „aufgebessert“ seien, also pränumerando, vor der Steigerung der Lebensmittelpreise. Bei der Beamten- und Lehrergehaltssteigerung wurde aber von ihm ausdrücklich auf diese Umstände Bezug genommen, und zwar hielt er da eine Aufbesserung von 10 Proz. für notwendig, um den Teuerungsverhältnissen zu tragen. Aus den Worten des Oberbürgermeisters damals ging aber auch hervor, daß alle Arbeiter aufgebessert werden sollten, und nicht nur eine oder die andere Kategorie. Wir waren der Meinung, sämtliche Löhne in allen Deputationen würden in Betracht gezogen und eine, wenn auch nur kleine Aufbesserung erfahren; sonst hätten wir ja eigene Anträge gestellt. Bei der Sachverständigen einigung hat eine Aufbesserung auf 3,90 M. stattgefunden; aber warum die anderen 13 000 Arbeiter von dieser minimalen Erhöhung ausließen? Jetzt ist die Ungleichheit nur noch größer geworden. In Schöneberg hat man, obwohl dort der Mindestlohn schon an sich höher ist, als in Berlin, eine Familienzulage beschlossen; in Alexanderhof hat den Lohn von 24 auf 27 M. die Woche erhöht, Treptow und Baumshuldenweg pro Stunde den Lohn um 5 Pf. Auch Herr Cappel hat sicher erwartet, es würde etwas mehr aus der Kommission herauskommen, denn er sprach von „angemessenen“ Erhöhungen der Löhne. Aus der Magistratsvorlage werden wir ja das Nötige erfahren und eventuell unsere Anträge stellen.

Der Antrag Arons wird hierauf fast einstimmig angenommen.

Zu den Kosten der Aufstellung des Theodor-Fontane-Denkmal in Tiergarten an der Stillerstraße und zu den Kosten der Pflanzung des Denkmalsplatzes übernimmt die Stadt Berlin einen Beitrag von 1500 M.

Mit dem Vorschlag einer

Luftbarkeitssteuer

tritt der Magistrat von neuem an die Versammlung heran. Am 4. Oktober 1906 war bekanntlich der gleiche Vorschlag von der Versammlung abgelehnt worden. Angesichts besonders der drohenden Reichswertzuwachssteuer hält der Magistrat das Bedürfnis nach Erschließung neuer Einnahmequellen für gegeben und greift zunächst auf eine seiner früheren Vorlagen zurück, die er mit einigen Modifikationen als „Luftbarkeitssteuerordnung“ der Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet.

Wir haben in den Nummern 124 und 125 des „Vorwärts“ bereits ausführlich über den Vorschlag des Magistrats berichtet.

Von den Stadtv. Jacobs (M. L.) und Ladewig (M. L.) sind Anträge auf Ausschlußberatung gestellt. Kammerer Dr. Steiniger: Die magere Begründung der Vorlage geht darauf zurück, daß wir eine allgemeine Motivierung nach der früheren Stellungnahme der Versammlung nicht mehr für nötig hielten. Bedürfen wir einer solchen Steuer? (Rufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) Das ist eine reine Finanzfrage. Es war diesmal sehr schwer, den Etat mit der gebilligten Zahl von 100 Proz. zu balancieren. Dazu kommt die Mäßigkeit auf die Wertzuwachs- und eventuell auf die Umsatzsteuer. Der Ueberdruck für 1908 im Steuerkapitel ist um 2 Millionen geringer als für 1908. Die Einkommensteuer verbessert sich nur um rund 700 000 Mark. Auch der Ueberdruck der Werke und Renten usw. machen diesen Ausfall nicht weit. Wie das Aufkommen von 2 Millionen aus der neuen Steuer sich berechnet, das zu erörtern wird Sache des Ausschusses sein. Braucht man Geld, so nimmt man es, wo es zu kriegen ist. (Bewegung und Heiterkeit.) Fast alle im Stadte- tag vereinigten Städte haben bereits eine Luftbarkeitssteuer.

Stadtv. Heimann (Soz.): Die Vorlage von 1906 beruhte bekanntlich auf einer Resolution der Versammlung, welche eine Luftbarkeits-, jedenfalls eine Biletsteuer unter härterer Heranziehung der teureren Plätze verlangte. Durch die Ablehnung jener Vorlage ist auch die Resolution hinsichtlich geworden, so daß die Versammlung der neuen Vorlage nicht präjudiziert gegenübersteht. Jedenfalls fühlen wir uns durch jene Resolution noch keiner Richtung gebunden, auch weil wir sie für falsch und dem Gemeininteresse entgegenstehend erkennen, auch weil wir vor allem gegen alle indirekten Steuern sind, und namentlich gegen diese Luftbarkeitssteuer, eine indirekte Steuer allerhöchster Art. Aber auch die Freunde jener Resolution sind heute nicht mehr gebunden, denn die heutige Vorlage ist ja nicht ihre Einföhrung und Ausführung, sondern direkt ein Schlag gegen sie. Was der Kammerer ausgeführt hat, trifft durchaus daneben. Der Magistrat hätte uns doch mindestens mitteilen müssen, aus welchen Erwägungen heraus er zu der Vor-

lage gekommen ist. Keine Spur davon! Im „Berl. Bl.“ kreist man, daß dieser Vorlage ganz umfassende Vorbereitungen vorausgegangen sind. Warum wird uns dann das Material vorenthalten? Geheimnisse liegen doch nicht vor, wir haben das Recht auf die allerbeste Information (Auf: Der Magistrat genießt sich Heiterkeit.) Die Art, wie jetzt viele Vorlagen an uns kommen, stellt direkt eine

Nichtachtung der Versammlung

dar. Geheimnisvoll werden wir auf den Ausschluß vertrieben, genau so wie bei der Wertzuwachssteuer. Die Arbeiter werden auch dadurch sehr erschwert, daß für die 144 Kollegen nur ein Exemplar im Bureau zur Information zur Verfügung steht; es sollte von solchen wichtigen Vorlagen eine größere Auflage gedruckt werden. Nur unsere angeborene Gutwilligkeit veranlaßt uns, der Beratung heute keine Schwierigkeiten zu machen. (Heiterkeit.) Der Magistrat hat jetzt die früher getrennte Bilet- und Luftbarkeitssteuer zusammengezogen; das ist das bessere und sachlich richtigere System, aber auch das einzige Gute, was man von der neuen Vorlage sagen kann. Der Kreis der Steuerpflichtigen ist ganz außerordentlich erweitert worden, man macht auch die Veranstaltungen der freien Volkshäuser steuerpflichtig, was 1906 niemand in den Sinn gekommen ist. Eine Steuer soll auch erhoben werden, wenn in einem Vorlesungssaal gegen eine kleine Vergütung ein blinder Mann zur Gitarre ein paar Lieber singt und mit dem Hut in der Hand herumgeht, um Fünfpennigstücke einzusammeln. Von besonderer Berücksichtigung kultureller und gemeinnütziger Bestrebungen ist keine Spur zu finden; es ist keine Grenze gezogen, alles wird auf eine Stufe gestellt. Dem Schillertheater wollte man 1906 eine besondere Stellung einräumen; auch davon ist jetzt keine Rede mehr. Herr Cappel hat 1906 möglichste Rücksicht auf solche Theaterleistungen verlangt, welche wirklich als Förderung des Kunstinteresses der minderbemittelten Kreise anzusehen sind, und eine Berücksichtigung der billigen Plätze. Wo findet man das in der jetzigen Vorlage?

Die Steuerfreiheiten, die sie zuläßt, sind einfach selbstverständlich. Es werden andererseits aber Veranstaltungen künstlerischer Art getroffen, welche auch die Freunde der Steuer nicht treffen wollen. Meine Partei veranlaßt fäehlich mit großen Kosten und Mühen Ausstellungen künstlerischer Wandschmuck, um auf die Entwertung der widerwärtigen Gelddrucke hinzuwirken. Nach der Fassung der Vorlage werden solche

unentgeltlichen Ausstellungen steuerpflichtig

sein. Von progressiver Heranziehung der höheren Plätze ist keine Rede; man beginnt schon bei 25 Pf. Eintrittsgeld, während man 1906 erst bei 40 begann, und belegt alles mit 10 Proz. Das Eintrittsgeld von 25 Pf. wird mit 20 Proz. Steuer belegt. (Hört! Hört!) Auch sonst sind die Sätze von 1906 erheblich gesteigert. Jetzt soll der geltende Klassenpreis für die Karten maßgebend sein, also ein Preis, der nur noch ausnahmsweise und nur von den Dummen gezahlt wird. (Heiterkeit.) Eine Steuer auf die teuren Plätze allein bringt freilich nichts ein; das ist ja der Fluch aller indirekten Steuern, daß nur dann etwas herauskommt, wenn sie auf den Massenkonsum gelegt werden. In Elberfeld werden 1/3 des ganzen Aufkommens aus den Eintrittspreisen unter 1 M. herausgewirtschaftet. Die Steuer ist also eminent kunst- und kulturfeindlich. Eine Steuer auf die höheren Plätze allein aber verzerren die Kosten der Erhebung wieder. Die Schädigung der Theaterverhältnisse aber bleibt auf alle Fälle bestehen. Die Theaterunternehmungen sind ohnehin in schwieriger Lage; ein Teil der Schuld ist den Theaterleitern zuzuschreiben, die Hauptschuld aber trägt das Publikum mit seinen so unmäßig gesteigerten Präferenzen. Die Pauschalpreise mit ihrer Berechnung nach Flächeninhalt sind ebenfalls so ungerecht wie möglich und stellen außerdem nur eine andere Form der so ungerechten Form der Mietsteuer dar.

Die Gastwirte werden aufs härteste getroffen, nachdem sie schon von der Reichsfinanzreform und von der Abänderung des preussischen Stempelsteuergesetzes gründlich mitgenommen sind; ihnen will man eine neue, nicht abwägbare Steuer auferlegen! Ein Gastwirt, der dreimal die Woche in seinem kleinen Saal ein Vereinsvergügen mit Aufführung veranstaltet, mühte wöchentlich

3700 M. Steuern zahlen!!

Am letzten Ende könnten die Berliner Hausbesitzer die Leidtragenden sein, während sich die Gastwirte in den Vororten schmutzeln die Hände reiben würden (Heiterkeit). Zu welchen Plaqueuren, Denunziationen und Prozessen kann nicht diese Steuer führen?! Wie steht es nun mit den königlichen Theatern? Können wir sie zwangweise heranziehen? Und wenn nicht, hat der Magistrat bindende Verpflichtungen der Generalintendant in Händen, daß sie sich freiwillig unterwirft? In Wirklichkeit werden doch diese Theater aus Mitteln der Allgemeinheit unterhalten, und schon dieser eine Grund müßte die Vorlage zum Scheitern bringen. Aber auch ganz abgesehen von allen diesen Bedenken, würden wir gegen die Steuer auftreten, da sie die Interessen unserer Gemeinde nach allen Seiten schädigen muß.

Der Kammerer malte wieder grau in grau. Das nehme ich ihm weiter nicht übel; soweit ich aber ein Urteil habe, nehme ich an, daß unsere Steuererläute besser abschneiden werden und ein eigentlicher Notstand nicht vorhanden ist. Ein etwa entstandenes Risiko aber soll nach unserer Meinung durch erhöhte Einkommensteuer ausgeglichen werden. Verzweifeln, unsocial und ungerecht ist eine Luftbarkeitssteuer. Mit der Erhöhung der Verkehrssteuern ist dem Volke schon ohnehin eine harte Last durch eine städtefeindliche Gesehgebung auferlegt worden; da soll man dem Arbeiter nicht noch jeden kleinen Genuß, jede kleine Luftbarkeit verteuern. Die Arbeiterbudgets zeigen, welche Bedeutung die „paar Groschen“ dieser Steuer für den Arbeiter haben. Die Stadt Berlin leistet ja tatsächlich nichts für Theater und verwandte künstlerisch Zwecke. Wir haben kein städtisches Orchester, was gerade für Berlin eine sehr schöne Sache wäre. Der Oberbürgermeister legte neulich im Herrenhause dar, wie hoch Berlin über dem Staat setze; die Stadt öffne kostenlos die Tore zu ihren Bildungsstätten, während der Staat jetzt eine Bibliotheksgebühr erhebe. Zur selben Zeit führten wir im Bibliotheksstudium einen erbitterten Kampf gegen den Kammerer, der die

Vollbibliotheken von 1911 ab nur noch gegen 3 oder 5 M. zugänglich machen wollte.

(Große Bewegung.) Der Antrag wurde abgewürgt, aber der Kammerer erklärte, er würde wieder kommen. Dieser Antrag scheint nur symptomatisch für eine Richtung, die jetzt auch in unseren Magistrat ihren Einzug gehalten hat. Zu allen anderen Entscheidungen will man jetzt noch eine Erholungssteuer fügen, und im Hintergrunde steht der Prohibitivzoll für die Bildungsstätten! Da machen wir nicht mit. Hüten Sie sich, den ersten Schritt auf dieser abschüssigen Bahn zu tun! Berlin muß die Stellung als Handels-, Bildungs- und Vergnügungszentrum erhalten werden, die es jetzt noch besitzt; dann werden wir auch gegen die Abwanderung Erfolge erzielen. Die Vororte sind schon aufs eifrigste am Werke, diese Stellung Berlins zu untergraben. Große Geschäfts- und Vergnügungszentren haben sich in den Vororten aufgebaut, noch mehr wird geplant; und bei dem Wagemut dori werden zweifellos diese Pläne früher oder später zur Verwirklichung kommen. Durch diese Vorlage treiben Sie alle Veranstalter von Vergnügungen in die Vororte. Eine Fremdensteuer wäre ja auch ganz verfehlt und falsch, selbst wenn man sie auf die Fremden beschränken könnte. Durch die Vorlage werden aber gerade die Einheimischen und die unbedeutenden Einheimischen besonders getroffen. Was leistet nun Berlin für die Fremden? Der Oberbürgermeister verwies 1906 auf die Pflasterkosten der Leipziger- und Friedrichstraße; das war alles (Heiterkeit).

Seine Gründe gegen die Vorlage decken sich zum großen Teil mit Ausführungen, welche die „Kos. Ztg.“ 1906, leider nicht 1910, in einem ausgezeichneten Artikel gebracht hat. Ich kann Sie nur bitten, die Vorlage ohne Ausschüßberatung abzulehnen. (Beschlus der Versammlung bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Jacobi (A. L.): Wir unsererseits wollen die Vorlage nicht so ohne weiteres ablehnen. Auch hervorragende Nationalökonomien wissen keinen rechten Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer; aber praktisch muß eine Steuer sein. Die Vorlage wird wohl zustande kommen, nachdem wir schon 1903 richtig erkannt hatten, daß wir neue Einnahmequellen brauchen. Schon die 4½ Millionen Gehaltsaufbesserungen machen das zur Notwendigkeit, wenn wir nicht über die 100 Proz. ins Ungewisse hinausgehen wollen. Überall stehen uns neue große Ausgaben bevor. Populär ist schließlich keine neue Steuer. Die zur Verzugsabgabe müssen wir auch zur Lustbarkeitssteuer kommen. Natürlich machen die Interessenten Opposition. Die Theaterdirektoren werden mit ihren Einwänden auch gehört werden. In der größten Fremdenstadt Paris haben die Fremden nicht nur das Oktroi, sondern auch die Billettsteuer zu zahlen. Berlin mit seinen 30 Theatern kann doch keine Theatersubventionen zahlen. Wenn die königlichen Theater nicht herangezogen werden können, kommt vielleicht in das ganze Projekt ein unheilbarer Riß. Wir beantragen Ausschüßberatung.

Stadt. Rommsen beantragt um 1/2 Uhr Vertagung, da noch 6 Redner gemeldet seien, die alle längere Zeit sprechen werden; auch sei der Saal sehr schlecht besetzt.

Stadt. Borgmann bezweifelt, daß über 8 Tage eine bessere Besetzung vorhanden sein wird, und widerspricht der Vertagung. Gemeldet sind noch die Stadtverordneten Lade wig, Pre u g, Rommsen, Feuerstein, Friedemann und Haber land.

Die Mehrheit beschließt die Vertagung; der Gegenstand soll auf der nächsten Tagesordnung an erster Stelle stehen. Schluß 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Sielet Billardspiel ein höheres Kunstinteresse dar?

Die Veranstaltung einer Schauausstellung im Umherziehen ohne Besitz eines Gewerbescheines und ohne Einrichtung der Haussteuer wurde dem bekannten Billardmeister Herlau aus Berlin zur Last gelegt. Außerdem wurde er beschuldigt, die Veranstaltung nicht zur Lustbarkeitssteuer angemeldet zu haben. Er sollte das Haussteuerergesetz und die Lustbarkeitssteuerordnung der Stadt Osnabrück übertreten haben. Herr Herlau hatte nämlich im oberen Saale des Reichsadlers in Osnabrück ein Schau-Billardspiel veranstaltet, wozu in einigen Zeitungen das Publikum eingeladen wurde. Es kostete eine Mark Eintrittsgeld. Etwa 70 Personen waren erschienen. — Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, weil sein Billardspiel ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft beanspruchen könne und deshalb die Schauausstellung weder unter das Haussteuerergesetz, noch unter die Lustbarkeitssteuerordnung falle. Das Landgericht in Osnabrück hob jedoch dies Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Wenn ein Interesse der Kunst oder Wissenschaft vorliege, müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Hier handle es sich um eine rein technische Leistung die zwar zu einer hohen Entwicklung gebracht sei, aber doch des ästhetischen Interesses ermangle, namentlich da sie in einem Bierlokal dargeboten worden sei, wo das Publikum ein- und ausgehen konnte. Die für Aufnahme einer höheren Kunstleistung nötige Sammlung habe dort bei dem Zuschauer nicht auskommen können. Der Jura der Schauausstellung seiner allerdings hochentwickelten Fähigkeit sei der gewesen, Geld damit zu verdienen. Jedenfalls sei es keine solche Schauausstellung gewesen, bei der ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft abwalte.

Der Angeklagte legte hiergegen Revision ein und machte geltend, daß auf jeden Fall ein höheres Interesse der Kunst angenommen werden müßte. Der Begriff sei vom Landgericht verkannt worden.

Das Kammergericht verwarf jetzt die Revision. Der Begriff der Kunst solle nach Meinung des Revidenten verkannt sein. Demgegenüber sei zu bemerken, daß es sich darum handle, ob bei der Darbietung ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft abwalte. Also nicht darauf komme es an, ob das Billardspiel an sich eine Kunst sei, sondern darauf, ob der, welcher vor dem Publikum spiele und eine Schauausstellung damit darbreite, wie hier Herlau, ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft abwalte lasse. Das habe das Landgericht im vorliegenden Falle ohne Rechtsirrtum verneint. Das Rechtsmittel müsse deshalb scheitern.

Der Mäher seiner Mannesehre.

Einen begreiflichen Freispruch, bei dem doch rein menschliche Empfinden das Leitmotiv gewesen sein mag, gaben gestern die Geschworenen gegen einen Mann ab, der sich mit dem Revolver an dem Perjörer seines Eheglands zu rächen versucht hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Holzbildhauer Hugo Wasthbin vorgeführt, um sich wegen versuchten Mordes zu verantworten. Den Vorstoß im Gerichtshofe führte Landgerichtsrat Rige, die Anklage wurde vom Staatsanwalt Dr. Lehmann vertreten, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Arthur Daniel. — Der Angeklagte, der von seinem Arbeitgeber als ein überaus fleißiger und ruhiger Mensch geschildert wird, ist seit einer Reihe von Jahren verheiratet und hat zwei in noch jugendlichem Alter stehende Kinder. Er hat sich durch seiner Hände Arbeit mit der Zeit eine ganz hübsche Wirtschaft geschaffen, da seine Ehefrau bei der Verheiratung nicht das geringste beizugab. Die Frau hinterging ihn. Sie hatte vor einiger Zeit einen Kollegen ihres Mannes, den Holzbildhauer Otto Herzog, kennen gelernt, der zu der Frau seines Freundes in intime Beziehungen trat. Dieses Verhältnis wurde noch intimer, als der Angeklagte im November und Dezember v. J. an einer Lungen- und Rippenfellentzündung schwerkrank im Krankenhaus danielerlag und mit dem Tode kämpfte. Während dieser Zeit lebte die Frau mit dem Freund ihres Mannes wie Mann und Frau zusammen, hatten auch in Gegenwart der Kinder nächtliche Zusammenkünfte in der Wohnung der Frau. Als Wasthbin aus dem Krankenhaus kam, erzählte ihm seine Frau, daß sie ihn nicht mehr liebe und daß es eigentlich schade sei, daß er nicht gestorben sei, da sie dann frei wäre. Dieses skandalöse Verhalten der Frau erfuhr im Januar d. J. noch ein weitere Steigerung. Als Wasthbin eines Abends nach vollbranntem Tagewerk müde nach Hause kam, glaubte er erst seinen Augen nicht zu trauen. Er fand nur noch die vier leeren Wände vor. Während seiner Abwesenheit hatte seine Ehefrau die von ihm mühselig erworbenen Sachen zusammengepackt und war mit den Kindern in eine in der Nähe ihres Geliebten gelegene Wohnung gezogen. Bald darauf gab sie auch diese Wohnung auf und zog zu Herzog, bei welchem sie auch noch heute als „Wirtschaftlerin“ lebt. Diese Ereignisse hatten auch dem sonst betterten Manne eine finsternen und leicht reizbaren Menschen gemacht. Er vernachlässigte seine Arbeit, die er seit Jahren inne hatte und gab schließlich diese Stellung auf. Nachdem er einige Zeit durch die Straßen geirrt war, beschloß er, an dem Perjörer seines Eheglands blutige Rache zu nehmen. Am 22. Februar d. J. stellte er sich mittags vor dem Hause Reichendörferstr. 61, wo Herzog arbeitete, auf, da er mußte, daß er, um diese Zeit nach beendetem Mittagessen an seine Arbeitsstätte zurückkehrte. Als Herzog in den Hausflur hineinging, ließ der Angeklagte hinterher und gab an den, wie er selbst sagte, Ehebrecher einen Schuß ab. Die Kugel ging jedoch fehl, da der Geschäftsführer Mödel, dem das aufgeregte Wesen des Mannes aufgefallen war, ihm im letzten Augenblicke in den

Arm gefallen war. Der Angeklagte ließ sich dann ruhig abführen und gab offen zu, daß er die Wunde gehabt habe, erst den Herzog, der ihm das Leben vergällt habe, und dann sich selbst zu erschlagen. — Dieses Geständnis wiederholte der Angeklagte auch in der gestrigen Verhandlung. — Der Betreter der Anklage stellte es den Geschworenen anheim, die Schuldfrage nach verlichem Mord oder nach verlichem Todschlag zu bejahen. Rechtsanwalt Daniel plädierte auf Freisprechung des Angeklagten, indem er ausführte, daß ein Mann, dem sonst des denkbare beste Zeugnis ausgestellt werde, in einer derartig verzweifelter Situation wahrscheinlich in einer Art Zwang gehandelt habe, bei dem seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Die Geschworenen vereinigten unter lauten Beifallsdringungen im Zubörerraum beide Schuldfragen, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte. Das Gericht beschloß ferner, ihn sofort aus der Haft zu entlassen.

Spanbauer Wahlrechtsprozeß.

Am 18. Februar soll der Arbeiter Genosse Richard Köhle gegenlich der Wahlrechtsdemonstration der Polizeibeamten, welche die Demonstranten, die von der Versammlung bei Köpnick, Pöschendorfer Straße, kamen, an der Potsdamertorpassage nach der Ringhauffe hineindrängten, zugerufen zu haben: „Ihr seid ja verückt!“ Der Angeklagte, den Dr. Liebhacht verteidigte, bestritt in der Schöffengerichtsverhandlung am Mittwoch den Vorwurf nicht, will aber damit seine Frau und die neben ihm stehenden gemeint haben, nicht aber die Polizeibeamten. Die Polizeibeamten Funk und Gische machten als Zeugen einander widersprechende Aussagen: der eine sagte, die Ehefrau des Angeklagten ging auf dessen linker Seite, während der andere die Frau auf der rechten Seite gehen ließ. Trotzdem verurteilte das Gericht den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 20 M. Geldstrafe.

Christliche Kirchenmitglieder.

Zu unserer Bericht vom 30. Mai über die stürmischen Vorgänge in einer Versammlung kirchlicher Wähler der Auferstehungs-Gemeinde wird uns noch geschrieben: Der Zeuge Herr Pastor Baehde hat nur ausgesagt und konnte natürlich auch nur aussagen, daß in der von ihm und der orthodoxen Partei einberufenen Unglücksversammlung eine Diskussion deswegen nicht stattfinden sollte, weil dies die positiven Herren unter sich vorher abgemacht hatten. Eine Mitteilung von dieser hinter den Kulissen getrockneten Verabredung ist aber in der Versammlung selbst wohlweislich unterblieben. Es entspricht daher nicht den tatsächlichen Vorgängen, daß eine Diskussion ausdrücklich vorher als nicht zulässig bezeichnet worden sei. Um so peinlicher berührt daher das eigenartige Verfahren des Versammlungsleiters Herrn Pastor Baehde, der das Flugblatt der Liberalen unter Renennung des Verfassers Herrn Dr. Frenkenberg scharf kritisierte und trotzdem diesem Herrn das Wort zu einer Erwiderung verweigerte, vielmehr die Versammlung kurzer Hand schloß, weil — wie sich später herausstellte — den positiven Einberufern eine Diskussion nicht passte. Um dies Verfahren zu kennzeichnen und um sich zu verteidigen, betrat Herr Dr. Frenkenberg einen Stuhl, von dem er, seinen und anderer Zeugen Angaben nach, durch fremde Gewalt heruntergeworfen wurde, so daß er einen doppelten Armbruch sich zuzog.

Verworfen Revision.

Das Reichsgericht hat die Revision des Schlossers Ernst Loose und sieben weiterer Angeklagten am Donnerstag verworfen. Die Angeklagten wurden bekanntlich am 16. Februar vom Schwurgericht Halle wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Verleumdung, begangen bei Gelegenheit des Mansfelder Bergarbeiterstreiks, zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Vermischtes.

Ein probates Mittel.

Mit banger Sorge sehen viele arme Frauen dem sich stets mehrenden Kinderlegen entgegen. Bei ihnen bewahrheitet sich nicht das Sprichwort: Viel Kinder, viel Segen! Im Gegenteil, jeder neue Sprößling ist eine Sorge mehr, nimmt den schon vorhandenen Kindern einen Teil ihres großen Brotes fort. Um dieser Gefahr zu entkommen, hat eine Frau Richard v. Wopelius, des preussischen Herrenhausmitgliedes v. Wopelius Ehegaltin, ein probates Mittel entdeckt. Die Frau beschäftigt sich als Gattin eines mehrfachen Millionärs nebenher mit der Leitung des Vaterländischen Frauenvereins in Sulzbach a. Saar. In dieser Eigenschaft hat sie an eine Wägherin, die als Frau eines schwer um seine Existenz ringenden Bergarbeiters aus Hühnersfeld (Saarabien) Mutter von 14 Kindern ist, ein Schreiben gerichtet, das nach der „Pfälzischen Post“ folgende Stelle enthält:

Sulzbach a. Saar, 30. 4. 1910.

An Frau G. Es hat überhaupt niemand das Recht, Ansprüche zu machen. Der Vater, Frauenverein kann doch nichts dafür, daß Ihr so viele Kinder habt. Ich finde, daß sowohl der Mann wie auch die Frau sich mehr hüten können davor, daß sie so viele Kinder in die Welt setzen. Mit kaltem Wasser kann man die Triebe auch zurückhalten, eine kleine Waschlösung mit kaltem Wasser ist dagegen sehr gut für die Männer und vorher sich tüchtig müde schaffen. Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenbett.

Frau Richard von Wopelius. Das von großer Sachkenntnis zeugende Mittel sollte Frau v. Wopelius eigentlich zum Patent anmelden. Vielleicht hat sie auch so viel Einfluß auf ihren Gatten, daß dieser als lebenslänglicher Geschwemacher eine Vorlage einbringt, die verlangt, daß jeder Familie eine kleine Waschlösung von Staats wegen geliefert wird.

Die Prinz-Heinrich-fahrt.

Nachdem am Mittwoch bereits die Abnahme der Wagen für die diesjährige Prinz-Heinrich-Fahrt erfolgt ist, wurden gestern Morgen von 8 Uhr ab vom Bismarckplatz am Bahnhof Heerstraße 127 Automobile, die an der Fahrt nach Somburg v. d. S. teilnehmen, abgelassen. Das Schauspiel hatte eine große Menschenmenge angezogen. Tausende von Zuschauern umfanden die sich rechts und links der Heerstraße entlangziehenden Schrudanlagen. Das Programm der Veranstaltung sieht für den ersten Tag als Endstation Braunschweig (248 Kilometer) vor. In Abständen von einer Minute sausten in rasender Fahrt die Angetümme davon. Bei Genhlin wurde eine Schnelligkeitsprüfung vorgenommen, bei der der Konsul Friisch-Wiesbaden Sieger blieb. Die morgen zu durchzufahrende Strecke, deren Ziel Kassel ist, beträgt 323 Kilometer.

Auf der Fahrt geriet ein von Benzler gesteuertes Automobil in Brand. Weiterhohe Flammen schlugen aus dem in rasender Eile dahinjagenden Wagen empor. Schließlich wurde der Wagen gebremst und die Flammen durch aufgeworfenen Sand erstickt.

Bei Klein-Elfenide erlitt ein nach Genhlin fahrender Benzwagen, der an dem Rennen unbeteiligt ist, einen schweren Unfall. An dem Wagen brach ein Vorderrad und der Wagen überschlug sich. Der Chauffeur des Autos erlitt bei dem Sturze innere Verletzungen, während die Insassen des Wagens mit Hautabschürfungen davonkamen. Da es sich um eine „nationale“ Veranstaltung handelt, kommt man den Beteiligten sehr entgegen; Straßen, die nach der Auffassung des Herrn v. Jagow und des Ministers dem Verkeh-

ren, werden gesperrt. Eifrig sind Gendarmen und Militärpersonen bemüht, daß nichts die programmmäßige Beendigung der wahnwitzigen Raserei hindert.

Vom Untergang der „Bluviose“.

Die bisherigen Arbeiten der Taucher an dem untergegangenen Boot haben erwiesen, daß der Tod der Mannschaften der „Bluviose“ keineswegs so schnell eingetreten ist, wie erst behauptet wurde. Die Taucher haben an den Luken und Falltüren des Unterbootes Spuren gefunden, aus denen auf einen verzweifelten Kampf der Mannschaft zu schließen ist, die verflucht hat, die Luken zu öffnen, um ins Freie zu gelangen. Nach dem Bericht eines Marineoffiziers soll die Deckplatte des Bootes ungefähr zu einem Drittel abgeschraubt sein. Der Offizier schließt daraus, daß die Mannschaft bemüht war, ihr Leben nach dem Untergang des Bootes zu retten.

Die Taucher haben trotz aller Schwierigkeiten, die die starke unterirdische Meeresströmung verursacht, eine Anzahl Ketten um das Boot geschlungen. Man hofft, das Boot bald heben zu können.

Aviatik und Mordtechnik.

Während der im Juni zu Chaitanooga (Amerika) stattfindenden Heeresübungen wird die Regierung feststellen, ob Aviatiker imstande sind, 200 bis 300 Pfund Sprengstoff bei einer Geschwindigkeit von 45 bis 50 Meilen in der Stunde mit in die Höhe zu nehmen und ihn aus einer Höhe von einer Viertel Meile auf Zielscheiben herabfallen zu lassen, die Befestigungen, Gebäude und auf einer Fläche von zwei Quadratmeilen versammelte Truppen darstellen sollen. Der Aviatiker Hamilton hat sich der Aufgabe unterzogen, 75 Bomben herabzumwerfen, und Leutnant Fulkis von der Heeresignalarbeitung unternimmt eine Rekonstruktion im Flugapparat.

Neuer Flug über den Kanal.

Wie uns ein Telegramm aus London meldet, hat der englische Aviatiker Kolls einen Flug über den Kanal zwischen England und Frankreich unternommen. Kolls stieg mit seinem Flugzeug in Dover auf und landete glatt bei Sangatte, einem Orte westlich von Calais.

Zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Wie uns ein Telegramm aus Prag meldet, wurde der Leutnant Lewický des 20. Landwehrregiments vom Kriegsgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in einem Budapesters tschechisch-radikalen Blatte gewisse Artikel über die Verhältnisse in seinem Regiment inspiriert hat.

Wie viel tausend Soldatenmishandlungen hätte der Mann verüben müssen, um zu einer gleich hohen Strafe verurteilt zu werden?

Hebe Sparsamkeit!

Im Amtsblatt der Eisenbahndirektion Kattowich befindet sich folgender Erlass:

Zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit in der Verwendung von Briefumschlägen ist es zweckmäßig, letztere möglichst mehrmals zu benutzen. Um dies zu erreichen, müssen die Briefe vorsichtig, etwa mit der dünnen Spitze eines Federhalters geöffnet werden. Bei einher Uebung erfordert das Öffnen der Umschläge in dieser Weise kaum mehr Zeit als das Ausschneiden. In vielen Fällen können die alten Umschläge durch aufgetragene und durch neue ersetzt oder, wenn dies nicht mehr möglich ist, die Umschläge gewendet werden. Das Wenden der Briefumschläge wird stets zu erfolgen haben, wenn es sich um Briefe von Privaten oder von anderen Behörden mit aufgedruckter Firma oder um frankierte Briefe handelt. Durch dieses Verfahren läßt sich eine erhebliche Ersparnis an Briefumschlägen erzielen. Wir bestimmen deshalb, daß die bei den Dienststellen sowie auch bei den Inspektionen, Bauabteilungen, Direktionsbüros und der Hauptkasse eingehenden Umschläge zu sammeln und, soweit es möglich ist, in der angegebenen Weise wieder zu verwenden sind.

Um eine genaue Kontrolle über die Befolgung der sehr zeitgemäßen Verfügung zu haben, empfiehlt sich die Anstellung von Aufsichtsbeamten bei den einzelnen Dienststellen.

Folge des Bierkrieges.

Veranlaßt durch den zurzeit in Bayern tobenden Bierkrieg hat ein Inhaber des „Selber Tageblatt“ ein Inserat folgenden Inhalts veröffentlicht:

Vereinigung der bayer. Strömer und Landstreicher. Infolge der ganz enormen Steigerung des Bierpreises sehen wir uns veranlaßt, den Mindestlohn für milde Gaben von 1 auf 2 Pf. zu erhöhen. Wir finden dies um so mehr gerechtfertigt, als gerade unser Handwerk am härtesten dadurch betroffen wird. Der 1. Vorstand: Bruder Straubinger.

In dem Inserat vermißt man, ob es sich um eine „nationale“ oder „christliche“ Organisation handelt.

Kleine Notizen.

Während eines heftigen Gewitters, das in Hamburg am Donnerstag niederging, traf der Blitz ein auf der Binnenalster fahrendes Boot und tötete die beiden Insassen.

Eine schwere Reflexexplosion ereignete sich in einem Steinbruch in Devils Slide (Amerika). 20 Arbeiter wurden dabei getötet und eine große Anzahl Arbeiter schwer verletzt.

Das gelbe Fieber in Italien. In die Stadt Cotignola wurde durch aus Südamerika heimkehrende Arbeiter das gelbe Fieber eingeschleppt. Bisher sind etwa 30 Personen erkrankt, von denen 5 bereits starben.

Abgekört ist in Steiermark beim Edelweissuchen der österreichische Beamte Wolfgang. Der Reiznach des Berunglückten wurde geborgen.

Das serbische Militärgericht hat die Verhaftung des Artillerieobersten Kaschisch angeordnet, der beschuldigt wird, gelegentlich der Uebnahme von Kriegsmaterial Veruntreuungen begangen zu haben.

Ein neuer Flugpreis. Der Kollub in St. Louis hat einen Preis von 40000 Dollar angekauft, der dem Aviatiker zufließen soll, der mit seinem Apparat die 600 englische Meilen lange Strecke Indianapolis-St. Louis-Chicago-Indianapolis durchfliegt.

Verstärkung der Cholera in Russland. Neuere Nachrichten aus der Gouvernements Taurien und Kholmow für Cholera bedroht erklärt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet jeden Freitag, 6 Uhr, von 6 bis 7 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Sachfrage und eine Zahl als Verzeichen beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

R. S. 2. Es empfiehlt sich, auf Grund einer Ihnen erteilten Vollmacht und auf Grund einer von Ihrer Schwägerin auszustellenden eidesstattlichen Versicherung darüber, daß der Betreffende im Besitz der Karte ist, beim Amtsgericht einen Antrag auf Erlass einer unvollständigen Verfügung zu stellen. — 2. Wenn im Rechtsvertrag nichts anderes bestimmt ist, sind die Abzüge unbedeutend; eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. Vorher müssen Sie die Firma zur Zahlung auffordern. — 3. S. 22. Es liegt Verjährung vor, wenn nicht etwa nach dem 31. Dezember 1907 ein Anerkenntnis abgegeben

oder Abzählungen geleistet sind. — D. N. 7. 1. Sie müssen selber innerhalb zweier Jahre 20 Marken kaufen, außerdem muß jedesmal innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Ausstellung der Marke gerechnet, diese umgetauscht werden. Erfüllen Sie diese Verpflichtungen nicht, so gehen sämtliche Anrechte verloren. 2. Wir halten Sie für zahlungspflichtig. Ihre Mitgliedschaft können Sie unter Beobachtung der in der Police genannten Bedingungen kündigen. — D. N. 8. 1. und 4. Kein 2. und 3. Ja. — C. John. Staatsrentenversicherer, Gemeindefürsorgebeamter zur Hälfte. — Barthelemy. 1. Die Benennung der Zeugen stellt keine strafbare Handlung dar, wohl aber der — übrigens nichtige — Vertrag. 2. Sie persönlich wären, auf Grund des mitgeteilten Sachverhalts, nicht strafbar.

Die roten aber von der Hilfeleistung ab; Sie sind dem Gläubiger gegenüber eventuell schadenlos. — D. 847. 1. Der Anspruch ist an sich begründet; die begründenden Behauptungen werden aber schwer zu beweisen sein. Forderungsberechtigt ist die Braut. Bei einmaligen Schreiben an den Bestreuten ist in Bezug auf die Ausdrucksweise Vorsicht geboten. Eine strafbare Handlung läge auch vor, wenn der Nachweis gelingt. 3. Nur die Geburtsurkunde. Grimmig etc. — D. N. 97. Kein. — Gaudel 34. 1. Kostenfrei. 2. Ja. 3. Verschieden, entsprechend den ordnungsgemäßen Bestimmungen. 4. Ja. 5. Die Höhe richtet sich nach der Einkommenzahl derjenigen Orte, für die der Wandergeheimschein erteilt wird. — D. 2. 24. 1. Sie haben Anspruch auf Aussteuer. Der Anspruch

ist binnen einem Jahre nach erfolgter Verehelichung anhängig zu machen. 2. Die Erteilung des Vermögensgegenstandes müssen Sie bei dem Armenkommissionsvorsteher Ihres Bezirkes beantragen. 3. Die Klage erscheint nicht aussichtslos. Zweckmäßig ist es aber, bei dem Nachlassgericht einen neuen Auseinanderrechnungstermin zu beantragen. 4. Die Veranlagung ist zu Unrecht erfolgt. Es muß binnen 28 Tagen Einspruch eingelegt werden. G. C. 36a. 1. Die Tätigkeit als Provisionsverleiher und die Form der Verleiher (Provision) schließt die Versicherungspflicht nicht aus. Provisionsverleiher sind daher im allgemeinen versicherungspflichtig. Immerhin kommt es auf den Inhalt des Dienstvertrages und die Art der Tätigkeit an. 2. Der schätzungsweise zu bezeichnende Verdienst ist maßgebend.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 3. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Neues Königl. Opernhaus.
Götterdämmerung.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der
König.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Katernenluft.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerspiele. Jakob und
Schlosser.
Königl. Oper. Pierpuppen. Jan-
berk. Dinerkament.
Neues Schauspielhaus. Der
König.
Kleines. Nur ein Traum.
Berliner. Taktun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Opernhaus. Der Graf von
Luxemburg.
Trianon. Geschlossen.
Reichens. Geschlossen.
Thalia. Gläd bei Frauen.
Fiedel. Wenn gehört Helene?
Kolonette. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Oper.)
Die Liebe macht.
Schiller Charlottenburg. Jährliche
Besuchend. In Jütl.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Vielgeliebte.
Volkoper. Heimkehr. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Kole. Die Schmuggler.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Falloch II — Die große
Revue.
Solles Caprice. Das Geisest.
Die verfolgte Unschuld.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Geschlossen.
Aphelo. Mahara. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Konzerte 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Ritternachtsonne.
Sternwarte. Inselnstr. 57-62.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Liebe macht.
Lustspiel in 4 Akten v. G. U. de Calzadet
und Robert de Fiers.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Bibliothekar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von H. Benedig
Hierauf: **In Zivil.**
Schwan in 1 Akt v. Gustav Rabelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich nachm.: **Frei-Konzert**
von
Nicodemus Notenkopf
der beste Excentric-Kapellmeister der Welt mit großem Orchester.
Täglich abends: **Gr. Militär-Konzerte**

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Juni-Sensationsprogramm
MIB Ruth Radjah
In ihren indischen Original-Tänzen
im Raubtierkäfig sowie 5 neue
Debuts.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei unangenehmem Wetter
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmjubilisten der Welt The Lipsitz
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reiss
um die Erde in **1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
Sensationen: **The O. Goudsmits**, komischer akrobatischer Burleske-
stik mit ihren konfusenlosen Akrobatikbünden. — 4. Sepemb.
Mensch oder Affe? phänomenale urförmige Affenpantomime. **Quett**
Krill, Leopold Rosser, Original-Comique mit ihren wunder-
baren aktuellen politisch-satirischen Scherzen und das neue beste
Programme Berlins.
Neben Sonntag: **Rieson-Land u. Wasser-Feuerwerk.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Apollo Theater
8 Uhr: **Neues Programm!**
Bauhüt! **Henry de Neys's**
Ideal-Schönheiten
Schulz-Krubsche: Entwürf zum
Schneid-Geleue-Deinmal!
Sensationen!
Sensationen!
die weltberühmte Schimpansin und
8 erstklassige Nummern.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schnitz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Part täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., o. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 St.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
Kunst u. d. Str. Verkehrs-systeme,
Innenstadt, Vororte, Gartens-tädte,
Arbeits-erledigungen. Groß-Berlin.
3. Juni: Prof. Cornelius Gurliit,
Dresden: „Straße und Platz“
(Lichtbilder).

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddahs Tafel
weid, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Berliner Residenz-Theater:
Täglich **Kasernenluft.**
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßigt. Preise: Die Dollarsprinzessin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
Der Vielgeliebte.
Schwan in vier Akten von Alfred
Schadow und Karl Heinz.
Morgen und folgende Tage: Der
Vielgeliebte.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Volkoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 8 1/2 Uhr:
Heimkehr.

ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten von H. Winter.
Morgen und folgende Tage: Die
Schmuggler.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Großes Konzert.
Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das russ. Ballett-Ensemble
"Tartakoff"
Blädel
The Kentucks
und das große
Variété-Programm.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Freiheit“
1. Kreis 5. Bezirk (Ober-Barnim).
Sonntag, den 5. Juni 1910, im Lokal des Herrn Karl Schlottke (früher
Wittenberg), in Werneuchen:

Großes Bezirksfest
Kunst- und Reigenfahren, ausgeführt von Bundesvereinen.
Humoristische Vorträge * Ball * Festrede.
Nachmittags 3 Uhr: **Korsofahren durch die Stadt.**
Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pfg. Anfang 2 Uhr.
Der Kreisvorstand. V. N.: Franz Kreis.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 49/49.
Abends 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachtssonne.**

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Sa Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros.
E. H. Bostocks boxend. Känguruh.
Les fleurs Polonaises: ein poln.
Bauernfest.
Charles Hera, Jongleur.
Therese Ranz, Schulkreiterin.
Chung Ling Hee Troupe, chin.
Zauberer und Gaukler.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Kaufmanns Lady Cyole Troupe.
Durga, das flieg. Piano.
Amann, Mimiker u. Charakteristik.
Garcia, jongl. Silhouetten.
The Balzars, Comic Orig. Art.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Folies Caprice
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Vier heitere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Kunst. Ent. von Moysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr.
Fest-Entree 2. Benefiz für Herrn
Rudolf Schrader zur Feier seiner
30-jährigen Mitgliedschaft bei den
Stettiner Sängern.
Billetts schon jetzt zu haben.

BBB
Brunnenstraße 16.
Ein geheimes Abenteuer der
Königin Marie Antoinette
und das glänzende
Riesen-Programm.
Gr. Künstler-Orchester.
Platz für 1200 Pers. Eintr. 30 Pf.

Morgen Sonnabend
**Gr. Dampfer-
Mondschein-Promenadenfahrt**
mit Rust und festlich illuminierten Dampfern nach **Restaurant**
Ostend, Nieder-Schöneweide. Dampfer: Gr. Sommernachtball.
Abfahrt abends 9 1/2, u. 10 Uhr Schillingabrücke-
Berlin. Ein und zurück 50 Pfennig.

Reederei Kahnt & Hertzner
Tel. Amt VII, No. 2062.
Am Sonntag, den 5. Juni:
Gr. Weidenhammer Brücke (gegenüber d. Prinz-Regent-Ferdinand-Straße)
Dampfer-Extrafahrten nach Brandenburg a. H.
über die herrlichen Havelseen, Potsdam u. Werder.
Abf. 7 1/2 Uhr morgens, bis u. zurück 2 Mk., ab Spandau Charlottenbrücke
9 1/2 Uhr, hin und zurück 1.75 Mk.
Außerdem jeden Donnerstag nach Brandenburg a. H.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolph Krüger.**
Hasenheide 12/13, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Polzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Margarete Gilton, drei. Hofkellnerin.
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Wirtinatur-Duo und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Soabend 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

**Walhalla-
Variété-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue Variété-Programm.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Großer Jan, Inhab.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Wägen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Sadstr. 8, Behm u. Belfermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das Neuen-
programm. Zur Ausführung gelangt:
Der fliegende Berliner.
Vollständ. in 5 Bildern mit Gesang
und Tanz.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater,
Spezialitätenvorstellung.**
Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Sadstr. 58.
Freitag, den 3. Juni 1910:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Hillipp.
Erstklassige Spezialitäten.
Das große Juni-Programm!
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball-
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/98.
Die Kuffchen erregenden n e u e n
Juni-Spezialitäten.
Les Nomsens, Elefant-Walkol-MH.
Der Jirind auf der Bühne.
Die wunderbar dressiert. Hovepferde.
Konzert 4 1/2 Uhr. 1/2 9 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kradst.
Sonnabend: **Einweihungsfeier**
verbunden m. Prämienverteilung.

Karl Haverland
Anfang Theater. präg. 8 1/2
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder- **Juni-Prgr.**
bare
Sonnabend, Sonntag, Mittwoh,
Donnerstag: Ball.

**ZOO-
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Wähe ob. Schürpe grat.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Brin-Budow. Sonntagnachmittag 6 Uhr findet bei Klein, Budow, Chausseestr. 12, eine öffentliche Versammlung statt.

Stralau. Am Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schmidt, Markgrafendamm 6, die Mitgliederversammlung des „Vereins Jugendheim“ statt.

Da wichtige Beschlüsse zu erledigen sind, werden sämtliche Mitglieder sowie auch Parteigenossen, welche es werden wollen, ersucht, zu erscheinen.

Herzfelde. Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer im Restaurant Wachtelburg zu Hennickendorf.

Die Berliner Genossen, welche nach hier einen Ausflug machen, werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Die Bezirksleitung.

Gusow (Kreis Teltow). Am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schult eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt.

Bezirk Dranienburg. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr findet für die Ortshausen Malz, Friedrichsthal, Glashütte, Pichtengrund und Umgegend eine öffentliche Versammlung im Garten des Lokals von W. Neubert in Malz (Schleuse) statt.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Wie steht es um die Löhne der Gemeindearbeiter? Wo bleibt die Erfüllung des Versprechens, daß ihnen die Löhne allgemein aufgebessert werden sollen?

Die Beratung der neuen Vorlage über die Luftfahrzeugsteuer nahm die zweite Hälfte der gestrigen Sitzung in Anspruch. Der Stadtkammerer Steiniger führte das Kind seines Geistes ein und empfahl es den Stadtverordneten mit der Versicherung, die Stadt brauche Geld und müsse es natürlich da nehmen, wo es zu kriegen sei.

Der Attentäter mit der Konservendüchse.

Herr Abraham Eierweiß, welcher am 1. Juni nach dem Kronprinzen die Konservendüchse mit den Reißhaken warf, ist, wie uns mitgeteilt wird, der nämliche, welcher am 2. Mai 1908 in der Aula der Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstraße, woselbst Sonntag die Vorträge der Freireligiösen Gemeinde stattfanden, den Revolver gegen Herrn Dr. Bruno Wille richtete.

Hier selbst stellte es sich nicht nur heraus, daß der Revolver ungeladen, sondern daß Eierweiß ungewissenshaft gesteuert war, denn er behauptete, daß er das „Attentat“ nur begangen habe, um seine Erfindung auf dem Gebiete der Wissenschaft bekannt zu machen.

„In kurzer Zeit wird eine von mir verfaßte Broschüre erscheinen, mit dem Titel „Der Attentäter“ und an alle Gelehrten der Welt versandt werden. In dieser Broschüre wird hauptsächlich der Grund geschildert, was mich veranlaßt hatte, einen sogenannten Nord an so einem Manne zu begehen, für welchen ich, wie überhaupt für solche Gelehrten, Schwärme. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Herr Dr. Wille keine Zeile, also den Sinn meines Berichtes nicht verstanden hat. Trotzdem bin ich ihm nicht feindlich gesonnen. Es wäre mein voller und heißer Wunsch, vor Ihnen, in Gegenwart noch einiger Abgeordneter, Berichterstatter und Gelehrten, mündlich Erklärungen über den Ausgang des Attentates abzugeben, und bitte höflichst mir Gehör zu schenken.“

Diesen Brief übersandte Hoffmann der Behörde, mit dem Bemerkten, daß nach Lage der Sache weder die Freireligiöse Gemeinde noch Herr Dr. Wille an der Verfolgung der Sache irgend welches Interesse hätten, die Frau des pp. Eierweiß, die wiederholt bei Hoffmann gewesen wäre, nur wirtschaftlich durch eine Ausweisung Eierweiß als Ausländer unschuldig und ungerechtfertigt schwer geschädigt würde.

In der gestrigen Sitzung der Strafreinigungsdeputation lag der Bericht über die Beseitigung der im letzten Winter niedergegangenen Schneemassen aus den Straßen Berlins vor und was sie gelostet hat. Die erste Schneeperiode dauerte vom 17. November bis 8. Dezember vorigen Jahres, die zweite setzte am 25. Januar dieses Jahres ein.

Der Kaufmann mehrere Straßen in den Arbeitsläden wurde zugestimmt. — Dagegen der Weiterzahlung der Unterstufung von jährlich 420 M. an den entlassenen Arbeiter Marks. — Die Unterstufung an den entlassenen Arbeiter Kleinhardt wurde auf jährlich 240 M. reduziert, da er inzwischen eine Stelle bei der Wagh- und Schließgesellschaft erhalten hat, mit der ein Jahreseinkommen von 400 M. verbunden ist.

Die „Empfangsräume“ der Armenpfleger

geben immer wieder Anlaß zu Klagen. Im „Vorwärts“ ist wiederholt gerügt worden, daß z. B. Armenpfleger, die ein Ladengeschäft haben, die Auszahlung der Unterstufungen in ihrem Geschäftslokal vornehmen. Dieses Verfahren ist bequem für die Geschäftsinhaber, aber es stellt die Bedürftigen bloß, da sie von jedem zufällig eintretenden Käufer beobachtet werden können.

Die neueste Klage, die uns vorgebracht wird, richtet sich gegen einen Materialwarenhändler Puhmann, Mitglied der Armenkommission 125 F., zu der die Goldenerberger Straße nebst Teilen der Pasteur-, Hufeland-, Esmarck- und Alsensteiner Straße gehören. Auch dieser Herr hält es für unbedenklich, den ihm zugewiesenen Armen die Unterstufungen in seinem offenen Laden (Goldenerberger Straße 32) auszugeben.

nach wie vor fertigte Herr Voigt die Unterstufungsempfänger in seinem offenen Laden ab, unbedenklich darum, daß zwischen ihm und seinen Kunden keine Anstöße kamen, die das mit ansehen konnten. Wir glauben zu wissen, daß dem Chef des Armenwesens unserer Stadt keine der Kritiken des „Vorwärts“ an der von ihm geleiteten Verwaltung entgeht.

Man wird uns fragen, ob ein Geschäftsmann, der als Armenpfleger Unterstufungen auszahlen muß, etwa an jedem Monatsberichts auf eine oder zwei Stunden seinen Laden schließen soll, um in seiner Wohnung die Armen abzufertigen. Nein, das soll er nicht und das kann er auch nicht. Aber eben deshalb, weil er es nicht kann, soll man die Auszahlung anderen Kommissionsmitgliedern überlassen, die kein offenes Geschäft haben und ihre Wohnung hergeben können.

Rollschuhlaufen und Schule. Im dem Rollschuhlaufen auf den belebten Straßen Berlins zu steuern, hat die städtische Schuldeputation folgende Verfügung erlassen: „Der Polizeipräsident hat bereits wiederholt in öffentlichen Bekanntmachungen darauf hingewiesen, daß die Rollschuhläufer sich auf den öffentlichen Straßen größere Versammlungen auferlegen müssen, um Behinderungen des übrigen Verkehrs und Gefährdungen des Publikums zu vermeiden, und daß anderenfalls ein polizeiliches Verbot des Rollschuhlaufens eintreten müsse.“

„Kur“ ein Dienstmädchen.

Ein Dienstmädchen ist leicht dem Verdacht der Unehrlichkeit ausgesetzt. Wenn in einem Haushalt etwas abhandeln gekommen ist, so richtet in der Regel zuerst gegen das Dienstmädchen sich der Regierherr. Dem Dienstmädchen traut man so etwas zu, und mit ihm wird meist kurzer Prozeß gemacht.

Man sagt uns, daß daraufhin der Dienstherr des Mädchens dem schnellfertigen Herrn Rundhente nach Gebühr den Standpunkt klar gemacht habe. Insofern trachten kann oder hiermit die Angelegenheit nicht erledigt sein. Inwiefern wird noch zu prüfen sein: erstens, ob nicht gegen Herrn Rundhente strafrechtlich vorgegangen werden kann, und zweitens, ob der Kriminalbeamte zu der sofortigen Durchsuchung befragt war.

